Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2.— Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Abholestelle halbmonatlich 0.85 Mark. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 10 Pfennig. Sonnabends 20 Pfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstraße 5.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Stadt und des Landkreises Merseburg
mit den wöchentlichen Beiblättern Die Zeit im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und der vierzehntägigen Beilage Garten, Land und Herd und dem zwanzigs erscheinenden Chronik von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 10 Pfennig im Reklameteil 40 Pfennig; für Schiffsanzeigen und Nachweisungen 20 Pfennig Aufschlag. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Vorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 234, Geschäftsstelle 406.
Postscheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 271 — Donnerstag, den 19. November 1925 — 52. Jahrgang

Räumung und Erleichterungen

Die Rheinland-Kommission hat in einer längeren Verfügung die Erleichterungen festgelegt, zu denen sie sich entschlossen hat. Die Verfügung beginnt mit einer propagandamäßigen Einführung:

„In Anbetracht dessen, daß die Abmachungen von Locarno in den besetzten Gebieten eine Atmosphäre der Entspannung und der Annäherung herbeiführen sollen, daß infolgedessen das Besatzungsregime einer Überprüfung im Geiste gegenseitigen Vertrauens, guten Glaubens und guten Willens unterzogen werden soll, in dem Wunsche, die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den deutschen Behörden einerseits und den Besatzungstruppen andererseits zu fördern und somit an dem Werk des Friedens zwischen den Völkern mitzuwirken, hat die Interalliierte Rheinlandkommission beschlossen, bezüglich ihrer Verordnungen und Anweisungen die **Erleichterungen** eintreten zu lassen, die sich mit dem Versailler Vertrage, dem Rheinland-Abkommen und den Erfordernissen der Besatzung im Rahmen der allgemeinen Entscheidungen der alliierten Regierungen **vereinbaren** lassen."

Es werden dann folgende Punkte angeführt: An ersten Stelle die **Ernennung des Reichskommissars**, sodann die Herabsetzung der Stärke der Besatzungstruppen, die Rückgabe der Grundstücke und die Aufhebung des Delegiertensystems ab 1. Dezember. Die Nachprüfung der deutschen Gesetze und Verordnungen sowie die Anzeigenpflicht bei Ernennung von Beamten wird beschränkt.

In der Gerichtsbarkeit

wird verfügt:

a) Gewisse in den Verordnungen vorgesehene Strafen werden herabgesetzt.

b) Maßnahmen sollen getroffen werden, um gewisse Strafsachen, die bisher von den Militärbehörden entschieden wurden, grundsätzlich der **deutschen Gerichtsbarkeit zu übertragen.**

c) Die Bestimmungen, die für gewisse Personen, welche den Besatzungsbehörden Dienste geleistet haben, einseitige Entscheidungen der alliierten Behörden vorsehen, werden **aufgehoben** werden. Gütliche oder Schiedsverfahren werden dafür ins Auge gefaßt.

Der Berichtszwang für die Polizei sowie die Ordnung des Paßwesens wird eingeschränkt. Das Recht zur Strafverfolgung sollen nur noch die interalliierte Rheinlandkommission und die kommandierenden Generale haben.

Das Vereinsmeldewesen erhält Erleichterungen, die Verbotsbefugnisse werden eingeschränkt. Von jetzt ab dürfen die deutschen Behörden wieder Waffenscheine ausstellen. Die Beflaggung wird freigegeben. Die Preisbestimmungen für Läden und die Filmzensur wird aufgehoben. Auch das Radiowesen soll freigegeben werden. Was das Flugwesen betrifft, so wird eine Erleichterung zunächst nur in Aussicht gestellt. Die Frage soll „geprüft" werden. Das Eingreifen bei Streiks und Aussperrungen wird auf die notwendigen Bedürfnisse und die Sicherheit der Besatzungsarmee beschränkt. Die Postzensur wird aufgehoben. Die gesamten Verordnungen sollen neu revidiert werden. Die Verfügung schließt:

„Endlich haben die alliierten Behörden noch die Absicht, **Amnestie- und Gnadenmaßnahmen** zu treffen die durch die Umstände und die erwartete gegenseitige Befriedigung gerechtfertigt sind.

Durch alle oben angeführten Maßnahmen geben die an der Besatzung teilnehmenden Mächte und die sie vertretende Interalliierte Rheinlandkommission ihrem Wunsche Ausdruck, in den Rheinlanden eine

sehr liberale Politik

anzuwenden. Sie vertrauen auf den guten Willen und den Geist der Mitarbeit der deutschen Behörden und der deutschen Bevölkerung, um die Aufgaben der Besatzungsbehörden hinsichtlich der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Armee zu erleichtern. Sie hoffen fest, daß die Unterstützung, die sie von deutscher Seite erwarten, ihnen nicht versagt werden wird."

*

Soweit die Rückwirkungen. Man begrüßt sie nicht „freudig", aber mit dem Gedanken, daß jede, auch die kleinste Erleichterung für die Deutschen im besetzten Gebiet große Bedeutung hat. Außer diesen Einzelbestimmungen steht natürlich für das Ergebnis der Verhandlungen die Sicherheit im Vordergrunde, daß die Kölner Zone bestimmt geräumt wird. Im übrigen: Diese Rückwirkungen können nur als **Anfang** gewertet werden. Es werden ihnen nach Annahme des Locarno-Vertrags sofort Verhandlungen folgen müssen, in denen Deutschland als Mitglied des Völkerbundes versuchen muß, auf das Schicksal des Saargebietes Einfluß zu nehmen, die Verkürzung der Besetzungsfristen zu erreichen, wie auch die Zurücknahme sämtlicher farbiger Truppen aus dem Rheinland. Die Rheinlandkommission kündigt eine „sehr liberale" Politik an. Was sie davon verwirklicht durch die bevorstehende Verfügung, kann nur ein Beginn sein.

In der heutigen Konferenz der Regierungschefs der Länder tritt das Reichskabinett und mit ihm Hindenburg für die Unterzeichnung ein. Der Außenminister bereitet das Gesetz vor, das dem Reichstag in der Form eines kurzen Mantelgesetzes vorgelegt wird, und es heißt, daß vom Parlament hierzu ein Billigungsvotum, jedoch kein Vertrauensvotum für das Rumpfkabinett verlangt wird. Das letzte Wort der Regierung ist erst nach Abschluß der heutigen Konferenz zu erwarten.

Unterdessen werden viele Urteile über die Rückwirkungen laut. Wie schon gesagt, muß immer wieder betont werden, daß das bis jetzt Erreichte nur ein **Ansatz** ist, auf Grund dessen wir weiter kommen **müssen**. Aber angesichts der Lage im Westen kommt es darauf an, daß überhaupt einmal ein vernünftiger Anfang zur Erleichterung gemacht wird, der Fortsetzungen verspricht. Allgemein befremdet die Länge der Räumungsfrist für die Kölner Zone sehr stark, die sich militärisch nicht erklären läßt. Die absoluten Gegner des Verständigungswerkes, die in einen so bezeichnenden Kontrast zu dem Realpolitiker Hindenburg gekommen sind, haben es natürlich leicht, die Geringfügigkeit des Erreichten zu betonen. Es ist ihnen aber nicht möglich, irgend einen anderen praktischen Weg anzugehen, als den beschrittenen, um überhaupt Räumung und Erleichterungen durchzusetzen. Das wesentliche ist, daß wir mit diesen Ansätzen ein neues Kapitel Westpolitik beginnen und **fortsetzen**. B.

Das Reichskabinett und Hindenburg für Unterzeichnung

Heute Konferenz der Ministerpräsidenten und Entscheidung — Annahme in England

Die Stellungnahme des Reichskabinetts

Berlin, 19. Nov. (WTB.) „Das Reichskabinett hat unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten die Beratung über die außenpolitische Lage abgeschlossen. Der Reichsminister des Auswärtigen wurde beauftragt, die erforderliche Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften auszuarbeiten. Die Beschlußfassung über die Vorlage wird nach der für Donnerstag einberufenen Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder erfolgen."

*

Ein halboffiziöser Kommentar

erläutert diesen Beschluß in dem Sinn, daß er die Entscheidung im Sinn der Annahme des Locarno-Vertrages bedeute: „Das Reichskabinett hat einen verantwortungsvollen Entschluß gefaßt. Es geht dabei von der Überzeugung aus, daß das Gesamtergebnis, das aus den diplomatischen Verhandlungen und den nunmehr eingelaufenen Noten hervorgeht, grundsätzlich die **Empfehlung der Verträge zur Annahme rechtfertigt**. Doch hat man diese Entschließung zunächst deshalb noch nicht in abschließende Form gebracht, weil von der Durchführung der zur Erörterung stehenden Maßnahmen die Länder zum Teil besonders stark betroffen werden, so vor allem in der Frage der besetzten Gebiete und der Polizei.

Bei der Festlegung ihres Standpunktes in der nunmehr geschehenen Weise wird von der Reichsregierung das Locarno-Abkommen mit seinen vorliegenden Rückwirkungen und den zwischenliegenden Erörterungen als ein **Gesamttatbestand** berücksichtigt. Dabei liegt, wie in den Kundgebungen der Delegierten mehrfach betont, die Bedeutung in erster Linie im Vertrag selbst, obwohl die Rückwirkungen als der gemeinverständlichere Teil des Ergebnisses in ihrer Bedeutung für die breite Masse der Bevölkerung niemals verkannt werden dürften.

Daß ihr Ergebnis in dem zur Stunde vorliegenden schriftlich niedergelegten Ausmaß kein hundertprozentiges ist, wird man sich nicht verhehlen: ebenso wenig aber den inneren Wert der grundlegenden Neuregelung, die eine weitere Entwicklung in der angesteuerten Richtung zwangsläufig macht.

Mit ihrer Entschließung ist die Reichsregierung vollkommen auf dem Standpunkt verblieben, wie er in den Ausführungen der Kabinettsmitglieder, die als Delegierte an der Locarnokonferenz teilgenommen hatten, in der Zwischenzeit wiederholt durch öffentliche Reden präzisiert worden war. Dabei hat sie sich durch anderweitige Interpretationen nicht irre machen lassen, wie sie, sei es aus vaterländischen Besorgnissen, sei es aus parteipolitischen Gründen im Inland oder aus taktischen Gründen in Teilen des Auslandes, inzwischen verbreitet worden sind. Bedenken haben bestanden, und man ist sich bewußt gewesen, daß man einen verantwortungsvollen Beschluß fasse, aber es konnte keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß **der gesamte Sachverhalt ihn erforderte**."

Der Gesetzentwurf über Locarno

Im Laufe des Bußtages wurden die vorbereitenden Arbeiten an dem Gesetzentwurf über den Vertrag von Locarno, der heute den nach Berlin berufenen Staats- und Ministerpräsidenten der Länder unterbreitet werden soll, fortgesetzt. Wie das Blatt weiter wissen will, soll dann an die Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder sich noch heute eine Sitzung des Reichskabinetts anschließen. In dieser Sitzung soll die endgültige formelle Entscheidung über die Unterzeichnung des Vertrages in London am 1. Dezember fallen. Am Freitag wird Reichskanzler Dr. Luther die Parteiführer empfangen. Über die parlamentarische Behandlung des Gesetzentwurfes schreibt das Blatt, daß nach Beratung des Entwurfes im Reichsrat die Debatte im Plenum des Reichstages am 27. November mit der Abstimmung über den Gesetzentwurf geschlossen werden soll.

Die Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage

Die Reichskanzlei veröffentlicht den umfangreichen Notenwechsel der Botschafterkonferenz und zwar die deutsche Note vom 23. Oktober und die Antwortnote vom 11. November sowie die mündliche Erklärung des Generalsekretärs der Botschafterkonferenz. Ein amtlicher Bericht faßt das Ergebnis dieser Noten und der dazwischen liegenden Verhandlungen folgendermaßen zusammen:

1. **Polizei.** Die von der deutschen Regierung in dauernder Fühlung mit den Länderregierungen geführten Verhandlungen hatten über die meisten Fragen bereits zu einer Verständigung geführt. Offen waren nur drei Punkte geblieben, nämlich die Art der Anstellung der Schutzpolizeibeamten, die Amtsbezeichnung der Schutzpolizeioffiziere und die Stärke der kasernierten Polizei. Die nunmehr vereinbarte Regelung bewegt sich, den Wünschen der Länder entsprechend, in der Richtung, daß die Schutzpolizeibeamten auf Grund der in den einzelnen Ländern geltenden allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen oder auf Grund der nur für die Ordnungspolizei geltenden Sonderbestimmungen angestellt werden können. Hinsichtlich der **Amtsbezeichnungen** der Polizeioffiziere sowie hinsichtlich der **Kasernierung** ist den polizeilichen Notwendigkeiten der deutschen Länder Rechnung getragen worden.

2. **Oberbefehl.** Bei der Frage des Oberbefehls handelt es sich um die Stellung des Chefs der Heeresleitung gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles. Seine Befugnisse sollen durch eine Verordnung umschrieben werden, die dem Artikel 8 des in Geltung befindlichen Wehrgesetzes vom 23. März 1921 entspricht.

3. **Ausbildung der Truppen.** Hier waren noch einige Punkte strittig, die sich auf die Ausbildung einzelner Truppengattungen mit bestimmten Waffen bezogen. Für diese Punkte ist jetzt eine Regelung gefunden, die den militärischen Notwendigkeiten der Reichswehr in genügender Weise Rechnung trägt.

4. **Festung Königsberg.** Die noch offene Frage der Armierung der Festung ist dahin geregelt worden, daß die schweren Geschütze der Festung, entsprechend den deutschen Wünschen, bewegliche Lafetten behalten.

5. **Behandlung der in Deutschland bestehenden privaten Verbände und Organisationen.** Es handelt sich nicht um die Auflösung der Verbände, sondern um die Handhabung des Gesetzes vom 22. März 1921, das die militärische Betätigung dieser Verbände verbietet. Das Gesetz wird durch eine Ausführungsverordnung erläutert werden.

Die vorstehend behandelten Fragen haben, wie bekannt, schon seit langem den Gegenstand schwieriger Auseinandersetzungen mit der Interalliierten Militärkontrollkommission gebildet. Sie waren es in erster Linie, die bisher einer endgültigen Erledigung der Entwaffnungsfrage entgegenstanden. Nachdem nunmehr auch für diese Fragen die grundsätzliche Regelung gefunden ist, bleibt von der gesamten Entwaffnungsfrage nur noch die letzte technische Abwicklung von Einzelpunkten übrig, bei der neue Schwierigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit den alliierten Regierungen nicht mehr zu befürchten sind. Dementsprechend ist auch die der Interalliierten Militärkontrollkommission noch verbleibende Aufgabe nur eine rein technische, die nicht allzu lange Zeit in Anspruch nehmen wird.

Mit dem Abbau der Kommission ist bereits begonnen.

Die heutige Konferenz der Ministerpräsidenten

Berlin, 19. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die für heute anberaumte Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder hat um 11 Uhr ihren Anfang genommen. Sie dauert zur Stunde noch an. Vor allem werden in dieser Besprechung die Polizeifragen erörtert, da die mit der Botschafterkonferenz vereinbarten Maßnahmen durch Ausführungsbestimmungen der Länder sichergestellt werden müssen. Man nimmt an, daß die Besprechungen in den ersten Nachmittagsstunden zu Ende gehen. Das Kabinett wird darauf heute nachmittag zusammentreten, um dann den offiziellen Beschluß über Locarno und über die Einbringung des vom Außenminister ausgearbeiteten Gesetzentwurfes zu fassen. Es handelt sich hier um einen Gesetzentwurf, der sowohl die Ermächtigung zur Unterzeichnung der Verträge von Locarno enthält, wie auch die Zustimmung dafür, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nachzusuchen.

Zur Verabschiedung des Gesetzentwurfes ist lediglich eine einfache Mehrheit erforderlich. Im allgemeinen ist man in Berliner politischen Kreisen der Ansicht, daß die von der Rheinlandkommission gemachte Bekanntmachung über die Erleichterungen des Besatzungsregimes diejenige Präzision gebracht hat, die man zunächst in den Mitteilungen der Botschafterkonferenz noch vermißte. Als wesentlicher Punkt ist dabei der vollständige Abbau des Delegierten-Systems hervorzuheben. Was bis von der Botschafterkonferenz noch offen gelassenen Fragen des Oberbefehls und der Verbände betrifft, so werden beide Angelegenheiten lediglich durch Ausführungsbestimmungen geregelt werden. Irgendwelche neuen Reichsgesetze sind nicht zu erlassen. Es bleibt mithin auch das jetzt gültige Reichswehrgesetz vollständig in Kraft.

*

Der Pakt von Locarno vom Unterhaus angenommen.

London, 19. Nov. (WTB.) Das Unterhaus hat den Abänderungsantrag der Arbeiterpartei zu dem Antrag Chamberlains, der die Ratifizierung des Vertrages von Locarno billigt, mit 332 gegen 131 Stimmen abgelehnt. Einige Liberale stimmten für die Regierung, andere enthielten sich der Stimme. Das Unterhaus nahm darauf den Antrag Chamberlains, wonach die Ratifizierung des Vertrages von Locarno gebilligt wird, mit 375 gegen 13 Stimmen an.

*

Aus der Debatte im Unterhaus.

London, 19. Nov. (WTB.) Chamberlain erklärte im Unterhaus, in Locarno sei es unmöglich gewesen, über die Abrüstung zu beraten, aber die Konferenz habe einen neuen Geist in die bevorstehende Beratung der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrates über die Abrüstung gebracht. Chamberlain fuhr fort: Was die Frage der Verpflichtungen, die Großbritannien übernommen hat, betrifft, so gibt es keinen Fall, in dem die Anforderung an Großbritannien herantreten könnte, eine sofortige Aktion zu unternehmen. Außer dem Verfolg der Völkerbundssatzung und der Aktion des Völkerbundes, in dem Fall, daß eine der Parteien durch eine Aktion ihrer Verpflichtungen zuwider handelt und man selbst die wenigen Tage, die für die Zusammenberufung des Völkerbundsrates notwendig sind, nicht abwarten kann, steht der britischen Regierung der eigenmächtige Beschluß zu, ob ein Fall unmittelbarer Gefahr entstanden ist. In genau derselben Lage ist die italienische Regierung. Ich zweifle nicht, daß in der Praxis beide Garanten sofort ihre Meinung austauschen werden und wahrscheinlich werden auch die garantierten Mächte bestreit sein, die Ansichten der Garanten zu kennen, bevor sie irgend eine Aktion unternehmen. Chamberlain schloß: Wir ersuchen das Haus, die Ratifizierung von Locarno im Glauben, daß wir durch diesen Vertrag jede Gefahr von unserem eigenen Lande und von Europa abwenden, und daß wir den Frieden schützen und daß wir die Grundlage der Versöhnung und Freundschaft mit denen, die noch vor wenigen Jahren unsere Feinde waren, pflegen, vorzunehmen. (Lauter Beifall.)

Kreditnot.

Berlin, 19. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Nach der „B. Z." hat die Kreditnot der Automobilindustrie dazu geführt, Abhilfsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen. Man hat sich bereits mit der Regierung, besonders aber mit den Banken, in Verbindung gesetzt, ob für die Automobilindustrie ein erweiterter Diskontkredit gewährt werden kann. Die Verhandlungen haben bislang ein Ergebnis noch nicht gezeitigt.

Unbemerkt . . .

Berlin, 19. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Nach New Yorker Meldungen ist Edmund Stinnes unbemerkt wieder nach Deutschland abgereist.

Die französische Krise.

Paris, 19. Nov. (TU.) Der Vollzugsausschuß der radikalen Partei trat gestern abend zusammen, um über die Haltung der Partei während der letzten Ministerkrise zu beraten. Herriot, der lebhaft begrüßt wurde, mahnte zur Einigkeit, damit das Finanzproblem gelöst werden könne. Das gegenwärtige Kabinett verdiene die volle Unterstützung der Partei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0001

Das Zentrum für die große Koalition

Der Fall Wirth beigelegt.

Der zweite Verhandlungstag des Reichsparteitages in Kassel stand unter dem Zeichen der Aussprache über den Fall Wirth. Ministerpräsident a. D. Stegerwald nahm zu den Ausführungen Stellung, die Reichskanzler Wirth am Montag machte. Er war der Meinung, daß bei der Erledigung der Steuer- und Zollvorlage für die arbeitenden Schichten viel weniger herausgeholt worden wäre, wenn diese Gesetze mit der Linken gemacht worden wären. In der Außenpolitik glaubte er sich mit Wirth einig in der Auffassung, daß das Zentrum aktiver gewesen sein würde, wenn es den Reichskanzler oder Reichsaußenminister gestellt hätte. Stegerwald erklärte, daß er den Angriffen gegen Wirth in der Presse fern stehe. Er bedauere den Austritt Wirths aus der Fraktion, weil es engstirnig wäre, solche Intelligenzen wie Wirth nicht zu halten. Stegerwald erklärte weiter, **der Vertrag von Locarno müsse durchgeführt werden und man müsse auf das Zustandekommen der großen Koalition hinarbeiten;** eventuell würde man auch vor einer Reichstagsauflösung nicht zurückschrecken. Nach Stegerwald sprach noch einmal Reichskanzler a. D. Wirth. Das Ziel müsse sein die nationale Befreiung Deutschlands und Stegerwald stimme mit ihm insofern nicht überein, als er seine Hoffnung auf Kräfte setze, die diese Hoffnung nicht rechtfertigen können. Wirth wies auf die Haltung der Deutschnationalen hin; diese Kräfte könnten nicht für eine klare, außenpolitische Linie gewonnen werden. Stegerwald habe versäumt, die Führung in der Zoll- und Steuerfrage an sich zu bringen, obwohl das in seinem Machtbereich gelegen habe. In Bezug auf die Stellung zur Republik müsse er mehr fordern als Reichsarbeitsminister Brauns. Bemerkenswert war noch eine Äußerung des Reichsarbeitsministers Brauns, in der er zugab, daß er im Auftrage der Reichsminister ein Telegramm nach Locarno geschickt habe; daß die Paraphierung hinausgeschoben werden solle. Der Vertrag sei aber bereits beim Eintreffen des Telegramms paraphiert gewesen. Grundsätzlich sei aber das Kabinett für den Vertrag von Locarno gewesen. **Der Parteitag nahm dann eine Entschließung an, wonach die Partei sich auf den Boden der Verfassung stellt und die Republik bejaht.** Außerdem wurden die Vorstandswahlen vorgenommen. **Marx wurde wiederum zum Parteivorsitzenden gewählt.** In den Reichsparteivorstand wurden auch verschiedene Angehörige des sogenannten linken Flügels neu gewählt. **Auch Reichskanzler Dr. Wirth wurde wieder in den Reichsparteivorstand berufen.** Eine Reihe von Entschließungen zum Wahlrecht, zur Schulfrage, zur wirtschaftlichen und sozialen Lage wurden angenommen.

Wahlen in Hessen

Darmstadt, 19. Nov. (WTB.) Bei den Wahlen zum hessischen Provinziallandtage entfielen auf die einzelnen Parteien abgerundet folgende Stimmenzahlen:

Sozialdemokraten	164 000
Zentrum	78 000
Deutsche Volkspartei	51 000
Demokraten	35 000
Deutschnationale und Hessischer Landbund	88 000
Kommunisten	31 000
Ev. Gemeinschaft (Oberhessen)	13 000
Freie Bauernschaft	12 500
Arbeitsgemeinschaft wirtschaftlicher Verbände	8 500

Die Zahl der Mandate wird sich voraussichtlich folgendermaßen verteilen:

Sozialdemokraten	44
Zentrum	21
Deutsche Volkspartei	13
Demokraten	9
Deutschnationale und Hessischer Landbund	24
Kommunisten	7
Ev. Volksgemeinschaft	1
Freie Bauernschaft	4
Arbeitsgemeinschaft wirtschaftlicher Verbände	1

Das Ergebnis ist noch nicht endgültig, doch wird sich im allgemeinen nicht mehr viel ändern.

*

Die hessische Kommunalwahl.

die am Sonntag vollzogen worden sind, die Wahlen zu den Gemeindekörperschaften, sowie den Kreis- und Provinziallandtagen des Freistaates Hessen, haben ein Ergebnis gehabt, das demjenigen bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen in vieler Hinsicht ähnlich sieht. Das rührt daher, daß auch bei den hessischen Wahlen die allgemeine Politik des Reiches nicht minder im Vordergrund gestanden hat wie in der Reichshauptstadt; ist doch die Stellungnahme zur Reichspolitik neulich auch bei den badischen Landtagswahlen so gut wie ausschlaggebend gewesen. Und was hat sich nun in Hessen gezeigt? Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben im ganzen genommen eine schwere Niederlage erlitten, ihre Stimmen haben sich teilweise bis fast auf die Hälfte verringert, Demokraten und Zentrum haben sich überall gehalten, die Sozialdemokraten haben einen starken Zuwachs zu verzeichnen, der aber nicht auf Kosten der Kommunisten erfolgt ist. Daß die Demokraten sich behaupten konnten, ist umso mehr anzuerkennen, als gerade sie in ihrer Anhängerschaft durch die zahlreich aufgetauchten Sonderlisten namentlich des Mittelstandes gefährdet erschienen — zum Glück ohne Grund, wie der Wahlausfall ergibt. Die Zersplitterung in eine Unmenge von Parteien war auch bei diesen hessischen Kommunalwahlen wieder besonders groß. Auf dem Lande freilich ist vielfach nur eine einzige Kandidatenliste aufgestellt worden; in den Städten aber traten mit den politischen Parteien Mieter, Hausbesitzer, Handwerker, Gewerbetreibende und Beamtenverbände durch eigene Kandidatenlisten in Wettbewerb, in Mainz gab es sogar eine Sportliste, die zwei Mandate errungen hat. Ob durch diese Sonderlisten, neben anderen Unzuträglichkeiten, nicht auch die Wahlbeteiligung stark gelitten hat, darüber liegen noch keine genauen Angaben vor, doch spricht die Vermutung dafür. Den jetzigen Kommunalwahlen lag zum ersten Male das vor kurzem geschaffene neue Wahlgesetz zugrunde. Eine seiner wichtigsten Bestimmungen ist die Herabsetzung der Zahl der Stadtverordneten. Wenn trotzdem in mehreren größeren Städten die Sozialdemokratie vermocht hat, ihre Mandatszahl zu erhöhen, so ist das schon allein ein Beweis dafür, wie bedeutend der Zug nach links bei diesen Wahlen ist.

Das tschecho-slowakische Wahlergebnis

Da noch zwei Wahlgänge mit neuen Stimmrechnungen, der letzte am Sonntag, ausstehen, so kann ein ganz abschließendes Urteil über die Wahlen in der Tschechoslowakei nicht gefällt werden. Aber man kann jetzt schon feststellen, daß die innere Politik der Tschechoslowakei an einem Wendepunkt angelangt ist. Denn die starken Erfolge der national nicht geteilt auftretenden Kommunisten schwächen den Bestand der bisherigen Regierungsmehrheit in entscheidender Weise, und auch die deutschen Sozialdemokraten haben an die Kommunisten große Kreise ihrer Wähler verloren. Im übrigen kennzeichnet diese Wahlen ein allgemeiner Abbau des Chauvinismus, da die Nationaldemokraten, die extremste tschechische Richtung, an die Benesch-Partei Mandate verlieren. In kultureller Hinsicht hat der Chauvinismus mit seinen Bestrebungen nach einer tschechischen Nationalkirche gleichfalls Fiasko erlitten: der Konflikt mit dem Vatikan hat nur zur Folge gehabt, daß die katholischen Parteien der Tschechen und Slowaken stark gewannen. Ohne Heranziehung der Deutschen wird kaum eine Regierungsmehrheit zu finden sein.

Deutsch-spanisches Handelsprovisorium

Madrid, 19. Nov. (WTB.) Auf Grund von Verhandlungen zwischen dem deutschen Geschäftsträger, Botschafter Renner, und dem Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten de Palacius ist ein neuer modus vivendi für die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Spanien für einen Zeitraum von sechs Monaten abgeschlossen worden.

Außenpolitische Uebersicht.

Eine Rede des Premierministers Herzog.

London, 19. Nov. (WTB.) Wie aus Kapstadt gemeldet wird, sagte der Premierminister, General Hertzog, im Verlaufe einer Rede durch den Oranjefreistaat bei einer Rede in Dastron: Die Nationalisten hätten das Recht gewonnen, sich vom britischen Reich loszutrennen, aber sie wüßten, daß ein solcher Schritt verhängnisvoll sein würde. Südafrika würde dieses Recht ausüben, sobald es sich zeige, daß es nicht im Interesse des Landes liege, weiterhin innerhalb des britischen Reiches zu verbleiben. General Hertzog betonte, daß das Programm der nationalistischen Partei das Auflösungsrecht vom Britischen Reich einschließe, daß aber davon kein Gebrauch gemacht werden würde, bis die Ansichten sowohl der englisch sprechenden als auch der holländisch sprechenden Südafrikaner in diesem Punkt übereinstimmten.

50 000 Mann Verstärkungen für Syrien?

Paris, 19. Nov. (WTB.) Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Damaskus soll der vorläufige französische Oberkommissar in Syrien, General Gamelin, seine Regierung um 50 000 Mann Verstärkungen gebeten haben. Alsdann könnte man der Lage leicht Herr werden.

Deutsch-englische Versuche zur Hebung des englischen Unterseebootes.

London, 19. Nov. (WTB.) Daily News sagt in einem Leitartikel: es sei lange her, daß das Wort „Englisch-deutsch" in einem freundschaftlichen Sinne gebraucht wurde. Es treffe gut, daß in diesem Augenblick, da die Unterzeichnung des Locarnovertrages bevorstehe, jener Ausdruck wieder Bedeutung gewinne, durch den Schritt einer deutschen Tauchapparategesellschaft, die auf die Nachricht des M. hin sofort ihre guten Dienste anbot. Es sei eine schöne Handlungsweise der deutschen Gesellschaft gewesen, so schnell mit ihrer neuen Erfindung zu Hilfe zu kommen und diese Handlungsweise werde im vollen Maße in England gewürdigt werden.

Die Beilegung des griechisch-bulgarischen Zwischenfalles.

Athen, 19. Nov. (WTB.) Die Agence d'Athènes veröffentlicht eine Meldung, nach der die vom Völkerbunde mit der Untersuchung des griechisch-bulgarischen Grenzzwischenfalles beauftragte Kommission gestern nachmittag von dem griechischen Außenminister Rufos empfangen wurde. Sie habe mit ihm über eine Stunde über die Maßnahmen verhandelt, die geeignet seien, drartige Zwischenfälle in Zukunft zu verhindern.

Belgischer Kabinettsrat.

Brüssel, 19. Nov. (WTB.) Gestern nachmittag fand ein Kabinettsrat statt, in dessem Verlaufe die Frage der Einfuhrerlaubnis für deutsche Kohlen geprüft wurde. Von der belgischen Verteilungsstelle für deutsche Kohlen soll verlangt werden, Maßnahmen zu treffen, damit die Unterbringung dieser Reparationskohlen gesichert wird. Außerdem berichtete Handerwehr, der Gesandte von Belgien, über die in Gange befindlichen Verhandlungen betreffend die Festsetzung des Zeitpunktes der Räumung der Kölner Zone und die Erleichterungen des Besatzungsregimes in den beiden anderen Zonen.

Vor englisch-italienischen Schuldenverhandlungen.

London, 19. Nov. Reuter erfährt, daß eine italienische Finanzdelegation unter Führung Volpis, der kürzlich das Schuldenfundierungsabkommen mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen hat, demnächst in London erwartet werde, um Verhandlungen mit dem britischen Schatzamt wegen der Regelung der italienischen Kriegsschulden an England zu führen.

Vom Marokkokrieg.

Paris, 19. November. Havas berichtet aus Rabat: Bisher ist entgegen Meldungen in der Auslandspresse noch kein von Abd el Krim beauftragter Unterhändler in Rabat erschienen. Abd el Krim soll auch garnicht, wie dies schon verschiedentlich berichtet wurde, die Absicht haben, die Initiative zu Friedensverhandlungen zu ergreifen. Generalresident Steeg scheint eine abwartende Haltung einzunehmen.

Baisse an der Newyorker Börse.

Newyork, 19. Nov. (Durch Funkspruch.) An der heutigen Börse, die in unregelmäßiger Haltung eröffnete, griff nach einer vorübergehenden Festigung eine panikartige Baisse in, die ihren Hauptgrund in dem hohen Geldsatz (5 Prozent) und in der Befürchtung einer Erhöhung des Rediskontsatzes der Federal Reserve-Bank of Newyork hatte. Die Börse beherrschet, daß sich auch einer solchen Maßnahme Kreditrestriktionen ergeben werden. Kursabschläge bis zu 20 Dollar waren an der Tagesordnung und nur Zwangsdeckungen der Bankiers vermochten die Abwärtsbewegung zeitweilig Einhalt zu bieten. In besondere Mitleidenschaft waren vornehmlich die Automobilwerte gezogen, die in den letzten Tagen bereits mehrfach unter starkem Angebot zu leiden gehabt hatten.

General Serrail über Syrien.

Paris, 19. Nov. (WTB.) Vor den Vereinigten Kammerausschüssen für Heerwesen und für auswärtige Angelegenheiten hat General Serrail Bericht erstattet über die Ereignisse, die sich in den letzten Monaten in Syrien abgespielt haben. Nach dem amtlichen Bericht gab er zunächst einen Überblick über die Haltung seiner Vorgänger gegenüber der Familie Atrasch, gab dann Aufschluß über die Zusammensetzung der gegen das Land der Drusen angewandten Abteilungen, über die Belagerung und Befreiung von Sweida und über den gegen Damaskus versuchten Angriff und setzte auseinander, daß er, um die christlichen Stadtviertel zu schonen, die Stadt habe mit Artillerie beschießen müssen. Außerdem zählte General Serrail die Maßnahmen auf, die ihm geeignet erscheinen, in Syrien die Ruhe wiederherzustellen und das Prestige Frankreichs als Mandatarmacht.

Deutschland

Eintreffen des toten Kampfliegers v. Richthofen in Berlin.

Berlin, 19. Nov. (WTB.) Gestern abend pünktlich 10 Uhr 32 Minuten mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug erreichten die sterblichen Überreste des am 21. April 1918 im Luftkampf für das Vaterland den Heldentod gefundenen Rittmeisters Manfred v. Richthofen Berlin. Der letzte Wagen des Zuges enthielt den einfachen Sarg, an dem vier Soldaten die Totenwache hielten. Zahlreiche Freunde des toten Kampfliegers hatten sich auf dem Potsdamer Bahnhof zu einem stillen Empfang eingefunden, so u. a. auch Vertreter des Ringes der Flieger und der Traditionskompanie. Angehörige des ersten Ulanenregiments, in dem v. Richthofen gedient hatte, trugen sodann ohne besonderes Zeremoniell den Sarg in ein bereitstehendes Leichenauto, das ihn nach der Gedächtniskirche brachte, wo die Aufbahrung stattfindet. Zahlreiche andere Automobile folgten mit den unzähligen Kränzen, die Freunde und Kameraden des Toten auf den Durchfahrtsstationen am Sarge niedergelegt hatten. Am Bahnhof, der abgesperrt war, hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die entblößten Hauptes den Trauerzug passieren ließ. Ein erhebliches Aufgebot der Schutzpolizei sorgte für Ruhe und Ordnung. Die öffentliche Aufbahrung findet heute (Donnerstag) nachmittag von 12 bis 4 Uhr in der Gedächtniskirche statt. Die Trauerfeier am Freitag mittag 1½ Uhr ebendaselbst.

Deutscher Wahlsieg im Hultschiner Ländchen.

Breslau, 19. Nov. (Priv.-Telegr.) Die tschechischen Parlamentswahlen haben erneut den Beweis gebracht, daß das Hultschiner Ländchen treu am Deutschtum hängt. Trotzdem den deutschen Parteien jegliche Wahlpropaganda unterbunden war, haben die Wahlergebnisse in allen Orten eine durchschnittliche Deutschenmehrheit von 75 v. H. aller Stimmen erzielt.

Ueber Hölderlin

Von Hermann Hesse.

Seit hundert Jahren gab es einen deutschen Dichter, der die Besten immer wieder an sich zog, einen heimlichen Liebling und König der idealistischen Jugend, der aber niemals von den vielen gekannt war: Hölderlin. Sein Werk, ein kleiner Band Gedichte, teils von hymnisch großem Schwung, teils von zartester lyrischer Versunkenheit, klang merkwürdig schön, erregend und tragisch zusammen mit seinem Leben, das sich nach einer kurzen strahlenden Jugend in Wirrnis und Wahnsinn, aber auch in eine übersinnliche und mythische Atmosphäre verlor, er war das Urbild des vom Gott auserwählten und vom Gott geschlagenen Dichters, aufsläugend in übermenschlicher Reinheit, voll Adel und schmerzlicher Schönheit, des Dichters, der am „normalen Leben" zerbrechen muß, und das Gedächtnis einer kurzen leuchtenden Geistesblüte hinterließ, wie es sonst nur die früh Gestorbenen begleitet.

Und nun, in den letzten paar Jahren, ist dieser Hölderlin von der deutschen Jugend neu entdeckt worden, hat sein Mahnruf an die Deutschen neue, verstärkte Bedeutung gewonnen, und noch einmal strahlte das Gestirn dieses schönen Fremdlings mächtig auf, allerdings in einer Zeit und Luft, welche jede Begeisterung leicht zur Mode macht. Es gab auch tatsächlich eine Hölderlin-Mode, und der gar nicht leicht zugängliche Dichter liegt heute auf den Tischen mancher Damen neben den Reden Buddhas und den Jenulletons von Tagore. Schon ist diese Mode nahezu wieder verblüht, und geblieben ist uns davon ein Gutes: daß auch die Philologen und die Verleger sich um Hölderlin bemüht haben, so daß es jetzt gute und schöne Ausgaben seines Werkes und seiner Briefe gibt.

Ist auch Hölderlin, wie ich glaube, von denen nicht ganz verstanden worden, die ihn in den letzten Jahren etwas lärmend auf den Schild gehoben haben, so war es doch keineswegs ein Zufall, daß man sich seiner gerade jetzt erinnerte, in der aufgewühlten Stimmung des geschlagenen Deutschlands. Es war nicht nur die Eksstatik seiner flammenden Hymnen, welche gelegentlich etwas Manifestartiges gewannen; es war vor allem die Person des Dichters, der Hauch von Gutes: daß auch edelsten und adelsten Menschentum, was in dieser Zeit einer tiefen Korruption und eines hoffnungslosen Verkauftseins an materielle Mächte so tief wirkte. Denn Hölderlin ist nicht nur ein Dichter, und sein Wert und Wesen ist mit dem seines geschriebenen Werkes nicht identisch; er ist mehr, er ist der Vertreter eines heidnischen Typus.

In einem seiner sehr merkwürdigen Aufsätze steht ein Gedanke, in welchem der Dichter sein eigenes Schicksal zu ahnen und sich selbst im tiefsten zu erkennen scheint. Da steht: „Es kommt alles darauf an, daß die Vorkreflicheren das Inferiere, die Schönern das Barbarische nicht zu sehr von sich ausschließen, sich aber auch nicht zu sehr damit vermischen, daß sie die Distanz, die zwischen ihnen und den anderen ist, bestimmt und leidenschaftslos erkennen, und aus dieser Erkenntnis wirken und dulden. Isolieren sie sich zu sehr, so ist die Wirksamkeit verloren und sie gehen in ihrer Einsamkeit unter." Da hat Hölderlin, der wahrhaft zu den „Schöneren" gehörte, eine tiefe Einsicht gehabt. Man darf diesen Satz von der Distanz und seine Forderung nicht nur so auffassen, als solle der edlere Mensch sich von den gemeineren Mitmenschen nicht allzu rigoros isolieren, seine Lehre geht hier Satz für Satz erst, wenn wir ihn auch nach innen verstehen, als die Forderung, der Edle müsse nicht nur in der Umwelt, sondern auch in sich selbst, in der eigenen Seele das Gemeinere, das naturhaft Naive anzuerkennen und zu schonen wissen. Wir tun mit dieser Deutung Hölderlins Gedanken gewiß nicht Gewalt an, denn das Problem war ihm zeitlebens tief bewußt und wurde viele Male von ihm ausgesprochen; er nannte seine Gesahr, seine einseitige Zugehörigkeit zur Klasse der „Sentimentalischen", wie Schiller sagte, und er hat unter dem Mangel an Naivität beständig gelitten.

In die Sprache der heutigen Psychologie übersetzt, würde Hölderlins Forderung also etwa so lauten: Der Edle stelle sein Triebleben nicht allzu einseitig unter die Herrschaft des triebfeindlichen Geistes, denn jedes Stück unsers Triebelebens, dessen Sublimierung nicht gelingt, bringt uns auf dem Wege der „Verdrängung" schwere Leiden. Dies war Hölderlins individuelles Problem und er ist ihm erlegen. Er hat eine Geistigkeit in sich hochgezüchtet, die seiner Natur Gewalt antat; sein Ideal war, alles Gemeine hinter sich zu lassen; aber er hat nicht die unerhörte Zähigkeit Schillers besessen, der in ganz ähnlicher Lage ein Höchstbeispiel geistiger Willenszucht gegeben und sich dabei restlos verzehrt und verbraucht hat. Durch und durch „sentimentalisch" wie Schiller, hat sein Verehrer und Schüler Hölderlin sich an der Forderung aufgerieben, die er sich selbst gestellt hat; er hat ein Beispiel von Vergeistigung angestrebt, das im Versuch mißglückte. Und wenn wir Hölderlins Dichtung betrachten, so finden wir, daß gerade jene Schillerische Geistigkeit, so edel sie ihm auch zu Gesicht steht, im Grunde seinem Wesen doch aufgezwungen war. Denn das, was wir in dieser herrlichen Dichtung als einzig und unnachahmlich verehren, ist weder ihre bewußte Meisterschaft, so hoch sie auch ist, noch ist es ihr „Inhalt" an Gedanken, sondern es ist die ganz einzige, vom Schillerschen Vorbild oft nahezu erdrückte Unterströmung von Musik, von rhythmischem und klanglichem Geheimnis. Diese wunderbare, geheimnisvoll schöpferische Unterströmung, im Unterbewußten wohnend, liegt in vielen Gedichten Hölderlins gerade zu im Streit mit seinem bewußt geplanten Dichtertum, und an der Vergeistigung dieser heimlichen und heiligen Schöpferkraft ist er zugrunde gegangen. Hölderlin hat sich, im edlesten Streben, aber dem tiefsten Wert seines Wesens zum Schaden, unter Schillers Einfluß beinahe schon zum Intellektuellen entwickelt.

Diese Gedanken zur Individualpsychologie des Dichters erschöpfen jedoch Hölderlins Problem durchaus nicht. Sein Schicksal ist vor allem ein Heldenschicksal, und diese sind überindividuell. Eben darum sehen wir so oft große, bewegte Menschen an Widerständen zugrunde gehen, mit welchen der Kleine spielend fertig wird, und der gesunde Durchschnittsverstand hat es leicht, die Begnadeten als Psychopathen zu erklären, sei es nun mit oder ohne psychoanalytischen Apparat. Gewiß sind jene Helden u. a. auch Psychopathen. Aber weit darüber hinaus sind sie Helden, sind ehrwürdige und gefährliche Versuche des Menschentums, sich zu veredeln, in der tragischen Atmosphäre, auch wenn ein solcher Held zufällig nicht auf entsprechende Weise endet. Hölderlin war es beschieden, dies tragische Schicksal des Begnadeten denkmalhaft darzustellen. Die Tragik, die etwa in Schillers Leben mit nicht kleinerer Gewalt strömt, ist bei Hölderlin einer unerhört deutlichen, einem unerhört ergreifenden Ausdruck gekommen. Das unterscheidet ihn, einen echten Heros, für das Gefühl eines jeden von allen Dichtern, deren Wesen und Bild in ihrem Werk uns ohne Rest ausgedrückt scheint.

Luthers Famulus.

Zu Johann Aurifabers 350. Todestag am 18. November.

Zu den Persönlichkeiten, die mit dem Leben und Wirken Luthers auf das engste verbunden waren, zählt vor allem Johann Aurifaber, auf deutsch Goldschmied, der 1519 nach der einen Lesart in Weimar, nach anderer Meinung in der Grafschaft Mansfeld geboren wurde. Im Alter von 18 Jahren bezog er die Universität Wittenberg, wo er sich dem Studium der Theologie widmete und bald in regen persönlichen Verkehr mit Luther kam. Wirksamkeit als Hauslehrer und danach als Feldprediger im Dienste der Grafen von Mansfeld füllt die weiteren Lebensjahre Aurifabers, der sich auch als Erzieher der Söhne des Grafen betätigte und 1545 nach Wittenberg zurückkehrte. Nun wurde er täglicher Gast im Hause Luthers, begleitete den Reformator auf seinen Reisen und war anwesend, als er im Jahre 1546 die Augen zum letzten Schlummer schloß. Im Schmalkaldischen Krieg wurde Aurifaber erneut Feldprediger; als der Kurfürst Johann Friedrich gefangen wurde, war er dessen Begleiter. Mit 32 Jahren wurde Aurifaber zum Hofprediger in Weimar ernannt und auch in mancherlei Streitigkeiten verwickelt, die damals die Theologen untereinander austrugen. Er stand auf Seiten der gnesiolutherischen Partei im Kampf gegen den kursächsischen Philippismus und den Osiandrismus in Preußen. An wichtigen Verhandlungen, so der Flacianischen Synode (1556), der Eisenacher Synode (1556) und den Naumburger Verhandlungen (1561), nahm Aurifaber teil und war Mitverfasser des Weimarer Confutationsbuches (1559). Als die „Flacianische Rotte" in Sachsen gefistzt wurde, mußte auch Aurifaber seine Stellung aufgeben und wurde des Landes verwiesen. In Eisleben bei den Grafen Mansfeld fand er ein Asyl, später wurde er Pfarrer an der Erfurter Predigerkirche. In einem Streit mit seinem Kollegen Poach vermochte Aurifaber zu siegen und wurde als Nachfolger Poachs „Senior ministerii". Am 18. November 1575 starb er zu Erfurt.

Aurifabers Bedeutung liegt vor allem in seinen nahen Beziehungen zu Luther, dessen Werke er in lateinischer und deutscher Sprache in den Jahren 1555 bis 1558 herausgab. Das bekannteste Buch Aurifabers aber sind die Tischreden oder Colloquia Luthers, die er 1566 erscheinen ließ und in denen er z. T. eig ne Erinnerungen, z. T. Aufzeichnungen anderer, z. B. die „Collectaneen" des Sup. Antonius Lauterbach in Pirna, verwertete. Hist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

19. November.

Schriftleiter-Freuden.

Wie man den Schriftleiter einer Zeitung erfreuen kann, sei im folgenden verraten: 1. Man schreibe die Berichte bzw. Aufsätze mit Bleistift oder Tintenstift oder mit irgendeiner abfärbbaren Tinte, damit der Schriftleiter infolge des dadurch nötig werdenden öfteren Händewaschens zur Reinlichkeit erzogen wird. 2. Man schreibe die Berichte auf gebrauchtes Stullenpapier oder auf Papierschnitzel aus dem Papierkorb, die womöglich noch einen Glanzüberzug aufweisen, damit auch in das Auge des Schriftleiters etwas Glanz kommt. 3. Man schreibe so klein und so eng als nur irgend möglich, damit die Sehkraft der Schriftleiter und Setzerinnen sich an schweren Aufgaben stärken. 4. Man lasse weder oben noch unten, weder links noch rechts einen auch nur millimeterbreiten Rand, damit der Schriftleiter genötigt wird, Beiblätter anzukleben, um darauf Anweisungen für den Setzer oder irgendwelche andere Bemerkungen zu schreiben. 5. Man sende den Bericht drei bis vier Wochen nach abgehaltener Sitzung oder Versammlung ein und „ersuche" dann um „sofortige" Veröffentlichung. Das ist der Gemütsruhe des Schriftleiters ungemein förderlich. 6. Man mache möglichst viel überflüssige Worte und unterstreiche belanglose Wörter und Sätze, zumindest aber die Hälfte aller geschriebenen Zeilen, damit der Schriftleiter ferne, eifrig mit dem Blaustift und dem Raume umzugehen. 7. Man verwende eine ausreichende Zahl von Fremdwörtern, in jeder Zeile wenigstens eins, damit dem Schriftleiter die Gelehrsamkeit des Einsenders offenbar werde. In Marktberichten sind die Worte „per", „pro" usw. unerläßlich. Das Markzeichen sehe man immer vor die Ziffer. 8. Man gebrauche ausgiebig sprachliche Modewörter und phrasenhafte Ausdrücke, wie voll und ganz, mutig und unentwegt, „beifällige Aufnahme in stattgehabter Versammlung", „das nasse Element", die „erlittenen Verletzungen", das „geschwungene Tanzbein", die „lieberhafte Tätigkeit der Polizei" u. a., damit der Schriftleiter merkt, daß er es mit einem modernen Zeitgenossen zu tun hat. 9. Man schreibe den Namen unleserlich, damit man den Schriftleiter wegen Ausbleibens der Antwort anhauchen kann. Grundsätzlich vermeide man zu diesem Zweck auch das Beifügen von Wohnort, Straße oder der Telephonnummer. Ganz fehlerhaft ist es, dem Manuskript Porto zur Rücksendung beizufügen. Der Papierkorb der Redaktion würde sich in diesem Falle viel zu langsam füllen. Nachfragen nach dem Schicksal von eingesandten Schriftsätzen stelle man nie vor 4 Wochen an; man ist dann ganz sicher, daß sie der Redakteur nicht mehr findet und daß er sich überhaupt auf die ganze Angelegenheit nicht mehr besinnen kann.

*

*** **Eine Stadtverordnetensitzung** findet am Montag nicht statt.

** **Normalmaß bei Särgen.** Auf kleinen Gottesäckern meist kirchlichen Besitzes fehlt gewöhnlich ein amtlich bestellter Totengräber, weswegen die Nachbarn des Verstorbenen reihum den letzten Dienst erweisen. Dazu gehört auch das Aufwerfen des Grabes. Nun hat sich gezeigt, daß neuerdings die Särge des öfteren von dem alten Maße erheblich abweichen. Vermutlich hatte man gerade ungefähr passende Bretter und wollte sich nicht der Mühe des Absägens einiger Zentimeter unterziehen. Natürlich war dann die Grube zu klein und die Bestattung kam ins Stocken. Oder aufgeleimte Zierleisten verlängerten den Sarg bedeutend. Um all diesen Mißhelligkeiten aus dem Wege zu gehen, wurde kürzlich bei einer Kreissynode der Antrag gestellt, Firmen mit willkürlich wechselnden Maßen von der Sarglieferung auszuschließen.

** **Verkauf in Trinkhallen.** Gemäß § 11 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 wird bestraft, wer außerhalb der Zeit zwischen 7 und 7 Uhr tagsüber seinen Verkaufsstand nicht geschlossen hat. Ausgenommen sind Gastwirtschaften und Trinkhallen; hier darf, wie das Oberlandesgericht Düsseldorf (20. Mai 1925, 170, 12) entschieden hat, ein Verkauf außerhalb der Ladenschlußzeiten stattfinden, aber erstens nur an Gäste, also nur in Verbindung mit Getränken, und ferner nur zum sofortigen Genuß, also „in solch geringen Mengen, daß der Verkäufer nach den Umständen annehmen kann, daß die entnommenen Waren während des Aufenthalts in der Wirtschaft oder an der Trinkhalle verbraucht werden."

*** **Der Biochemische Verein Merseburg und Umgegend** veranstaltete am Dienstag abend im kleinen Saal des „Casino" einen Vortrag mit 21 Lichtbildern. Als Referent war Herr Bergin aus Berlin gewonnen worden, der in hochinteressanter und fesselnder Weise einen wissenschaftlichen Vortrag über das Thema „Vitamine und Biochemie" hielt. Den Bericht hierüber auch nur auszugsweise wiederzugeben, würde zu weit führen; wir beschränken uns deshalb auf die Wiedergabe der Grundgedanken seiner Ausführungen: Die Hauptursache des schlechten Gesundheitszustandes unserer Volkes liegt größtenteils in fehlerhafter Ernährung. Bei sämtlichen Krankheiten (u. a. auch Krebs) ist die Grundursache eine falsche Ernährung; als Beweis für diese Behauptung gilt die Tatsache, daß es Völker gibt (z. a. die Indianer), die diese Krankheit garnicht kennen. Mit Freuden kann festgestellt werden, daß in weiten Volkskreisen die biochemische Heilmethode immer mehr Boden gewinnt. Die bisherigen Erfolge, die durch Anwendung von biochemischen Salzen bei Verhütung bezw. Bekämpfung von Krankheiten an einzelnen Individuen zu verzeichnen sind, haben viel zur Verbreitung der Biochemie beigetragen. Vollständiger und sicherer ist aber der Erfolg, wenn gleichzeitig neben Verabfolgung biochemischer Salze eine richtige Ernährung Hand in Hand geht. Das heißt: Wir müssen dem Körper Vollkornbrot (kein Weißbrot), reichlich Gemüse, frische Luft u. dergl. zuführen; tun wir dies, so führen wir dem Körper die Vitamine zu, d. h. die Lebensstoffe, die jedes Lebewesen zu seinem Fortkommen neben den mineralischen Salzen unbedingt nötig hat. Ist ein Mangel an einem der Vitamine vorhanden, dann geht das Lebewesen (ganz gleich ob Mensch, Tier oder Pflanze) zugrunde. Sorge daher ein jeder für richtige Ernährung (wozu in erster Linie Vollkornbrot gehört) und für Zuführung der dem Körper fehlenden biochmischen Salze, dann ist er auch in der Lage, seinen Körper gesund zu erhalten. Durch eine Reihe von Lichtbildern wurden Versuche an Menschen, Tieren und Pflanzen veranschaulicht, die die Ausführungen des Vortragenden in trefflicher Weise bekräftigten.

*** **Ein Auto-Zusammenstoß** ereignete sich heute vormittag um ½10 Uhr in der Gotthardtstraße. Ein Personenkraftwagen fuhr in voller Fahrt in ein zweites Automobil hinein, das langsam aus der Wagnerstraße in die Gotthardtstraße einbog. Das letztere wurde erheblich beschädigt und mußte in die Reparaturwerkstatt gebracht werden. Personen kamen nicht zu Schaden.

*** **Zwei Landstreicher** kleideten sich heute mittag am Chausseehaus Hallische Straße völlig neu ein und ließen die getragene Kleidung liegen. Bald erschienen Schutzpolizeibeamte, die nach den beiden Personen fahndeten. Über das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

*** **Diebstahl.** In der Nacht zum Sonntag wurde von dem nicht eingefriedeten Grundstück des Kaufmann Sch. an der Hallischen Straße 5 Stück Wäsche, Johannisbeer- und Stachelbeersträucher gestohlen. Die Ermittlungen nach den Dieben sind aufgenommen.

*** **Theater-Verein Merseburg e. V.** Wie wir vom Theater-Verein erfahren, findet als nächste Sonderaufführung ein Vortragsabend statt, und zwar ist zu diesem der noch manchem Merseburger in Erinnerung stehende Vortragskünstler Hermann Weinreich, ehem. Württembergischer Hofschauspieler, gewonnen worden. Als Gegenstand des Vortrags ist vorgesehen „Das Christusdrama" von Walther Nithack-Stahn. Näheres über Kartenvorverkauf und Ort des Vortrags wird noch bekannt gegeben.

*

Jahres-Hauptversammlung des Reichsbundes Deutscher Mieter.

Ortsgruppe Merseburg und Umgegend.

Am Mittwoch nachmittag fand im Tivoli die außerordentliche Jahreshauptversammlung des Reichsbundes Deutscher Mieter, Ortsgruppe Merseburg und Umgegend, unter reger Teilnahme der Mitglieder und Gäste statt. Die neuen Satzungen wurden verlesen und mit einigen Ergänzungen genehmigt. Dann konnte der Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung machen, daß eine große Zahl Mieter verschiedener Ortsteile des Kreises dem Verein beigetreten sind, und aus diesem Grunde der Ortsbereich erzänzt werden muß und jetzt Merseburg und Umgegend heißt. Mit einer kleinen Verspätung traf der Bezirksvorstand mit dem Referenten Bietz-Weißenfels ein. Der Referent sprach über Mieterschutz, Mieterbank und Wohnungsbau. Zum ersten Punkt legte er die krassen Verhältnisse, welche unter der Materie Mieterschutz heute bestehen, und die einseitige Auslegung dieses Gesetzes dar. Der Redner führte zum Thema Mieterbank aus, daß man jetzt wieder versuche, das Publikum zum Sparen anzuregen, um das Spargroschen in den großen Banken zu erheblichem Kapital zusammenzuballen, und damit zu wirtschaften zum Schaden der Sparer. Um dieses zu verhindern, habe sich der Reichsbund Deutscher Mieter entschlossen, eine Mieterbank zu errichten, wo es jedem Mieter möglich ist, seine ersparten Gelder in seinem Interesse zu verwenden und nutzbringend anzulegen zum Segen der Wohnungsuchenden. Aus den Geldern sollen Wohnungen gebaut werden, um auf diese Weise unabhängig zu werden von dem gewerbsmäßigen Hausbesitz. Redner behauptete, daß seit der Stabilisierung bis jetzt 84 Millionen Mark gespart worden sind, hauptsächlich von Mietern, die 93 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen und diese Summe aufgebracht haben. Würden diese Gelder der Mieterbank gebracht, so könnten davon viele Wohnungen geschaffen und dem Wohnungselend abgeholfen werden. Mit Worten über die ungerechte Verwendung der Hauszinssteuer kam der Redner auf den Wohnungsbau zu sprechen. Mit der Frage: Was ist billiger, Ein- oder Mehrfamilienwohhaus? erläuterte der Redner an Hand von Beispielen aus unserer Nachbarstadt Weißenfels, wo der Mieterverein selbst Häuser baut für seine Mitglieder, und zwar solche, wo 8 Familien untergebracht wurden, jede Familie ein Stück Garten erhält und sich die Bauweise prozentual billiger stellt, als wenn ein Einfamilienhaus gebaut worden wäre. Nur auf diese Weise könnte dem Wohnungschaos ein Ende gemacht werden. Noch einmal auf die Mieterbank zurückkommend, erklärte der Referent, daß in nächster Zeit auch in Merseburg eine Zweigstelle errichtet würde und die Mitglieder der Mieterbank aufgefordert, ersparte Beträge, je nach den Verhältnissen, abzuführen. Über die krassen Zustände, die sich in unserer Stadt auf dem Gebiete des Mieterschutzes herausgebildet haben, berichtet Stadtverordneter Henneberg. Seine Ausführungen werden mit großer Entrüstung von den Versammelten aufgenommen und gipfelten in einem angenommenen Antrag, eine allgemeine Protestversammlung stattfinden zu lassen, um gegen diese Zustände in unserer Stadt energisch Stellung zu nehmen. Weil es in einer jetzigen Zeit vorkommt, daß „böswillige" Mieter kurzerhand auf die Straße gesetzt würden, erregte bei den Versammelten Befremden, das sich steigerte, als mitgeteilt wurde, daß noch 56 solche böswillige Mieter auf der Liste ständen, denen das gleiche Schicksal beschieden sei. Hier sei es die erste Aufgabe des Mietervereins, Abhilfe zu schaffen, um diese Zustände zu beseitigen. Mit der Aufforderung an die Mieter, sich restlos im Mieterverein zu organisieren, wurde die Versammlung geschlossen.

*

Die Entwicklung der deutschen Luftfahrt bis Versailles.

Zu einem Lichtbildervortrag über dieses Thema hatte der Verein Merseburg des Deutschen Luftfahrtverbandes am Sonnabend abend in den Tivoli-Saal geladen. Luftfahrt ist not! Dieses Wort ist schon oft gesagt, daß man leicht geneigt ist, seinen schweren Inhalt zu überhören. Wieso Deutsche haben resigniert die Hände in den Schoß gelegt, als der Aufstieg der deutschen Luftfahrt durch das jähe Ende des Krieges unterbrochen wurde. Das Versailler Diktat hat der deutschen Luftfahrt Fesseln angelegt, die seine Entwicklung aufgehalten haben und hemmen. Das ist gewiß! Aber dieser Vortrag vermag die Vergangenheit, in der Deutschland die Führung in der Luft inne hatte, nicht ungeschehen zu machen und er vermag nicht zu verhindern, wie der Redner des Abends, Oberleutnant a. D. Leitloff, einleitend ausführte, daß aus dieser Vergangenheit neue Kräfte sich entfalten, welche die deutsche Luftfahrt trotz aller Schandbestimmungen wieder auswärts führen. Ein Blick in die Gegenwart beweist, daß es wieder vorwärts geht. Das größte Luftschiff der Welt, das von Zeppelin überquerte, ist Wert deutschen Geistes und Schaffens. Dieser Erfolg der Gegenwart aber wäre nicht möglich gewesen, ohne die Vergangenheit. Darum ist es notwendig, sich mit dieser zu beschäftigen.

Der Redner gab zunächst ein Bild von der Entwicklung des Luftschiffes, von den ersten Ballonversuchen bis zu den stolzen Werken des Grafen Zeppelin, Schütte-Lanz, Parseval; er schilderte sodann die immer weiter fortschreitende Vervollkommnung des Segelflugzeugs bis zu den letzten deutschen Erfolgen bei den Krimflügen. In einem 3. Abschnitt behandelte er mit großer Lebendigkeit und Anschaulichkeit, die durch zum Teil vorzügliche Lichtbildaufnahmen unterstützt wurde, die Entwicklung des Motorflugzeuges unter besonderer Berücksichtigung seines Dienstes im Weltkriege.

Die Führer, vor allem die Jugend, folgten dem Vortrage, dessen Reinertrag für die Zeppelin-Eckener-Spende bestimmt ist, mit großem Interesse und dankten dem Vortragenden mit starkem Beifall.

*

Verein für naturgemäße Gesundheitspflege.

über den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

sprach am Dienstag abend der Bodenanstaltsbesitzer Träger. In dem Vortrag zeigte Redner die Gefahren auf, die vor allem den Anhängern der Naturheilbewegung durch diesen, dem Reichstag zum zweiten Male vorgelegten Gesetzentwurf drohen, da er die durch die Verfassung gewährleistete persönliche Freiheit des Staatsbürgers auf das Bedenklichste bedroht. Kein Volksfreund wird gegen einen gesetzlichen Zwang zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten etwas einzuwenden haben, wird ihn vielmehr begrüßen, doch wenn er sich als eine brauchbare Waffe gegenüber dieser Volkseuche erweisen. Nach dem Entwurf darf ein an Schanker, Tripper oder Syphilis Erkrankter sich nur von einem in Deutschland approbierten Arzt behandeln lassen. Wo bleibt da die Kurierfreiheit? Man will jede andere Methode als die allopathische ausschalten. Ein jeder mit einer Geschlechtskrankheit Behafteter muß sich also der lebensgefährdenden Salvarsanspritze unterwerfen. Dies bedeutet eine zielbewußte Vergewaltigung aller Anhänger der Naturheilmethode. Nach § 4 des Gesetzentwurfs werden die Gesundheitsbehörden ermächtigt, solche Personen, die „dringend verdächtig" einer Geschlechtskrankheit sind, ein von einem approbirten dazu ermächtigten Arzt ausgestelltes Gesundheitszeugnis beizubringen oder sich einer Untersuchung durch einen solchen Arzt zu unterziehen. Dadurch wird der Denunziation Tür und Tor geöffnet. Auch die Anwendung untermittelbaren Zwanges zur Unterwerfung unter die Salvarsankur ist zulässig! Wo bleibt da das Selbstbestimmungsrecht des Kranken über seinen eigenen Körper? Die weiteren Paragraphen des Gesetzentwurfs erwecken den schwersten Bedenken. Z. B. wird jeder, der an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet oder dies „den Umständen nach" wissen muß und den Beischlaf ausübt usw., mit Gefängnis bis drei Jahren bestraft. Hier wird von einem Laien verlangt, was sehr oft dem Arzt nicht gleich festzustellen möglich ist. § 7 verbietet den Naturheilkundigen und allen nicht approbierten Heilpraktikern die Behandlung aller Geschlechtskrankheiten und Leiden der Geschlechtsorgane. Sogar derjenige wird bestraft, welcher seinem kranken Mitmenschen einen Rat erteilt. Wer in einem Vortrage sagt, daß man Geschlechtskrankheiten auch naturgemäß heilen könne, kann zu Gefängnis oder Geldstrafe verurteilt werden!

Der ganze Gesetzentwurf bedeutet eine Vergewaltigung des gesundheitlichen Glaubens von Millionen von Staatsbürgern, Beraubung der persönlichen Freiheit und Beschneidung des Rechts der freien Meinungsäußerung. Der Entwurf sei unbrauchbar und werde hoffentlich vom Reichstag zum zweiten Male abgelehnt. — Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Eine Diskussion fand nicht statt.

*

Eingesandt.

Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzlich-formale Verantwortung, auch identifiziert sie sich nicht mit den vertretenen Anschauungen.)

Recht eigenartige Zustände herrschen zurzeit in den hiesigen „Blanck-Werken". Am Dienstag, dem 17. November, erhielten sämtliche Arbeiter über 60 Jahre (in Frage kommen 62 Mann) ihre Kündigung zum 28. d. Mts. zugestellt. Als Grund für dieses beispiellose Vorgehen gab man an, daß diese sich um das Aufwärtsstreben der Firma verdient gemachten Leute heute auf einmal ein Hemmnis am Fortbestehen des Werkes sein sollen. Diese Veteranen der Arbeit sind aber zum weitaus größten Teil recht, recht lange Zeit in dieser Arbeitsstätte. Bis dato waren sie gut genug, durch ihre Arbeitskraft das Bestehen des Werkes mit zu sichern. 25, 30 und 50 Jahre haben dieselben treu ausgehalten und immer las man dann bei solchen Gelegenheiten von treuem Zusammenhalten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, selbst die Handwerkskammer beteiligte sich an solchen Arbeitsjubiläen.

Und heute — wo man denkt, diese Leute nicht mehr gebrauchen zu können, setzt man dieselben rücksichtslos auf die Straße. Zum Teil erhalten nun diese Arbeiter noch nicht einmal die Altersrente, da sie noch nicht 65 Jahre alt sind. Man macht sich keine Gedanken darüber, wovon diese Leute leben sollen; es wird wohl jedem von ihnen unmöglich sein, wo anders Arbeit zu finden.

Die Gemütsverfassung, die unter den Betroffenen herrscht, kennzeichnet so drastisch ein an dem genannten Tage gefallener Ausspruch: „Da sollen sie mir doch gleich den Strick zum Aufhängen mit in den Lohnbeutel legen."

Fürwahr eine rechte Weihnachtsfreude für diese in Arbeit ergrauten Leute und eine neue Sorge für unsern Magistrat.

Das Urteil über dieses Vorgehen kann man getrost der Öffentlichkeit überlassen. Ein nicht davon Betroffener.

(Auf unsere Anfrage teilt uns die Direktion der Blanck-Werke mit, daß die Entlassung mit der Umstellung des Produktionsprozesses zusammenhängt. Die Werke gehen dazu über, sich zu spezialisieren. Es sei daher notwendig, den ganzen Herstellungsprozeß technisch zu erneuern und zu vereinfachen, was mit altem Personal nicht möglich sei. Es liege keinerlei System in den Entlassungen, die nur durch die Notwendigkeit der Umstellung bedingt seien. — Die sozialen Härten werden bedauerlich natürlich nur erklärt und nicht gemildert. D. Red.)

Tageskalender.

Donnerstag, 19. November.

Vortrag über: „Die Aufwertung des Vorkriegsgeldes" im Casino. — Vortrag Dr. Pfeil im Deutschen Beamtenbund im Tivoli. — 1. Konzert des evangelischen Kirchenchores Neu-Nissen in der Siebelungsturnhalle. — Generalversammlung des Mieterkurvereins im Tivoli. — Versammlung der Turnerischen Vereinigung im Reichskanzler. — Wahlversammlungen der DVP. in Dürrenberg (Grabierwerk) und in Geusa.

Freitag, 20. November.

Meyer-Umlaufs Märchenspiele im Casino. — Wählerversammlungen der DVP. in Spergau und Naundorf. — Hausball im Neuen Schützenhaus und Funkenburg. — Lichtspielpalast „Sonne": Die vom Niederrhein. — Union-Theater: Die zehn Gebote.

*

Wetterwarte.

B. W. am 20. 11. (Freitag): Teils heiter, teils neblig, trocken, Nacht und früh Frost, Tag gelinde. — 21. 11. (Sonnabend): Vielfach trübe, nahe Null, keinen oder wenig Schnee.

*

Wie wird das Wetter am Sonntag sein?

Wir haben eigentlich noch recht milde November-Witterung! Es friert jetzt, wo ein Hochdruckgebiet in unserer Nähe sich befindet, kaum wesentlich, wozu wohl beiträgt, daß dieser hohe Druck über den zentralen Teilen Europas sich erst entwickelt und nach allen Seiten hin von milderen Temperaturen umgeben war; so waren z. B. am 14. November in Warschau 9 Grad Wärme. — Andere Jahre zeigen aber schon andere Temperaturen im November. Der ungewöhnlich strenge Winter 1879/80 brachte schon am 26. November 10½ Grad Kälte und vom 25. November ab bis 28. Dezember war eine anhaltende starke Frostperiode, die durch starke Schneefälle eingeleitet war. Der November kann also auch anders und wir haben noch lange nicht das Ende des Monats, er kann also auch diesmal noch so mancherlei bringen. Doch sieht es, wenn auch Nacht- und Morgenfröste uns in den nächsten Tagen heimsuchen werden, noch nicht nach stärkerem Winterwetter aus. Der Sonntag, noch unter der Herrschaft des hohen Drucks, wird uns ziemlich heiteres Wetter, stellenweise nur (im Südosten) nachts Schnee bringen, dem aber hinterher auch Aufheiterung folgt. Die Nacht und der Morgen hat Frost und Reif, während der Mittag sich gelinde gestaltet. Also im allgemeinen ein schöner Tag!

Aus dem Zweckverband Leuna.

× **Neu-Nissen,** 19. Nov. Der vom Sportwerein Marathon e. V. veranstaltete Jugend- und Elternabend am Sonnabend erfüllte voll und ganz seinen Werbezweck. Recht verständig war es der Vereinsleitung, an solch einem Abend auch einmal das Urteil eines Arztes über den Wert der Leibesübungen zu erbitten. Kreismedizinalrat Dr. Kühnlein unterstrich in einem sehr interessanten, auf Jung und Alt zugeschnittenen Vortrag all die großen Vorteile, die der Sport im allgemeinen bietet. Gerne Worte fanden großen Beifall. Der Film: „Deutsche Kampfspiele 1922" zeigte auf allen Gebieten des Sportes und Turnens prächtige Bilder und Kampfszenen. Leider störte das öftere Reißen des Filmbandes. Die Gesangsabteilung des Sportvereins Tapfer 06 e. V. Leipzig diente dem Werbeabend durch Vortrag verschiedener Lieder, die allgemein erfreuten. Schülerinnen und Schüler des Vereins zeigten, wie durch systematisches Training der größte Teil der Muskeln und Sehnen, die sonst im alltäglichen Leben nicht immer eine regelmäßige Inanspruchnahme erfahren und langsam verkümmern müßten, ihre Widerstandskraft behalten und noch erhöhen. Der Besuch der Veranstaltung war ein guter, vor allen Dingen erfreute es, diese Eltern mit ihren Kindern anwesend zu sehen. Mancher Vater, manche Mutter wird durch das Programm erfahren haben, welche Arbeit in einem Sport- oder Turnverein geleistet wird. Möge der Abend den Erfolg haben, daß sich dieser oder jener der Eltern hat davon überzeugen lassen, wie nötig es ist, den Kindern die Leibesübungen schon in frühester Kindheit zu empfehlen und zu überwachen.

*

Das Amtsblatt des Landkreises Merseburg

erscheint heute als Sonderausgabe. Es bringt die Wahlvorschläge für die Wahlen zum Kreistag für den Landkreis Merseburg.

*

§ **Ammendorf,** 19. Nov. **Noch einem Turnvergnügen am Sonntag im Schützenhause schloß sich eine jugendliche Turnerin mit ihrem Vorturner, einer kinderlosen Ehemann, in ein Fremdenzimmer ein. Nachdem beide in einem Briefe vom Leben Abschied genommen hatten, öffneten sie den Gashahn. Am nächsten Morgen fand man sie als Leichen, doch gelang es bei dem Manne, ihn durch Einpumpen von Sauerstoff ins Leben zurückzurufen.**

§ **Ammendorf,** 19. Nov. „Getreue Nachbarn und desgleichen." Zwei Kufinen, die berheiratet in demselben Hause wohnen, gerieten vermaßen in Streit, daß die eine den Kopf der andern mit einem Beilnacken bearbeitete. Wäre nicht der Briefbote hinzugekommen, dann hätte es wahrscheinlich eine Leiche gegeben. — Im Dreierhause, der Hochburg des Kommunismus, hatten in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zwei Genossen ebenfalls einen Streit. Als der eine den Heimweg antrat, schlich der andere ihm nach, überfiel ihn und verwundete ihn so schwer, daß er seinen Wunden erlag.

§ **Landsfädt,** 19. Nov. Als am Montag abend um 9 Uhr der Mühlenbesitzer Neuneck von seiner in Milzau gelegenen Mühle fuhr, kam ihm ein Auto entgegen. Das helle Licht blendete das Pferd des P., das über seine Zügel sprang, mit der Kutsche in den Straßengraben. Die Schere war abgebrochen. Der Besitzer fand sich im Schrebergarten wieder. Hilfsbereite Leute haben das Pferd und den Wagen aus dem Graben gezogen. Das Unglück war noch so glimpflich abgegangen, mit ein paar Hautabschürfungen kam N. davon.

§ **Ober-Clobicau,** 19. Nov. **Der Gutsbesitzer Wachsmuth wurde wegen dringenden Verdachtes, den Brand seiner Scheune, über den wir gestern ausführlich berichteten und dem außer der mit Erntevorräten gefüllten Scheune noch Stallungen und das Nachbargrundstück zum Opfer fielen, angelegt zu haben, verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis Merseburg eingeliefert. W. leugnet bis jetzt jede Täterschaft.**

§ **Zöschödergen,** 19. Nov. Einbrüche wurden in der Nacht von Dienstag zum Mittwoch in unserem Orte verübt. In einem Falle fielen den Einbrechern eine Speckseite, im anderen ein Topf Schweineleft und im dritten Falle ungültiges Geld in die Hände. Über das letztere dürfte ihre Enttäuschung groß gewesen sein. Die polizeilichen Nachforschungen sind eingeleitet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0003

§ **Schkeuditz**, 19. Nov. Vor den Stadtverordneten hielt Stadtbaumeister Jedens einen Vortrag über die städtische Bautätigkeit. Danach hat die Stadtverwaltung mit den nunmehr fertiggestellten Reihenhäusern 95 Wohnungen in Neubauten geschaffen. In diesem Jahre sind vier 2-Zimmerwohnungen, acht 3-Zimmerwohnungen, vier 4-Zimmerwohnungen, eine 5-Zimmerwohnung gebaut worden. — Außerdem wurde ein Laden vorgesehen. Alle Wohnungen sind mit elektrischem Licht, Wasserleitung sowie Innenaborten mit Wasserspülung versehen. Zu jeder Wohnung gehört ein geräumiger Keller, eine Bodenkammer und ein Kleingarten. Die Baukosten für die in diesem Jahr errichteten beiden Reihenhäuser mit 17 Wohnungen betragen 110 000 M, im Durchschnitt also für eine Wohnung mit etwa 74 Quadratmeter Wohnfläche rund 7000 M. Bei dem Vergleich mit den Baukosten eines Einfamilienwohnhauses, das heute kaum unter 14 000 M herzustellen ist, ergibt sich, daß die Errichtung von Wohnungen in Reihen- und Gruppenwohnhäusern am wirtschaftlichsten und am wirksamsten zur Bekämpfung der Wohnungsnot ist. Die Baukosten von 110 000 M werden gedeckt durch eine Hauszinssteuerhypothek in Höhe von 17 × 4000 M = 68 000 M und 42 000 M als zweite Hypothek. Die Verzinsung und Abschreibung der Hauszinssteuerhypothek beträgt 4 Prozent, die der zweiten Hypothek 13 Prozent. Unter weiterer Berücksichtigung der Kosten für Gebäudeunterhaltung und Hausverwaltung hat die Stadtverwaltung sich bei der Festsetzung der Mieten von dem Grundsatz leiten lassen, daß alle Kosten durch die Mieten gedeckt werden. Demnach betragen diese 375 M für eine 2-Zimmerwohnung im Erdgeschoß, steigend bis zu 890 M für eine 4-Zimmerwohnung mit Badeeinrichtung im 1. Obergeschoß. Hierbei ist zugrundegelegt ein Einheitspreis für 1 Quadratmeter Wohnfläche im Erdgeschoß mit 7 M, im 1. Obergeschoß mit 8 M, im 2. Obergeschoß mit 7,50 M und im Dachgeschoß mit 5,80 M. Da einstweilen noch keine Anzeichen vorhanden sind, daß die private Wohnungsbautätigkeit einsetzen wird, bleibt es nach wie vor Aufgabe der Stadtverwaltung, die Wohnungsnot durch Erbauung von neuen Wohnungen zu bekämpfen. Bodenschätze wird deshalb auf dem Baublock an der Ostseite der Lindenstraße zwischen der Moltke- und Delitzscherstraße weitere Gruppenhäuser in etwas mehr aufgelockerter Bauweise zu erbauen.

§ **Schkeuditz**, 19. Nov. Die ungenügende Abgrenzung der Elsterbrücke wurde am Sonntag abend einem biesigen Einwohner zum Verhängnis. Auf seinem Heimwege gegen 10 Uhr abends geriet er zu nahe an die dort abschüssige Böschung und rutschte in den Wehrgraben. Fußgänger beobachteten den Unfall, sogen den bewußtlos Gewordenen auf den Fußweg und sorgten für ärztliche Hilfe. Die gefahrvolle Stelle hätte dem Manne das Leben kosten können.

Kreis Querfurt

4 Wahlvorschläge für die Kreistagswahl.

Der Wahlausschuß für die Kreistagswahl hat die Zulassung folgender Wahlvorschläge zu der am 29. d. Mts. stattfindenden Kreistagswahl beschlossen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Spitzenkandidat: Renner-Gebiete.

2. Kommunistische Partei.
Spitzenkandidat: Scheibner-Mücheln.

3. Nationaler Wirtschaftsblock für Stadt und Land.
Spitzenkandidat: Löhne-Niederschmon.

4. Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes.
Spitzenkandidat: Schramm-Schleberoda.

§ **Lodersleben**, 19. Nov. **Bei der Nachprüfung der Gemeinderechnung** von 1924 wurden durch einen Beamten des Landratsamtes erhebliche Unterschlagungen des damaligen Gerichtsvollziehers, welcher zugleich die Gemeinde- und Sterbekasse führte, festgestellt. **Ebenso wurden unberechtigte Steuererhebungen desselben festgestellt.**

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht Halle.

Ein Nachspiel zu dem schweren Autounfall in der Hallischen Straße.

Der Autounfall, wobei in der Nacht zum 14. Juli d. J. in Merseburg der Fabrikbesitzer Franz Boenisch aus Dölau zum Opfer fiel, fand am Dienstag, 17. November, vor dem erweiterten Schöffengericht seine Sühne. Angeklagt war der 30jährige Kraftwagenführer Paul Tritzschler aus Halle wegen fahrlässiger Tötung.

Der Angeklagte war an jenem Unglückstage schon seit ½5 Uhr früh unterwegs. Der Gefährte war der Eigentümer des Wagens. Beide waren an jenem Tage mit dem Auto in Dresden gewesen. Dann hatten sie in Halle an der „Goldenen Kugel" gehalten und später vor der Kohlbaum-Diele in der Leipziger Straße, doch hat der Angeklagte selbst nicht getrunken, aber auch nichts gegessen. Nachdem er einige Herrschaften nach Hause gefahren hatte, wollte sein Herr noch einen Bekannten nach Naumburg fahren. Dieser wollte sich sogar selbst an das Steuer setzen, doch das litt der Chauffeur nicht, da jener sich in animierter Stimmung befand. In diesem Zustande aber konnte es dem Herrn nie schnell genug gehen. Um ¼1 Uhr nachts ging die Fahrt von Halle los. Unterwegs in Schkopau hatten sie einen Reisebekannten am Hinterrade. In Merseburg in der Kurve an der Eisenbahn-Unterführung bei den Blanck-Werken fuhr der Angeklagte zu weit rechts an die Bordsteine. Dort ist ein Kanaldeckel sehr tief im Pflaster eingebaut, so daß dies einem Loch in der Fahrbahn gleichkommt. An dieser Stelle brach das rechte Vorderrad. Das Auto stürzte und die Insassen wurden herausgeschleudert. Der Eigentümer des Wagens war tot, der Kraftwagenführer verletzt. Die erste Hilfe an der Unfallstelle leistete der Friseur Richard Brauer, der auf den Knall herbeieilte.

Die Straße war an jenem Tage nicht glitschig. Da der Angeklagte selbst zugibt, daß ihm die Straße gut bekannt ist, und festgestellt wurde, daß er zu schnell gefahren ist, hielt das Gericht seine Schuld für erwiesen und verurteilte ihn wegen fahrlässiger Tötung anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe zu einer Geldstrafe von 250 M., für die ihm monatliche Raten von 25 M. bewilligt wurden.

Weiße Wand.

Lichtspiel-Palast „Sonne". Heute abend erfolgt letztmalig die Aufführung des Filmes „Lieblinge der Menschen", der prächtige Bilder aus dem Hundeleben und ganz speziell von den verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten der Hunde veranschaulicht und über den alltäglichen Rahmen heraus ragt. — Daneben läuft noch das 6aktige Drama „Die Fahrt ins Verderben" und das übliche Beiprogramm.

Kammer-Lichtspiele. Der Film „Der deutsche Rhein in Vergangenheit und Gegenwart", der gestern in beiden Theater zur Aufführung gelangte, erwies sich als ein ausgezeichneter Lehr- und Anschauungsfilm, der einen bedeutend besseren Besuch verdient hätte. In klaren und deutlichen Naturaufnahmen ziehen die landschaftlich reizvollen Ufer dieses größten deutschen Stromes mit den sagenumwobenen Burgen und Schlössern, die Städte mit ihren historischen Prachtbauten und dann wieder die riesigen Industrie am Auge vorüber. Wie wir hören, wird voraussichtlich am Totensonntag die Vorführung wiederholt. — Ab heute bringt der neue Spielplan den modernen Gesellschaftsfilm „Die Angst vor der Ehe".

Union-Theater. Der große Expeditions- und Jagdfilm „Wunder der Wildnis" führt uns in bis noch vor kurzem unerforschte Gebiete Afrikas. Herden von wilden Tieren, wie man sie in einzelnen Exemplaren nur in zoologischen Gärten sieht, sind hier in der Wildnis von der Kamera festgehalten. Einzelne Aufnahmen konnten nur unter großen Gefahren und Schwierigkeiten gemacht werden. Auch Kämpfe mit Raubtieren, die von dem unerschrockenen Forscher Martin Thompson und seiner Gattin zu bestehen waren, sind gleichfalls in anschaulicher Weise dargestellt. Das Beiprogramm bringt noch einen Sechsakter „Die Reise ins Unendliche", ein Film mit einer fesselnden Handlung. Auf der Bühne findet die Wiederholung der am Sonntag mit großem Beifall aufgenommenen Dechant-Operette „Im Paradies der Liebe" statt. Dies gesamte Programm wird heute abend zum letzten Mal gegeben.

Gräfin Bothmer zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt

Das letzte Wort der Angeklagten.

Nachdem Justizrat Josephsohn sein vielstündiges Plaidoyer auf Freisprechung beendet hatte, ergriff dann am Nachmittag Rechtsanwalt Dr. Brandt das Wort, der in einer Anspielung auf die sehr langen Ausführungen seines Mitverteidigers erklärte, ihm bleibe eigentlich aus dem reichen Prozeßstoff nur die Erörterung des Ausfindens der „toten Katze" übrig. Dr. Brandt erklärte, daß er im Gegensatz zu Justizrat Josephsohn das Wesen der Verteidigung anderß auffasse, daß der Verteidiger in erster Reihe das Kontrollorgan der Staatsanwaltschaft sein müsse. Zwar bestehe das Wort, daß die Staatsanwaltschaft die objektivste Behörde der Welt sei, aber in diesem Prozeß lägen die Dinge doch anders. Der Potsdamer Staatsanwalt wisse sich geschützt vor dem Vorwurf, daß er die Angeklagte etwa günstig behandelt habe, oder ihr gegenüber die Objektivität übertrieben habe. Wenn der Staatsanwalt der Verteidigung die gegen den Anklagevertreter erhobenen Angriffe sühel nehme, so könne er, als Verteidiger der Angeklagten, sich auch nicht helfen. Für ihn gelte das Wort: „Quid, quid id est, timeo Danaos", auf deutsch: „Ich fürchte nichts mehr als den Großmut des Staatsanwaltes", der in zwei wesentlichen Punkten die Anklage habe fallen lassen. Nichts sei der Angeklagten erwiesen und in den beiden Diebstählen der Pokale und des Silbers habe das Gericht das ausdrücklich festgestellt. Da aber die Diebstähle nur eine einzige Kette bildeten, so entstehe die Frage: Wer ist der Täter in allen Fällen? Das Gericht habe wohl das Privatleben der Gräfin durchsucht, obwohl man die kriminelle Seite der Angelegenheit zu durchforschen und nicht als Sittenrichter zu urteilen hatte. „Ich darf infolge meines Amtsgeheimnisses nicht deutlicher werden, aber wenn der Staatsanwalt behauptet, die Angeklagte habe den Namen ihres Mannes in den Kot gezogen, so sage ich, niemand hier hat ritterlicher gehandelt, als die Gräfin Bothmer."

Bei der Erörterung des Diebstahls vom Rechtsanwalt Dr. Brandt zu dem Schluß, daß die Gräfin, wenn sie so verworfen wäre, wie die Anklage es behauptet, durch ihre Freundin leichter höhere Geld bekommen können als durch den risikoreichen Weg des Diebstahls und Einbruches. Entscheidend für ihn sei der Ausspruch der Angeklagten an dem Tage gewesen, als sie verhaftet wurde und völlig zusammengebrochen im Gefängnis gesessen habe. Damals habe ihm die Angeklagte gesagt: „Und wenn man mich 20 Jahre einsperrt, ich kann doch nicht etwas zugeben, was ich nicht getan habe."

An das Plaidoyer der Verteidigung schloß sich dann eine längere Replik des Ersten Staatsanwalts Gerlach, der mit den Worten schloß: Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch ans Licht der Sonnen.

Justizrat Josephsohn teilte in der Duplik mit, daß sich bei der Verteidigung der Schreibsachverständige beim Kammergericht, Brim, gemeldet habe, der erklärte, daß das vom Sachverständigen Kohlweiher erstattete Gutachten wertlos sei, weil sich deutsche und lateinische Buchstaben nicht vergleichen ließen. Mitten in der Duplik gab es noch eine Überraschung. Justizrat Josephsohn erhielt während der Verhandlung

einen in Pankow aufgegebenen Brief,

in dem eine unbekannte Frau schreibt, sie sei die Frau des Mannes, der unter dem Namen Germersdorf der Gräfin Bothmer die gestohlenen Sachen verkauft habe. Ihre Schwiegermutter habe das alles in der Bonifaciusstraße gebeichtet. Der Brief wurde dem Gericht übergeben.

Im letzten Wort erklärte die Gräfin: Ich bin unschuldig, und wenn Sie mich totschlagen. Ich kämpfe um den Namen meines Mannes, meiner Kinder und meines ungeborenen Kindes. (Weinend.) Glauben Sie mir, ich bin unschuldig. (Bewegung.)

Das Urteil.

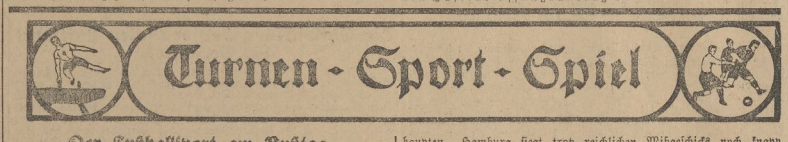
Nach einer Beratung von fast 3½ Stunden kehrte um 11 Uhr abends das Gericht in den Saal zurück und Landgerichtsdirektor Westerkamp begann zunächst mit einer ausführlichen Begründung des Urteils.

Er schloß seine Ausführungen:

„Die Angeklagte wird deshalb wegen Diebstahls in vier Fällen gegenüber der Frau Dr. Dommer und in sechs Fällen gegenüber dem Landgerichtspräsidenten a. D. Mieck zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt, wobei auf die Polziner Diebstahlsfälle 4 Monate und auf die Potsdamer Fälle 8 Monate angerechnet werden." (Bewegung.)

Die Angeklagte nahm das Urteil äußerlich ruhig entgegen.

Justizrat Josephsohn beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte seit 4 Wochen in Haft sei, ihre sofortige Haftentlassung. Nach ganz kurzer Beratung lehnte das Gericht den Haftentlassungsantrag ab.



Der Fußballsport am Bußtag.

Reserven Naumburg 05—BfL. Merseburg 2:2 (1:1).

Spiel Zuschauer, wie gestern dieses Spiel der beiden Liga-Reserven besuchten, hat manches Ligaspiel nicht angelockt. Und sie wurden nicht enttäuscht. Selten gab es bei einem Fußballwettkampf derartig anregende Momente. Viele Male hallte der Ruf „Tor" über den Platz, weil die jeweiligen Situationen eine andere Lösung fast kaum noch zuließen. Und doch war bei neun Zehntel der Vorgeleegenheiten der Merseburger die Freude regelmäßig verfrüht. Wir sahn noch kein ähnliches Spiel, bei dem der Verlauf derartig im Mißverhältnis zu dem Ergebnis stand. Zu drei Vierteln erwiesen sich die Merseburger von erdrückender Überlegenheit, aber der Morast vor den Toren und die unglaubliche Schußunsicherheit der BfL-Stürmer standen den sympathischen Gästen immer wieder hilfreich zur Seite. Außerdem hatten sie einen glänzenden Hüter im Tor, sodaß sich das tatsächliche Stärkeverhältnis nicht im entsprechenden Torzahlen auswirkte. Aber das Publikum hatte viel Spaß an der Sache und oft rollten wahren Lachstürmen über den tiefgründigen Platz. Wo der Ball vor den Toren hingestoßen wurde, da lag er fest und bot selbst starken Stößen widerborstig Widerstand. Während die Naumburger periodenweise mit der ganzen Mannschaft verteidigten, setzten sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu Durchbrüchen an, die bei der Schnelligkeit ihrer Flügel stets gefährlich und zweimal auch von Erfolg gekrönt waren. Naumburg ging schon bald nach Beginn in Führung und es währte relativ lange, bis der Ausgleich durch Kopball von Lautenschläger fiel. Als mit 1:1 die Seiten gewechselt wurden, glaubte alles an einen hohen Sieg Merseburgs. Doch die vorgeschilderten Verhältnisse ließen nur ein mageres Unentschieden zu, nachdem es den Gästen geglückt war, abermals das Führungstor zu schießen. Eine eingehende Kritik erscheint in Anbetracht der trostlosen Bodenverhältnisse unangebracht. Der Schiedsrichter war bemüht, beiden Teilen gerecht zu werden.

99er-Sportplatz, Sonntag nachm. 2½ Uhr Verbandsspiel

Favorit — Sportverein 99

Vorher die Reserven.

Noch zwei Spiele in der ersten Klasse!

Da das Verbandsspiel zwischen Favorit und Borussia seinerzeit wegen unglücklicher Witterung abgebrochen werden mußte, ist das Spiel noch zu wiederholen und wird nunmehr am 29. November ausgetragen. Wie übrigens verlautet, soll der Borussia der eine Punkt, den sie sich im Kampfe gegen Preußen-Komet erkämpft hatte, abgesprochen werden, da bei ihr der Spieler Arlt, der in diesem Kampfe mitwirkte, noch nicht spielberechtigt gewesen sein soll.

Sportverein 1899.

99 III schlug die I. Mannschaft des Sportklubs 1925 Cröllwitz nach interessantem Kampfe knapp aber verdient 3:2. 99 IV siegte über die II. Elf des gleichen Vereins 3:1.

Halle—Merseburg unterliegt im Spiel der Schiedsrichter gegen das Geiseltal 2:6.

Der Platz der Spielvereinigung Neumark, auf dem der Kampf ausgetragen wurde, war sehr gut besucht. Der hohe Sieg der Geiseltalleute, deren Mannschaft sich aus Schiedsrichtern aus Neumark, Kötzschen, Kayna und Mücheln zusammensetzte, kommt überraschend. Schon beim Wechsel lag der Sieger mit 3:0 klar in Front. Als die Leute aus dem Grubengebiet noch einmal kräftig anzogen, fiel Halle dem Tempo zum Opfer und stand den 3 weiteren Erfolgen des Gegners ziemlich machtlos gegenüber.

Spieler und Publikum waren mit Eifer und Freude bei der Sache. Die Zuschauer nahmen lebhaften Anteil und feuerten die Mannschaft durch Zwischenrufe zur höchsten Kraftentfaltung an. Ein gemütliches Beisammensein der beteiligten Schiedsrichter trug später viel zur Klärung von mancherlei Mißverständnissen zwischen Halle-Merseburg einerseits und dem Geiseltal andererseits bei.

Städtekampf im Kunstturnen.

Hamburg siegt über Berlin und Leipzig.

Hamburg . . .	2263 Punkte.
Berlin	2249 Punkte.
Leipzig	2199 Punkte.

Im einzelnen war der Stand nach den Ringen: Berlin 373, Hamburg 324, Leipzig 320 Punkte, nach Beendigung der Freiübungen: Berlin 727, Hamburg 728, Leipzig 694 Punkte, nach dem Pferdsprung: Berlin 1090, Hamburg 1085, Leipzig 1073; Stand nach dem Barrenturnen: Berlin 1594, Hamburg 1472, Leipzig 1442 Punkte. Durch die Reckübungen geht Hamburg in Führung: Hamburg 1891, Berlin 1862, Leipzig 1835 Punkte.

Nach der fünften Reckübung geht Hamburg in Führung. Der Endkampf zwischen Hamburg und Berlin ist beim Pferdsprung besonders spannend. Berlin liegt nach dem sechsten Sprunge wieder mit 13 Punkten in Führung, kann diesen aber nicht bis zum Schluß behaupten. Hamburg siegt trotz reichlichen Mißgeschicks noch knapp aber verdient. Mit dem Endergebnis von Hamburg 2263, Berlin 2249, Leipzig 2199 Punkten endete der spannende Kampf.

MTV. AllgTV. 2:3 (1:1).

Beide Mannschaften führten den zahlreich erschienenen Zuschauern ein äußerst scharfes Spiel vor. Der MTV. trat mit einer erfolggeschwächten Mannschaft an. Dadurch konnte der AllgTV. das Spiel leicht überlegen gestalten. Den größten Anteil an diesem Siege hat zweifellos der Mittelstürmer des AllgTV.s, welcher sämtliche 3 Tore auf sein Konto nahm. Der Schiedsrichter konnte befriedigen.

Handball

PSV. Halle von SC. Freital 04 mit 5:4 geschlagen!

Der Ostsachsenmeister hat es fertig gebracht, den seit langer, langer Zeit in Mitteldeutschland ungeschlagenen mitteldeutschen Meister gestern in Halle auf dem 98er-Platz zu besiegen. Damit erlebten die fast 2000 Zuschauer die erste Sensation im Handballsport des mitteldeutschen Verbandsgebietes. Es wäre bestimmt verfrüht, den Ostsachsengau nun als spielstärker anzusprechen. Und doch hat das Spiel der Dresdener Freitaler recht angenehm überrascht. Ganz in Hochform war der PSV. während der ersten Halbzeit und auch anfangs der 2. Halbzeit. Dann kämpfte unser Meister recht unglücklich, weil er sich durch 10 verletzungende Freitaler buchstäblich hinburchzuwinden hatte. Der sonst im allgemeinen zufriedenstellende Schiedsrichter, Gottschalk (96 Halle), machte hier den großen Fehler, zu wenig durchzugreifen. Vor allem mußte er das mit Händen- und Füßen-Verteidigen der Gäste unterbinden. Damit war auch der PSV. dem Ausgleichstreffer näher. Aber so scheiterten wahre Sturmangriffe der gesamten Polizeimannschaft Tormann Drape stand an der Mittellinie) an dem oft unfairen Verteidigungsspiel der Gäste. Für sie galt es, mit allen nur möglichen Mitteln den Sieg zu sichern. Damit soll der Sieg der Sachsen auf keinen Fall herabgewürdigt werden.

Die Mannschaften waren sich gleich in Spielstärke. Bestechend war das Stürmerspiel der Ostsachsen, bestechender noch als das des gestern auch wieder hervorragenden PSV.-Sturmes. Raffiniert geschickt das Täuschen der Gäste-Stürmerreihe, was man bei dem PSV. fast ganz vermißte. Der Halblinke Marczinsky verdarb durch sein lautes unschönes Rufen viele Angriffsmöglichkeiten des PSV., da eine solch durchsichtige Angriffstaktik bei einer solchen Verteidigung der Ostsachsen von vornherein unterbunden wurde. Die beiden Internationalen der Freitaler, Böhme und Männel, zeigten ein vorbildliches, selbstloses Stürmerspiel und gaben dem gestern guten Drape reichlich Arbeit. Von den Läuferreihen war der Mittelläufer der Freitaler der beste Mann. Und in der Verteidigung überragte Knobbe, der linke Verteidiger des PSV. wieder alle andern. Er war auch gestern wieder unbestritten der Liebling der Hallschen Handballgemeinde. Beide Vereine haben gut und auf beiden Seiten mit Glück abgewirkt. In den letzten beängstigenden Minuten für Ostsachsen verstand es die gesamte Mannschaft, ihr Geistesgut rein zu halten. Der Ball des Tages war der Gäste-Mittelstürmer Böhme. Das 1. Tor und der 3., 4. und 5. Treffer in der 2. Halbzeit waren seine Erfolge. Wir sehen solche Mannschaften hoffentlich noch recht oft im Kampfe mit unserem heimischen Handballmeister, der eifrig bemüht sein sollte, seinen Ruf als „Mitteldeutscher" im Spiel mit Klassenmannschaften wieder herzustellen. — Am nächsten Sonntag ist der PSV. bei dem Halischen Ruderklub Gast im Freundschaftsspiel und er muß gegen die jetzt äußerst spielstarken Ruderer wieder recht auf der Hut sein.

Handball-Gautag des Saalegaues.

Am Freitag, abends ½8 Uhr, findet im Restaurant Mark-la-Tour ein außerordentlicher Gau-Handballtag statt. Die Tagesordnung ist wichtig. Unsere Merseburger und Geiseltal-Vereine sollten dabei sämtlich vertreten sein.

*

Stockball.

99 komb.—Naumburg 05 1 0:0.

Mit einer kombinierten Mannschaft — der Sturm setzte sich zum Teil aus Läufern und Verteidigern der II. Mannschaft zusammen — konnte 99 gestern in Naumburg dieses achtbare Ergebnis erzielen.

Die Naumburger Mannschaft hat, wie schon in der Vorschau erwähnt, tatsächlich an Spielstärke gewonnen, und 99 verdankt das unentschiedene Ergebnis nur der aufopferungsvollen Arbeit seiner gesamten Hintermannschaft einschließlich Läuferreihe. Naumburg wollte auf jeden Fall gewinnen und versuchte besonders in der letzten Viertelstunde durch Schwalbenwechsel dieses Ziel zu erreichen. Jedoch alles vergeblich. Die wenigen Gelegenheiten, welche die Verteidigung der Hiesigen dem Gegner noch ließ, wurden eine sichere Beute des jugendlichen 99er Torwächters der sich den Anstürmen immer rechtzeitig brandvoll entgegenwarf. Auch die anfeuernden Rufe des Publikums konnten die Naumburger nicht zum Siege führen und so konnte 99 mit dem Unentschieden den Platz verlassen.

Die technisch bessere Mannschaft waren unzweifelhaft die Hiesigen. Lediglich der bunt zusammengewürfelte Sturm brachte technische Feinheiten nicht zur Geltung und konnten Torerfolge nicht erzielt werden, da sie einzelnen Spieler auf dem zum Teil angewühlten Boden nicht die nötige Routine und Durchschlagskraft aufbrachten. Naumburg war sehr eifrig und von einem frischen Drauflgängertum beseelt, das bei einer unsicheren Hintermannschaft zu Erfolgen führen muß. Sonst bot die Mannschaft nichts überragendes. Die Naumburger Schiedsrichter konnten nur teilweise befriedigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0004

(1. 12. 1917), Hermann Ludwig (19. 1. 1918), Heinrich Heinicke (6. 2. 1918), Albert Cotte (13. 2. 1918), Fr. Karl Meyer (26. 3. 1918), Franz Anding (30. 3. 1918), Alfred Müller (20. 4. 1918), Albert Hanse (23. 4. 1918), Egon Aubert (17. 5. 1918), Paul Schiegel (9. 4. 1918), Emil Bornschein (24. 4. 1918), Franz Drobnitza (9. 10. 1918), Kurt Höhne (28. 9. 1918), Arzt Richard Walther. Ehre ihrem Andenken!*) Das dankbare Vaterland wird's ihnen nie vergessen.

In einer dauernden Gemeindekriegskommission betätigte sich besonders rühmlichst der Stadtverordnete Oskar Schwalbe; bei den Warenlieferungen pp. war die Unterstützung des Kaufmanns Otto Walther dankbar anzuerkennen. Sie wurden mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe ausgezeichnet. Auch Dr. Lauterbach und Oberbürgermeister Rühlemann erhielten es; ersterer für große Heereslieferungen des Brunnenversands, letzterer für hervorragende Kriegshilfstätte, Liebesgaben pp. Es gelang auch — gemeinschaftlich mit dem Vaterländischen Frauenverein — die Einrichtung und Unterhaltung eines sogenannten Vereinslazaretts in dem Badehause (Badeanlagen) und zwar mit 25 Betten, die eine Anzahl von Bürgerfamilien bereitwilligst zur Verpflegung überließen, mit allem sonstigen Zubehör eines belegungsfähigen Krankenzimmers. Zu den Unterhaltungskosten leisteten die Bürger Lauchstädts aus viele Landwirte aus der näheren Umgegend Unterstützungen in bar und naturo. Das Lazarett ging später in die Leitung der Landwirtschaftskammer über, um den Kriegsbeschädigten auf der hiesigen Versuchsanstalt Gelegenheiten zu ihrer Ausbildung in der Landwirtschaft zu geben. Es haben viele von ihnen dadurch gute Stellen bekommen.

Die opferfreudige Tätigkeit der Helferin des Vaterländischen Frauenvereins, gemeinsam mit jungen Damen aus der Bürgerschaft, darf nicht unerwähnt bleiben; man erfreute sie mit der Roten Kreuz-Medaille III. Klasse.

In den Nachkriegsjahren trat auch in Lauchstedt, wie allerwärts, als Kriegsfolge Kleingeldmangel in einem Umfange in Erscheinung, der dringende Abhilfe forderte. Es wurden städtische Notgeldscheine zu 10, 25 und 50 Pfg. ausgegeben, letztere als Kunstscheine aus Lauchstedts klassischer Zeit mit den Bildnissen von Goethe—Schiller, Karoline v. Beuchwitz—Charlotte Stieler geb. v. Lengefeld, Gottsched—Gottsche in Gellert—Gleim; sie sprachen angenein an und waren gesucht. Die Wiedereinlösung dieses Notgeldes ergab für die Stadt einen Gewinn auch nach Abzug der Unkosten. Manche Städte tilgten ihre gesamten Schulden damit; soviel war es ihr indeß nicht, weil zu spät damit begonnen.

Zu den vielseitigen Bestrebungen des Vaterländischen Frauenvereins — mit seinen etwa 80 Mitgliedern — auf dem Gebieten der Wohlfahrtspflege gehörte auch die Veranstaltung von Kochkursen für junge Mädchen unter stadtseitiger Förderung, wobei H. Dr. Lauterbach durch Hergabe der erforderlichen Räume stets helfend eintrat; der spätere Lebensmittelmangel in den Kriegsjahren bereitelte ihre Fortsetzung.

Ganz besonders aber tut er sich hervor mit Hergabe von za. 140 Kleingärten (je 250 bis 300 qm groß) auf 15 Morgen Domänenfeldern zu mäßigem Pachtzins. Die Pächter müssen daneben einen kleinen Vereinsbeitrag zahlen. Das Unternehmen hat die Stadt begonnen und dann an den VVB. abgetreten; sie gibt dafür über 30 Morgen in Kleingärten aus, die ihr der Amtsrat v. Zimmermann pachtweise zur Verfügung stellt.

Im Rathaus (Sitzungszimmer) wurden in einem eigens dazu beschafften Glasschranke kleinere Altertümer (präh. Funde) aufbewahrt; insbesondere auch städtische Jahresrechnungen aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Ein Verzeichnis darüber lung aus.

Über die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt ist zu berichten: Lauchstädt hat eine alte, bedeutende Dampfbrauerei und Mälzerei von Carl Lauterbach; den Brunnenversand der altberühmten Lauchstädter Heilquelle (1710 gefaßt) von Dr. Lauterbach,*) die Likörfabrik von Feldmann & Co. (Inhaber E. Thomas & C. Kirch), sie ist 1780 gegründet und die bedeutendste im Merseburger Regierungsbezirke. Seit 1890 Buchdruckerei und Leitungsverlag (Lauchstädter Nachrichten), Inhaber Dr. Lauterbach (Begründer Hellig aus Merseburg). Eine Apotheke; auch größere Handlungen mit bedeutendem Absatz nach auswärts. Erwähnenswert ist auch der weltbekannte Brunnen-Bitter-Likör von Carl Aug. Schimpff; seit 1862 (1870) bestehende Fabrik mit vielen ausmärkten Betriebsstätten (jetziger Inhaber E. Weber).

Neu entstanden ist die Konserventfabrik von F. C. Demand, sowie die Maschinenfabrik von Berthold Bornschein.

Bis Kriegsausbruch verkehrten zwischen Lauchstädt und Halle über Merseburg bezw. Schlettau 14 Personenzüge (auch Nacht-, also Theaterzüge) täglich.

In jener Zeit konnte der Lauchstädter Brunnen noch nicht verschickt werden, wie das heute der Fall ist, wo jeder in seinem eigenen Heim, so gut wie direkt an der Quelle, den heilsamen Brunnen trinken kann. Heute wird der Lauchstädter Brunnen nach allen Erfahrungen der modernen Wissenschaft direkt von der Quelle auf Flaschen gefüllt und kann zu Hause mit ebenso guten Erfolgen getrunken werden wie an der Quelle.

Der Brunnenversand der Lauchstädter Heilquelle hat sich im Laufe der Jahre zu einem in volkswirtschaftlicher Hinsicht überaus wichtigen Unternehmen für unsere Stadt entwickelt und zählt heute zu dem größten Brunnen der Welt. Mehrere Hundert Arbeiter und Arbeiterinnen, zumeist Einwohner der Stadt Lauchstädt und deren näheren Umgebung, werden in dem Betriebe beschäftigt. Während des Krieges wurde der Lauchstädter Brunnen in großen Mengen auch an die Lazarette und die kämpfenden Truppen geliefert.*

*) Eine Gedenktafel errichtete man in der Kirche; ein Denkmal setzte der Stahlhelm am Kirchplatz aus den Gelbern einer Sammlung bei der Bürgerschaft.

*) Die Vernachlässigung schreibt darüber: „Die Lauchstädter Quelle war früher Staatsquelle; sie wurde zu Beginn des 18. Jahrhunderts von dem Geheimrat Professor der Medizin Dr. Friedrich Hoffmann, dem Begründer der medizinischen Fakultät an der Universität Halle und Leibarzt des ersten preußischen Königs, entdeckt.

Schon vorher schrieb sie: „Der Versand erstreckt sich nicht nur über ganz Deutschland, sondern auch über einen großen Teil europäischer Länder, hauptsächlich nach England, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Österreich, Rußland, Schweiz pp. Auch im Orient, Ägypten, Südwest-Afrika herrscht ständige Nachfrage nach dem Lauchstädter Brunnen. Auch Südamerika kommt in Frage."

Über die Benutzung des Bades enthalten die letzten Friedensberichte; Bäder wurden abgegeben: 1912: 198 1. Kl., 1304 2. Kl., 109 Kohlensäurebäder; 1913: 66 1. Kl., 979 2. Kl., 106 Kohlensäurebäder. Auch Freibäder gab es. Die Zahl der Kurgäste ist eine geringe. Die Bedeutung der Heilquelle liegt eben in dem weltbekannten Brunnenversand.

Zu diesen historischen Betrachtungen über Lauchstädt in Nr. 40 des Merseburger Chronisten möchte noch über die Straßenverhältnisse im einzelnen zu erzählen sein: Die Hauptstraßen bilden 3 Provinzial-Chausseen [Nietern—Merseburg—Leipzig—Halle—Lauchstädt—Freyburg—Mücheln—Lauchstädt], die gepflastert durch die Stadt führen. Der ordnungsmäßige Ausbau der Gemeindestraßen und Plätze vollzog sich von Ende der 90er Jahre ab in folgender Weise:

1899: Schlossergasse, Separationsweg am ehem. Schützenhaus (ein Teil der westlichen Parkstraße), Kanal am Hallitor und dessen Niederlegung.

1900: Westliche Goethe-Straße — früher Bäckergasse — einschl. Beseitigung eines dauernden Sumpfes in der angrenzenden Lindenstraße.

1901: Parkstraße (östlicher Teil) — der westliche Teil ist 1895/96 gepflastert — früher Grüne Gasse genannt.

1902: Mosaikpflaster in der Hallischen Straße (östlicher Fußsteig). Die Provinz leistete 300 M. Beihilfe dazu und schüttete auch den westlichen Chausseegraben am Friedhof entlang auf diesseitiges Verlangen zu. Dieser war bei seiner tiefen großen Tiefe eine direkte Gefahr für den Vorübergehenden, besonders nachts.

1902: Fußsteig in der Bahnhofstraße (Mosaikpflaster). Diese Kosten hat der Eisenbahnfiskus voll erstattet, gemäß Ortsstatut vom 14. Mai 1895. Der Fahrdamm daselbst ist 1896/97 gepflastert.

1902: Östlicher Teil des Fahrdamms in St. Ulrich und Verlegung bzw. Neuanlegung des Separationsweges zwischen Röbler und Hartmann (ehem. Hirtenhaus). Der alte Weg ist an Wilhelm Rößler verkauft worden. Diese neue Weganlage kostete der Separationskasse 709,17 M.; sie ist eine wesentliche Verkehrsverbesserung. Leider ist die mit Ziersträuchern bepflanzte kleine Landparzelle an den Anlieger — Gehöft Nr. 16 — verkauft worden; es soll Garten werden.

1902: Kanalisierung des Flutgrabens hinter Honigmann (jetzt Berthol Bornschein). Leider ist die heurige Anpflanzung fast ganz wieder eingegangen. Trotzdem kann diese Anlage als Promenade gelten, denn der frühere offene Flutgraben war eine dauernde Sumpfgosse.

1903: Strohhof (die östliche Spitze ist 1898/99 gepflastert). Der Strohhof war teils Hohlweg. Früher soll der Topfmarkt dort abgehalten sein.

1903: Kanalisierung des nördlichen Marktplatzes und der sogen. Badeschlippe, Anliegerbeiträge 80 M. Die anschließende Lauchabrücke aus Zement ist erst 1922 gebaut mit Beihilfen der Anlieger Wilhelm Schramm und Genossen.

1904: Neuplasterung der Lindenstraße (1897/98 wurde nur der östliche Teil etwas befestigt mit einem kleinen Betrage von nur 1207,80 M.

Desgl. der Windmühlenstraße. Auf beides sind za. 6000 M. Beihilfen, also etwa die Hälfte der Gesamtkosten, geleistet von Provinz, Kreis und Amtsrat v. Zimmermann, Benkendorf. Auch wurden die alten Steine aus der Lindenstraße mit dazu verwendet. Diese Straßenverbesserungen waren sehr notwendig wegen des bedeutenden Theater-Fremdenverkehrs daselbst.

1904: Überwölbung des Kanals bei Kleine, Merseburger Straße. Er war ein gesundheitsschädlicher Sumpf.

1904: Hochbordanlage in der Lauerfurter Straße (von Bothsfeld bis Mylius). Provinzialbeihilfe 148,37 M. Leider war Steinpflaster (Mosaik) nicht zu ermöglichen.

1905: Schillerstraße — früher Armenhausgasse —, Kanalisierung in der Naumburger Straße und am Strohhof. An den Kosten sind 848 M. Erlös aus dem Verkaufe einer Bauselle (Kröche) und 311,37 M. aus dem Naumburger-Straßen-Fonds genommen worden.

1906: Östliche Goethestraße — früher Bäckergasse — und Verbindungsstraße einschl. Kanalisation zwischen Pfarre und Welcke und Nachbarn.

1907: Erneuerung des Marktplatzes mit Eisiebener Schlacke (aus Hettstedt). Bürgersteiganlagen als Mosaikpflaster. Kanalisation. Anliegerbeiträge 86,01 M. Erlös für alte Steine 419,50 M.

1908: Bürgersteiganlage in der Friedhofsstraße (östlich).

1908: Desgl. in der neuen Straße „Am Theater". Die Neuanbauer leisteten Beiträge dazu und unentgeltliches Straßenland für die halbe Wegebreite.

1908: Hochbordanlage in St. Ulrich (westliches Ende).

1909: Weg hinter der Lauerfurter Straße (Sitzer bis Röbler).

1910: Östliche Spitze des Marktplatzes, Bürgersteig vor dem Rathause, Fußweg vom Markte nach dem Strohhof und bei Tille. Überwölbung des Lauchabaches am östlichen Ende der Badeanlagen. (Provinzialbeitrag 2500 M.) Den westlichen Teil hat die Provinz auf ihre Kosten überwölbt, auch die Nordseite. Die Anlieger Keilhauer und Schwalbe sind zu Beihilfen herangezogen worden. Kanal an der Hallischen Straße, wozu Dr. Theilemann I beigesteuert hat.

1911: Überwölbung des Einfallschachtes hinterm „Kronprinz". Beseitigung einer dauernden Sumpfstätte.

1912: Mosaikpflaster in der Badeschlippe zwischen Badepromenade und Parkstraße. Bürgersteig vom „Moler" bis Kirche in der Lauerfurter Straße einschl. Kanalisation. Desgl. bei Gärtner Frey, mit 161 M. Provinzialbeihilfe; sonstige Anliegerbeiträge 88,95 M.

1913: Hochbordanlagen in der Naumburger und in der Hallischen Straße (Westseite). Ausbau des östlichen Endes der Friedhofsstraße.

Zu diesen Hochbordanlagen hat die Chausseeverwaltung Beihilfen geleistet. (Schluß folgt.)

Der Chronist von Merseburg

Zwanglose Beilage zum Merseburger Korrespondent

Stück 48 — Merseburg, November — 1925

Historisch-topographische Beschreibung des Hochstifts Merseburg

(42. Fortsetzung.)

[Buchseite 242.]

§ 56.

Kurfürst Friedrich Christian, Administrator.

Kurfürst Friedrich Christian war bei dem Tode seines Vaters 41 Jahr alt. Obgleich er damals im schönsten Mannesalter stand, so hat er doch nur 73 Tage regiert.

Montag am 7. Novbr. 1763 kam der Geheime Rath Graf August Ferdinand von Zech als Kurfürstlicher Commissarius nach Merseburg, wurde von der hohen Brücke an auf das Feierlichste eingeholt, und Freitag am 18. Novbr. fand die Huldigung Statt. Einige Wochen später am 19. Decbr. kam in Merseburg eine Estafette an und meldete, daß der neue Regent am 17. Decbr. in Dresden an den Pocken und an einem darauf erfolgten Schlagflusse gestorben sei.

§ 57.

Kurfürst Friedrich August III., seit 1806 König von Sachsen, Administrator.

Kurfürst Friedrich August III., Friedrich Christians ältester Sohn und Nachfolger, war bei dem Tode seines Vaters noch nicht 13 Jahr alt. Deshalb führte für ihn sein Vatersbruder, der Prinz Xaver, die vormundschaftliche Regierung bis zum 15. September 1768.

Am 5. März 1764 kam der Geheime Rath Friedrich Ludwig von Wurmb als Kurfürstlicher Commissarius nach Merseburg, wurde in gewohnter Weise feierlichst empfangen, und am 5. April wurde dem neuen Kurfürsten die Huldigung geleistet.

Am 1. Mai 1765 ward auf dem hiesigen Neumarkte der erste Jahrmarkt gehalten und mit einem Dank-Gottesdienste, unter Trompeten- und Paukenschall, mit abendlicher Illumination und andern Freuden-Bezeugungen eingeweiht; am Tage vorher war daselbst ein Viehmarkt gewesen. Am 1. Mai des folgenden Jahres wurde der Neumärkische Jahrmarkt zum zweitenmale gehalten, und der Rector Hoffmann gab bei dieser Gelegenheit am ersten und am zweiten Jahrmarktstage, den Schülern den Nachmittag frei.

Am 2. Juli 1766, Nachmittags um 4 Uhr, entstand ein schweres Gewitter, und zugleich erhob sich ein großer Sturm mit Hagel von Westen her, wodurch viele Fenster in der Stadt übel zugerichtet wurden. Die Schulkasse mußte damals 136 zerbrochene Scheiben wieder herstellen lassen. Auch die Felder, wo der Strich hinlief, und die Gärten in der Stadt wurden schrecklich verwüstet.

Am 20. April 1769 kamen der neue Kurfürst und seine Gemahlin Auguste von Leipzig über Weißenfels nach Bebra, speisten daselbst bei dem übrigen Sachsen, ein Friedensfest gefeiert wurde.

[Buchseite 243]

Roßbacher Schlachtfeld, und langten nach 2 Uhr Nachmittags in Merseburg an, wo sie auf das Festlichste empfangen wurden. Sie fuhren durch das Gotthardsthor, ließen sich im Schlosse herum führen, besahen den Schloßgarten und dann die Domkirche, ließen hier die schöne Orgel spielen, und fuhren hierauf um halb fünf Uhr wieder nach Leipzig zurück.

In den Jahren 1770 bis 1772 war in vielen Theilen Europas eine große Theuerung der Lebensmittel. Auch bei Merseburger Gegend wurde von dieser Noth betroffen, welche hier zum Theil durch häufige Überschwemmungen verursacht wurde, unter denen die, welche am Johannismarkte von 1771 eintrat, ungewöhnlich groß war.

Am 5. August 1774, um halb 10 Uhr Abends, schlug ein Blitzstrahl in ein Gährhaus nicht weit vom Sixtiberge und zündete. Das Feuer griff schnell um sich, besonders da in einem benachbarten Hause viele Fuder Heu und gegen 10 Klaftern Holz lagen. Es brannten während der Nacht 6 bis 8 Gebäude ab.

Am 4. Juli 1778 begann zwischen Preußen und Östreich der Baierische Erbfolgekrieg, in welchem sich Sachsen an Preußen anschloß. Es kam aber in diesem Kriege zu keiner Schlacht, und schon am 13. Mai 1779 wurde demselben durch den Frieden zu Teschen ein Ende gemacht. In Merseburg wurde das Friedensfest am 6. Juni 1779, als am ersten Sonntage nach Trinitatis, gefeiert.

Am 18. Septbr. 1779, Abends nach 7 Uhr, sah man zu Merseburg am Himmel ein sehr großes Nordlicht, welches zwischen 9 und 10 Uhr am schönsten war, und fast die ganze Nacht hindurch dauerte.

In den Jahren 1784 und 1785 war das Getreide in hiesiger Gegend ziemlich wohlfeil; der (Dresdner) Scheffel Korn kam selten über 1 Thaler.

Von 1793 bis 1796 nahm Friedrich August III. an dem damaligen Kriege gegen Frankreich Theil, und schickte deshalb Militair in die Rheingegenden, zu welchem auch das in Merseburg in Garnison liegende Infanterie-Regiment Prinz Xaver gehörte.

In den ersten sechs Jahren des neunzehnten Jahrhunderts waren die Lebensmittel in und um Merseburg meistens sehr theuer. Um Weihnachten von 1801 wurde das Schod Eier mit 1 Thaler bezahlt. Im Jahre 1804 kostete der Scheffel Roggen 6 Thaler, und im darauf folgenden Jahre kam er bis auf 10 Thaler; in gleicher Weise stiegen auch die andern Getreidearten im Preise.

Auch im Sommer von 1806 erhielt sich diese Theuerung, und im Herbste dieses Jahres begann der Krieg, welchen Preußen im Bunde mit Sachsen gegen Frankreich eröffnete, und dessen Schauplatz zum Theile auch die hiesige Gegend war.

[Buchseite 244.]

Am 17. Octbr. 1806 gab es in Merseburg ein kleines Scharmützel. Früh um ¾ auf 8 Uhr nämlich rückte ein Trupp Französischer und Baierischer Husaren ein, und zog über den Dom nach Schkopau zu. Dort wurden sie von Preußischen Husaren gesehen und zurück getrieben. Darauf sprengten sie durch die Stadt zum Sixtithore hinaus nach Köbschen zu, wo sie sich setzten. Am Klausenthore wurde ein Preußischer Husar erschossen; dagegen wurde von den Französischen Husaren einer auf dem Dome gefangen genommen, einer in der Dorbreitegasse schwer verwundet, welcher in das Sixtihospital gebracht wurde, und einen wurde die Hand abgehauen, welcher aber bessermungeachtet entkam. Nachmittags um 3 Uhr plänkerten die Preußen mit den Franzosen und Baiern unweit Köbschen, aber ohne Erfolg.

Von jetzt an ging es in der hiesigen Gegend längere Zeit hindurch sehr unruhig zu. Sonnabend den 18. Octbr. gegen Abend passirte unter der Anführung des General-Feldmarschall Augereau ein Theil der Französischen Armee zum Sixtithore und zum Gotthardsthore hinein durch die Stadt über den Dom und die Altenburg zum Klausenthore hinaus, und ging über Holleben nach Halle. Für die Nacht bekam ganz Merseburg ohne alle Ausnahme jeder die stärkste Einquartierung. In dieser Nacht waren in der Stadt und deren nächster Umgebung 30000 Franzosen einquartiert. Mancher Bürger hatte 60 bis 70 Pferde in seinem Hofe und seinen Ställen, an 30 bis 40, ja 50 Gemeine, auch wohl einige Officiere Quartier, und dabei wurde hier und da stark geplündert, geschlagen, gestritten u. s. w. Es war dies für Merseburg eine unvergeßliche und angstvolle Nacht.

Sonntag am 19. Octbr. passirte von früh 5 Uhr an bis in die späte Nacht hinein äußerst schnell der übrige Theil der Französischen Armee durch die Stadt. Auch der Kaiser Napoleon kam an diesem Tage an, und nahm mit der Generalität sein Quartier auf dem Schlosse. Er durchritt mit allen Generälen die Stadt und besah sie. Seinen dreizehn Köchen, welche Lebensmittel mitbrachten, räumte man die Küche im Schlosse ein, und gab dem Leibkoche was er an Gelde u. s. w. verlangte. Der Kaiser aß wenig, arbeitete auf den Landcharten bis in die tiefe Nacht hinein, und ruhte wenig aus. Am andern Tage ritt er mit seinen Generälen nach Halle.

Nachdem die Durchmärsche, Einquartierungen, Contributionen u. s. w. etwa zwei Monate gedauert hatten, so schloß der Kurfürst von Sachsen am 11. Decbr. 1806 mit Napoleon den Frieden zu Posen, trat dem Rheinbunde bei, und nahm nun den Königstitel an, worauf im Jahre 1807 am Sonntage Estomihi (8. Febr.) in Merseburg, so wie in dem übrigen Sachsen, ein Friedensfest gefeiert wurde.

[Buchseite 245.]

Von dem Kriege, welchen Frankreich mit Östreich im Jahre 1809 führte, und an welchem sich auch der König von Sachsen wegen seines Bündnisses mit Napoleon betheiligte, wurde die Merseburger Gegend nur wenig berührt. Zwar kam am 21. Juni die Nachricht nach Merseburg, daß Östreichische Truppen auf dem Marsche nach Leipzig wären, und am 23. Juni erfuhr man, daß die Östreichischen Vorposten bis Rückmarsdorf gingen. Diese Truppen zogen sich aber bald wieder zurück, als der König Hieronymus von Westphalen heran rückte. Derselbe kam am 25. Juni mit seiner Garde nach Merseburg und logirte auf dem Schlosse; er ließ sich in der Domkirche herumführen, und ritt am folgenden Tage nach Dölkau.

Drei Jahre später begann am 22. Juni 1812 der Krieg Napoleons mit Rußland, dessen Ausgang sehr große Veränderungen in Europa hervorbrachte. Schon im Monat März begannen die Durchmärsche durch das Hochstift, und dasselbe bekam damals sehr verschiedene Nationen zu sehen. So z. B. rückte am 9. April eine Compagnie Schweizer und eine Compagnie Morlaken*) in Merseburg ein, hielten Rastlag, und gingen dann nach Halle. Am 11. April rückte ein Regiment Portugiesen ein, übernachtete und zog dann nach Halle. Am 28. Aug. kamen 51 Mann gefangene Russen hier an, blieben die Nacht über auf dem Rathskeller, und wurden am andern Tage nach Naumburg transportirt; es waren Knechte, Fuhrleute, einige Kosaken u. s. w. nebst drei Officieren; letztere waren kräftige Männer, gingen durch die Breitegasse und grüßten Jeden freundlich. Auch am 4. und am 10. Septbr. kamen dergleichen Gefangene hier durch.

Am 1. Octbr. kamen ungefähr 150 Mann gefangene Schweden mit etwa 50 gefangenen Schiffs- und Schanzknechten von Halle hier an, blieben auf dem alten Rathhause und wurden dann nach Naumburg gebracht. Von jetzt an bis zum Schlusse des Jahres kamen hier gefangene Russen durch Merseburg; übrigens ging es damals hier ziemlich still zu.

Hinreichend bekannt ist es, welche Wendung der Krieg für Napoleon während des Winters von 1812 auf 1813 nahm. Im März 1813 rückte ein Russisch-Preußisches Heer in Sachsen ein. Am 2. April

*) Die Morlaken oder Morlachen, ein Serbischer Stamm in Dalmatien und Istrien, leben in einer Art von Naturzustand, sind aber dabei sehr gute Soldaten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0005
DFG

1813 kamen Kosaken bis Zöschen, und in der Nacht vom 4. zum 5. kamen die ersten Kosaken nach Merseburg, denen während des ganzen Monates viele andere nachfolgten.

...Am 29. April war die Stadt Merseburg mit 800 Mann Preußischer Infanterie und einigen Kosaken besetzt. Um ¾ auf 2 Uhr, als das Militair auf dem Markte essen wollte, hieß es,

(Fortsetzung folgt.)

Herzog Rudolf von Schwaben, der Gegen-Kaiser, im Dome zu Merseburg.

Viel Zwiespalt herrschte im deutschen Land.
Ein jeder nahm Schwert und Lanze zur Hand,
um, bräch über ihn die Gefahr herein,
zu Schutz und zu Trutze gerüstet zu sein.

Noch glühte der Jugend heißer Mut
durch des jungen Kaisers wallendes Blut;
doch ward wie sein glühendes Purpurgewand
die Glut verderblich zum Völkerbrand.

Nicht Weisheit und Milde mit ihrem Lohn,
nur Herrschsucht und Stolz stand um seinen Thron
und schleuderte stolz mit verwegener Hand
unter Sachsens Völker den Kriegesbrand.

Da zogen die Mannen zu stattlichem Heer
der Sachsen Fürsten wohl um sich her
und riefen, gerüstet zu Kampf und Streit,
durch die teutschen Gaue hinaus gar weit:

„Es führet, wie männiglich wohl es kennt,
Kaiser Heinrich ein übles Regiment;
drum sei Herzog Rudolf von Schwabenland
zum Kaiser von uns erkürt und ernannt."

„Ich Kaiser?" sprach Rudolf mit ernstem Blick
und schrak vor dem kühnen Gedanken zurück.
Doch es strahlte die Krone, vom Lorbeer umlaubt,
und er drückte sie lächelnd aufs stolze Haupt.

Da zog wie der Sturm in finst'rer Nacht
Kaiser Heinrich daher mit Heeresmacht.
Stolz wehte sein Banner durchs deutsche Land.
Er suchte den Feind mit gewappneter Hand.

Und er fand ihn, doch schlug in blut'ger Schlacht
der tapfere Feind ihn und seine Macht,
denn Rudolf kämpfte den Besten gleich.
Er kämpfte beherzt um ein Kaiserreich.

Doch als er im ehernen Waffenspiel
um die Krone rang im Schlachtgewühl,
da traf ihn ein mächt'ger Schwertesstreich
und trennte ihm vom Arme die Rechte gleich.

Nicht immer ja geht mit dem Rechte das Glück.
Es gleitet und schwankt in dem Augenblick.
Ernst eilt das Verhängnis durch die Welt,
von keinem Strahle des Lichtes erhellt.

Als drauf nach der Schlacht am dritten Tag
der verstümmelte Held auf dem Siechbett lag,
da hielt er die tote Rechte empor
Und wandte sich ernst an der Seinen Chor:

„Seht hier die Rechte, mit welcher den Eid
der Treu' meinem Kaiser ich einst geweiht!
Der Eid ist gebrochen, die Treue ist hin,
und der Tod ist des Treubruchs eing'ger Gewinn.

Ihr aber, die ihr mit kühnem Rat
hervorgerufen die kühne Tat,
euch empfange dort oben am Himmelsthron
des bösen Ratschlags verdienter Lohn.

Ich leg meine Sache in die Hand des Herrn,
und sterb ich — fürwahr, ich sterbe gern,
denn es focht ja den Lorbeer durch Schlacht und Tod
um die sächsischen Banner der Siegesgott —"

Da entsank seiner Linken die rechte Hand,
und der Kaiser, den Blick zum Himmel gewandt,
er hauchte den letzten Odem aus
und ging heim ins ewige Friedenshaus.

Zu Merseburg unter des Domes Pracht
ward der tote Kaiser zur Ruhe gebracht.
Dort schläft er in seinem letzten Haus
vom mächtigen Traume der Größe aus.

*

Der Katzenberg bei Merseburg.

Was will ein großer Bischof machen,
wenn ihm zu lang wird seine Zeit,
wenn ihm nicht mehr Vergnügen beut
das Essen, Trinken, Schlafen, Lachen? —
Der Arme hat nicht Kind, nicht Weib,
drum sucht er andern Zeitvertreib.

„Ach!" seufzte oft mit trüben Sorgen
auch Michael zu Merseburg,
„wie bringe ich meine Tage durch
bis zu der Nacht vom frühen Morgen,
daß mich nicht Langeweil schier erdrückt,
bis mich ein süßer Schlaf erquickt?"

Einst sah er, wie mit leichten Sprüngen
der Katzen fröhliches Geschlecht
possierlich sich und frei bewegt.
„Man soll mir eine Katze bringen!"
gebot er da, und väterlich
pflegt er die Katze nun um sich.

Nach Magdeburg mußt er einst reisen
und kam auf seinem Wege bald
zu einem Berg im düstern Wald,
drauf sah er froh in weiten Kreisen
der Kitz und Kater allzumal
wohl eine übergroße Zahl.

Da dacht' er der, die heim geblieben,
drum freute sich der Bischof sehr
und rief zu ihnen freundlich her:
„Seid herzlich mir gegrüßt, ihr Lieben!
Sagt mir: es fehlet niemand doch
in eurem frohen Kreise noch?"

Da sprach ein alter grauer Kater,
der kluge Führer dieser Schar,
gehrt von allen, denn er war
des ganzen Katzenvölkchens Vater:
„Mir sind beisammen alle, doch
des Bischofs Katze fehlet noch."

Und als der Bischof kam nach Hause,
da ward sein Herz ihm froh und weich.
Er dachte seiner Katze gleich
und lockte sie aus ihrer Klause
und streichelt' sie und tat ihr schön
und sagt, was er gehört, gesehn.

Doch kaum hatt' er sein Wort geendet,
da fuhr die Katze traut und frei
mit Fauchen und mit wildem Schrei,
vom Bischof treulos abgewendet,
durchs Fenster aus dem Bischofshaus
hoch durch die Luft zum Wald hinaus.

Und nie sah für sein Auge wieder,
die, ach, so hoch sein Herz verehrt,
und es verschallen ungehört
der Sehnsucht tranervolle Lieder.
Sie war, sagt ein Historicus,
familiaris spiritus.

*

Das Kellermännchen zu Lützen (1665).

Es strahlte die Sonne
vom Himmel glühend heiß.
Nach frischer Labung lechzten
die Blume und das Reis,
und jeder Erdgeborene
fand Ruhesstätte kaum
und suchte sich Erholung
im schattig kühlen Raum.
Des Staubes Wolken zogen
hin auf dem Sonnenstrahl
und wirbelten behende
und lustig ohne Zahl.

In einem Haus zu Lützen,
das fast am Markte stand,
der Fenster helle Reihen
der Sonne zugewandt,
da poltert es tief unten
im dunkeln Kellerraum
gleich rufenden Gespenstern
im Phantasientraum.
Da plötzlich kam ein Männchen
in grauem Rock herauf
schnell auf des Kellers Stufen
in atemlosem Lauf.
Und ein Wassergelte
trug er in seiner Hand,
und, daß er nichts verschütte,
drauf war er sehr gespannt.
So trug er auch das Wasser
hin durch des Hauses Flur,
nicht eine nasse Spur.
Drauf schleppt' er seine Bürde
zur Straße flugs hinaus
und sprengt' den trockenen Boden
gar sorgsam vor dem Haus.
Und als er g'nug gesprenget,
nahm er die Gelte auf
und trug sie in den Keller
in atemlosem Lauf.

Just hatte in dem Keller
zu schaffen eine Magd,
die sah des Männleins Walten,
wie es sich müht und plagt.
Da ward ihr bang zu Mute,
als hätt's ihr wer getan.
Sie flehte im Gebete
um Schutz den Himmel an.
Und just ihr gegenüber
sank's Männlein auf das Knie
und betete andächtig
und eifrig so wie sie.
Und als sie aufwärts blickte
und nach dem Männlein sah,
da war im grauen Rocke
das Männlein nicht mehr da.

Nach dreien Tagen tönte
des Feuers banger Ruf,
das all die Nachbarhäuser
zu Aschenhaufen schuf.
Doch aus dem Trümmern ragte
ganz unversehrt heraus —
ein Phönix aus der Asche —
das Kellermännchenshaus.

Weitere Betrachtungen über den Werdegang Lauchstädts

Von Bürgermeister i. R. Kern.

Das Friedhofsgelände besteht aus den Parzellen 2/189 35,80 ar, 2/188 58,20 ar, Parzelle 2/190 33,40 ar, Parzelle 2/189 ist der älteste Teil, der dem Friedhofe entzogen ist, auf dem aber die Friedhofskapelle gedacht ist; Parzelle 2/188 erhielt die Gemeinde anläßlich der Separation für Weideabfindung; Parzelle 2/190 ist das vordem Kathe'sche Feld, seit 1892 belegt. Dicht daneben liegt Parzelle 2/191 a 5,90 ar groß, von Honigmanns erkaufter Garten, an Kaufmann E. Kirch verpachtet.

Der Friedhof in St. Ulrich ist Ende 1889 geschlossen; seine kleine baufällige Kapelle ist niedergelegt im Jahre 1902.

Den wachsenden Wohlstand der Einwohnerschaft zeigt am besten ihre steigende Steuerkraft; es kommen in Frage:

1. als Veranlagungssoll bei der Staatseinkommensteuer für

	1899	1914	1918
	ℳ 5.553	12.156	21.148
Zuschläge: ℳ	—	2.054	14.226

2. als Veranlagungssoll bei der Ergänzungssteuer . . . . . ℳ 1.667 2.045 3.245
Zuschläge: ℳ — 508 6.170

3. als Veranlagungssoll bei der gesamten Kommunalsteuer . . . . . ℳ 14.197 35.562 41.942
Die Gemeindezuschläge einschließlich Kreissteuer betrugen:
a) bei der Einkommensteuer . . . . . 103 % 115 % 125 %
b) bei der Grund- und Gewerbesteuer 154 % 160 % 170 %
c) bei der Gewerbesteuer . . . . . — 150 % 160 %
d) bei der Betriebssteuer (nur f. d. Kreis) — 25 % 25 %
Staatlich veranlagt waren:
zu b ℳ 5.818 6.496 6.649
zu c ℳ 1.082 2.629 2.700
zu d ℳ 370 350 300

Daneben werden an indirekten Steuern erhoben: Lustbarkeits-, Hunde-, Grundstücksumsatz- (½%), Zuwachssteuer; die Grundstücksumsatzsteuer leider erst seit 1906, nach größeren Grundstücksveräußerungen (Domäne).

Bezüglich der Zuwachssteuer (R.-Ges. vom 10. 11. 1911) muß gesagt werden, daß in der Vorkriegszeit nur ein Steuerfall vorgekommen ist mit 145,22 ℳ für die Gemeinde, 61,14 ℳ für den Kreis, 22,93 ℳ für den Staat, 229,29 ℳ für das Reich; er betraf den Verkauf von Ackerland als Bauland. Diese Steuer, weil nicht einträglich bezw. kaum zu erfassen, wurde jahrelang außer Hebung gesetzt; erst in den letzten Jahren lieferte sie wieder nennenswerten Ertrag (Inflationszeit).

Welch trostloses Bild hat nun aber die Inflation geschaffen! Die Kleinrentner stehen vor dem Nichts; Riesensummen zahlten Staat und Gemeinde für sie, um ihnen as Dasein zu ermöglichen; mehr macht es für den Einzelnen nicht aus. — Auch für die Sozialrentner mußte in gleicher Weise eingetreten werden; ebenso mußte die allgemeine Wohlfahrtspflege für Ortsarme sorgen.

„Betreffs der Kirchenheizung mag erwähnt werden, daß schon im Jahre 1906 der Magistratsbericht darüber schreibt: „In Kürze wird voraussichtlich auch die längst geplante Kirchenheizung zur Ausführung kommen." Die kirchlichen Körperschaften haben der stadtseitigen Anregung auch alsbald Folge gegeben. Auch an das elektrische Leitungsnetz ist die Kirche angeschlossen; ebenso das Schulhaus." Leider nicht auch das Pfarrhaus. „Eine schöne Sitte war bei mitternächtliche Läuten und Blasen vom Turm am Weihnachtsheiligenabend und Sylvester; auch an hohen Feiertagen wurde von der Stadtkapelle vom Turm geblasen nach Schluß des Gottesdienstes."

An Marktgerechtigkeiten bestehen laut herzoglichen Privilegs vom 2. Juni 1608: a

a) für 2 Wochenmärkte, die nach der Marktverordnung vom 16. 11. 1849/16. 3. 1850/4. 11. 1851 Dienstags und Freitags abgehalten werden sollen, aber nicht abgehalten werden;
b) für den Jahrmarkt am Montag nach Bartholomäus; er beginnt mit dem Brunnenfest am letzten August-Sonntag und wird von vielen Fremden aus Halle (Studenten) und Leipzig besucht;
c lt. Privileg vom 25. April 1724 für den Himmelfahrtsmarkt am Freitag nach Himmelfahrt, bei dem das zu b Gesagte auch zutrifft;
d) für den Roß- und Viehmarkt am Mittwoch vor Reminiscere seit 1843; er wurde tatsächlich nicht mehr besucht und ist dieserhalb nach einem vergeblichen Versuche zu seiner Wiederbelebung (1900/1902) vorläufig aufgehoben worden (lt. Genehmigung des Provinzialrats vom 7. Juli 1911). Die Märkte gehen in ihrer Bedeutung zurück; als Standgelder kamen ein früher (1842) 70 Taler, jetzt kaum erwähnenswerte Beträge.

Die im Stadtbezirk belegene Domäne, früher ein selbständiger Gutsbezirk, wird seit 1872 von dem Amtsrat Max von Zimmermann-Benkendorf bewirtschaftet; erst als Pächter, seit 1900 als Eigentümer. Sie umfaßt etwa 170 ha Ackerland (bester Boden) und wurde für 638 300,— ℳ von Genannten verkauft bis auf za. 50 ha, welche der Staat der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen zum Betriebe einer Versuchsstation (Versuchswirtschaft) überließ. Letztere verdankt ihre Bedeutung dem um die Landwirtschaft hochverdienten Professor Dr. Märker, dessen Andenken durch ein Denkmal inmitten der Versuchsfelder geehrt ist. Tausende von praktischen Landwirten besuchen diese für sie so lehrreichen Einrichtungen. Auch preußische Landwirtschaftsminister weilten in Lauchstädt zu ihrem Besuche.

Von Amtsrat von Zimmermann als Domänenbesitzer und Lauchstädter Kirchenpatron*) muß erwähnt werden, daß er der Stadt in gar manchen Fällen Freundlichkeiten erwiesen hat. Das Verhältnis zwischen ihm und der Lauchstädter Stadtverwaltung war ein angenehmes; er beteiligte sich auch besonders an Straßenbauten und ihren Kosten, die für den südlichen Teil der Domänenstraße trug er allein. Dadurch wurde es möglich, eine durchgreifende Regulierung dieser Straße (Ankauf und Niederlegung des Hauses Nr. 81) zur Ausführung zu bringen; auch Brauereibesitzer Carl Lauterbach als Anlieger trug hierzu bei in entgegenkommender Weise.

Auch Frau Amtsrat von Zimmermann ließ es an Wohltaten nicht fehlen; sie ermöglichte u. a. auch die Einrichtung einer Kinderschule (Kindergarten) im Jahre 1900; nach jahrelangem Bestehen mußte diese leider wieder aufgegeben werden mangels einer geeigneten Leiterin, nachdem Fräulein Hessig die Stelle aufgegeben.

Als erste Anzeichen des nahenden Weltkrieges erschienen die folgenden Telegramme:

Lauchstedt, 31. Juli 1924.

An den Gemeindevorstand hier. Nach einem Telegramm des Reichspostamtes ist der Mobilmachungsbefehl zu erwarten. Es wird ersucht, die zur Abtragung des Mobilmachungstelegramms nach den benachbarten Ortschaften dortselbst zu stellenden 3 Boten (Fußboten) sofort hierher zu überweisen.

Postamt.

Mobilmachungsbefehl.

An die Ortsbehörde Lauchstedt. Telegramm aus Berlin v. 1. 8. 1914. Mobilmachung befohlen. Erster Mobilmachungstag ist der 2. August. Dieser Befehl ist sofort ortsüblich bekannt zu machen.

Reichspostamt.

Man stand plötzlich vor der harten Tatsache: Krieg, und auch die Gemeindeverwaltungen hatten sich nun auf Kriegswirtschaft einzustellen; es geschah indeß zuerst in der Hoffnung auf eine nur kurze Kriegsdauer und Sieg, besonders als die ersten großen Siegesbeschaften uns dazu ermutigten. — An eine jahrelange (länger als 4 Jahre) Kriegsdauer dachte man nicht; erst als der erste Kriegswinter 1914/15 kein Ende brachte, schwand die Hoffnung auf baldigen Frieden mehr und mehr und die Gemeindeverwaltung ging auch dazu über, der Einwohnerschaft bei ihrer Versorgung mit Lebensmitteln behilflich zu sein durch einen ständigen An- und Verkauf. Seinen Umfang kennzeichnen die Aufwendungen dafür: es wurden ausgegeben für: Eßkartoffeln za. 43 000 ℳ, Butter und Käse über 78 000 ℳ, Milch über 23 000 ℳ, Konserven (Speck) za. 5 000 ℳ, Heringe, Fisch, Zwiebeln, Weißkohl, Reis, Olivenöl, Mehl, Nudeln, Graupen, Zucker und Süßstoff, Schokolade und Kaffee, Spargel, Suppenwürfel, Kohl und Obst, Geflügelgebäck und Futtermittel pp. auch für Leder, Garn für eine Altfiedererfelle*) wurden über 3 000 ℳ ausgegeben. — Ge-

Die laufenden Unterstützungen an die Kriegerfamilien beliefen sich auf über 86 000 ℳ aus Gemeindemitteln und weit über 300 000 ℳ à Conto Reich/Land und Kreis. Letzterer hat auch den Gemeindebezirk erstattet als seine gesetzliche Last in seiner Errungenschaft als Lieferungsverband. Unermeßliche seelische und körperliche Leiden verursachte die unerläßliche Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel pp.**)

Die Zahl der Kriegsteilnehmer im Alter von 18 bis 45 Jahren erreichte fast 500 (nicht selten gehörten Vater und Sohn dazu). Viele davon haben fürs Vaterland geblutet und mehr als 50 den Heldentod erlitten, nämlich: Louis Rudolph (20. 9. 1914), Franz Bornschein (17. 10. 1914), Reinhold Thierbach (9. 12. 1914), Georg Brandt (10. 2. 1915), Max Stahlberg (2. 3. 1915), Ernst Preuße (15. 3. 1915), Martin Tischen (9. 6. 1915), Paul Marksrof (14. 6. 1915), Adolf Stange (27. 7. 1915), Walther Crone (15. 6. 1915), Otto Reinsdorf (16. 6. 1915), Alfred Schmidt (19. 6. 1915), Gustav Zahn (4. 8. 1915), Walter Donath (11. 8. 1915), Franz Otto Fritzsche (13. 8. 1915), Otto Kunze (2. 10. 1915), Georg Schwarz (12. 10. 1915), Emil Kramer (22. 10. 1915), Georg Herber (29. 11. 1915), Wilhelm Zint (12. 12. 1915), Hermann Paul (15. 8. 1915), Hermann Hohlefleisch (10. 3. 1916), Otto Köcke (25. 3. 1916), Erich Halle (21. 6. 1916), Richard Fritz Fischer (12. 7. 1916), Friedrich Rühlemann (17. 7. 1916), Thomas Warwnczek (1. 10. 1916), Richard Marksrof (14. 12. 1916), Max Kunze (7. 1. 1917), Kurt Walther Hoffmann (23. 1. 1917), Georg Riedel (4. 3. 1917), Karl Hoffsäger (11. 4. 1917), Karl Handt (5. 5. 1917), Fr. Paul Henschler (16. 5. 1917), Gustav Adolf Fritzsche (17. 7. 1917), Otto Ludwig (19. 8. 1917), Hermann Lange (4. 10. 1917), Karl Otto Weber

*) Der Patron darf nur einen Pfarrer wählen, der sich zum Superintendenten eignet, also 3 ihm von dem Konsistorium vorgeschlagene Bewerber. Beitragspflichtig zu den Pfarrlasten ist obervormundschaftlich die Nachbargemeinde Schotteren.

**) Eine Hauptrolle spielte die Kohlrübe.

*) Hierbei muß dankbar gedacht werden der Mithilfe von Frl. Johanna Wietschmann und Malermeister Rich. Zahn. Selbst die Kirche blieb nicht verschont, als es hieß, alles Metall für Kriegszwecke abgeben; sie gab von 3 Glocken 2 her; sie sind inzwischen ersetzt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0006

Die Provinziallandtagswahl

Die Provinziallandtage, deren Wahl bisher von den Vertretern des Kreistages und den Stadtverordneten der selbständigen Stadtkreise erfolgte, werden jetzt nach dem Gesetz betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Kreistagen vom 3. Dezember 1920 auf die Dauer von 4 Jahren in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Wahltag muß ein Sonntag oder allgemeiner Ruhetag sein, den das Staatsministerium festsetzt.

Wir haben jetzt im preußischen Staat folgende 13 Provinzen:
1. Grenzmark Posen-Westpreußen (Reg.-Bez. Schneidemühl);
2. Ostpreußen (Reg.-Bez. Königsberg, Gumbinnen, Allenstein und Marienwerder);
3. Brandenburg (Reg.-Bez. Potsdam und Frankfurt a. O.);
4. Pommern (Reg.-Bez. Stettin, Köslin und Stralsund);
5. Schlesien (Reg.-Bez. Breslau, Liegnitz und Oppeln);
6. Sachsen (Reg.-Bez. Magdeburg, Merseburg und Erfurt);
7. Schleswig-Holstein (Reg.-Bez. Schleswig);
8. Westfalen (Reg.-Bez. Münster, Minden und Arnsberg);
9. Hannover (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade und Osnabrück);
10. Hessen-Nassau (Reg.-Bez. Cassel und Wiesbaden);
11. Rheinprovinz (Reg.-Bez. Düsseldorf, Koblenz, Köln, Trier und Aachen);
12. Hohenzollern (Reg.-Bez. Sigmaringen);
13. Stadt Berlin, die mit 8 Städten, 54 Landgemeinden und 24 Gutsbezirken verwaltungsrechtlich eine eigene Provinz bildet.

Wir haben in Preußen eine doppelte Verwaltung, mündlich die staatliche Provinzialverwaltung, auch allgemeine Landesverwaltung genannt, und die kommunale Provinzialverwaltung. Erstere übt der Oberpräsident aus, vertretungsweise ein Oberpräsidialrat, der sich zusammensetzt aus dem Oberpräsidenten als Vorsitzenden, einen vom Innenminister ernannten höheren Verwaltungsbeamten und 5 vom Provinzialausschuß gewählten Mitgliedern. Die Befugnisse des Provinzialrats sind: Der Erlaß von Polizeiverordnungen durch den Oberpräsidenten und die Erledigung von Verwaltungsbeschwerden, entweder im ersten Rechtszuge oder in dem Bezirksausschusse übergeordneten zweiten Rechtszuge.

Die kommunale Provinzialverwaltung erfolgt durch:
1. den Landeshauptmann;
2. den Provinziallandtag;
3. den Provinzialausschuß.

Der Landeshauptmann ist Vertreter der Provinz als Kommunalverband nach außen (der Oberpräsident ist ihr Vertreter als staatlicher Verband) und führt mit den ihm unterstellten Landräten die laufenden Geschäfte.

Der Provinziallandtag hat über die Verwaltung der kommunalen Angelegenheiten der Provinz Beschluß zu fassen, namentlich über die Verwaltung der Anstalten der Provinz (Irren-, Besserungs-, Blinden- und Taubstummen-Anstalten, Kranken- und Arbeitshäuser usw.) über die Provinzialsteuern und die Anstellung der Provinzialbeamten.

Der Provinzialausschuß bereitet die Beschlüsse des Provinziallandtages vor und führt sie nach Annahme durch diesen aus. Ihm gehören 7—13 Mitglieder an, die vom Provinziallandtage bei seinem ersten Zusammentritt aus Angehörigen der Provinz, die zum Provinziallandtag wählbar sind, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Der Provinziallandtag hat in der Regel seinen Sitz in der Hauptstadt der Provinz, außer in Sachsen: Merseburg, in Brandenburg: Berlin, in Schleswig-Holstein: Kiel und in der Rheinprovinz: Düsseldorf.

Für die Wahl zum Provinziallandtage ist jeder männliche und weibliche Deutsche wahlberechtigt, der das 20. Lebensjahr vollendet hat und in der Provinz seinen Wohnsitz hat. Ausgeschlossen sind Personen, die entmündigt sind, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, die unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft stehen. Die Ausübung des Wahrechts ruht bei Wehrmachtsangehörigen. An der Wahl behindert sind Polizei-, Straf- und Untersuchungsgefangene sowie in Heil- oder Pflegeanstalten untergebrachte Geistesschwache und -kranke.

Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der das 25. Lebensjahr vollendet. Die Abgeordnetenzahl für den Provinziallandtag wird nach der Zahl der Einwohner berechnet. Es entfallen in der Provinz innerhalb der ersten und zweiten Million Einwohner: 1 Abgeordneter auf je 25000 Einwohner, innerhalb der 3. Million auf je 35 000 Einwohner 1 Abgeordneter, innerhalb der 4. Million auf je 50 000 Einwohner 1 Abgeordneter, innerhalb der 5. Million auf je 75 000 Einwohner 1 Abgeordneter, innerhalb der 6. und folgenden Millionen auf je 100 000 Einwohner 1 Abgeordneter.

Die Gesamtzahl der Abgeordneten bestimmt der Provinzialausschuß nach der bei der letzten Volkszählung ermittelten Zahl der Einwohner der Provinz und verteilt sie dann auf die einzelnen Regierungsbezirke nach deren Einwohnerzahl. Wahlkreise sind die Stadt- und Landkreise. Durch Provinzialgesetz können mehrere Kreise vereinigt werden, sofern ein Kreis weniger Einwohner hat als an Mindeststimmenzahl zur Erreichung eines Abgeordnetensitzes erforderlich sind.

Ermittlung des Wahlergebnisses: Zunächst werden die in den einzelnen Kreisen eines Regierungsbezirkes abgegebenen gültigen Stimmen zusammengezählt. Die Summe wird geteilt durch die dem Regierungsbezirk zustehende Gesamtzahl der Abgeordneten. Daraus wird die Verteilungszahl für den Regierungsbezirk festgestellt. Werden also beispielsweise in den Kreisen eines Regierungsbezirkes 600 000 gültige Stimmen abgegeben, und hat der Provinzialausschuß diesem Bezirk 12 Provinziallandtagsabgeordnete zugeteilt, so beträgt die Verteilungszahl für den Regierungsbezirk 600 000 : 12 = 50 000. Auf je 50 000 Stimmen würde dann je ein Abgeordneter kommen.

Jeder Wahlkreis zerfällt zur Stimmabgabe in einzelne Wahlbezirke. Bei kleinen Gemeinden wird der Wahlbezirk mit dem Gemeindebezirk zusammenfallen. Wie bei den Reichstags, und Landtagswahlen wird auch bei Wahlen zum Provinziallandtag für jeden Wahlbezirk ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter ernannt. Als Wahlvorstand beruft der Wahlvorsteher aus der Mitte der Wähler seines Bezirkes 3—6 Beisitzer und einen Schriftführer. Jeder Wahlberechtigte darf nur in dem Wahlbezirk zur Wahlurne schreiten, in dessen Wählerliste er eingetragen ist. Die Wählerliste wird mindestens 8 Tage lang und spätestens 4 Wochen vor dem Wahltage öffentlich ausgelegt. Ort und Zeit der Auslegung wird von der Gemeindebehörde bekanntgemacht. Innerhalb der Auslegungsfrist können bei der Gemeindebehörde Einsprüche gegen die Eintragungen in der Wählerliste erhoben werden, über die binnen 2 Wochen entschieden werden muß. Dann wird die Liste geschlossen. Die Besitzer von Wahlscheinen können in jedem beliebigen Wahlbezirk ihre Stimme abgeben. Auf Antrag erhält einen Wahlschein, wenn er in der Wählerliste eingetragen ist,
1. wer sich am Wahltag während der Wahlzeit aus zwingenden Gründen außerhalb des Wahlbezirks aufhält;
2. wer nach Ablauf der Einspruchsfrist in einen anderen Wahlbezirk verzieht;
3. wer infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert und durch den Wahlschein in die Lage versetzt wird, ein für ihn günstiger gelegenes Wahllokal aufzusuchen.

Wer nicht in die Wählerliste eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein,
1. wenn er nachweist, daß er unverschuldet die Einspruchsfrist versäumt hat;
2. wenn er wegen Ruhens des Wahlrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund hierfür aber nach Ablauf der Einspruchsfrist fortgefallen ist;
3. wenn er Auslandsdeutscher war oder seinen Wohnsitz in einem anderen deutschen Lande als Preußen hatte und seinen Wohnsitz nach Ablauf der Einspruchsfrist nach Preußen verlegt hat.

Das Ergebnis der Provinziallandtagswahl wird öffentlich bekanntgemacht. Binnen 4 Wochen nach der Veröffentlichung kann jeder Wahlberechtigte gegen die Gültigkeit der Wahl beim Provinzialausschuß Einspruch erheben. Über den Einspruch entscheidet der Provinzialausschuß, der auch von Amtswegen die Gültigkeit der Wahl nachzuprüfen hat.

Nachtrag: Am 7. Oktober 1925 hat der Preußische Landtag ein neues Wahlgesetz beschlossen. Es enthält gegenüber dem alten Gesetz vom 3. Dezember 1920 nur zwei wesentliche Abweichungen.
1. Jeder Provinziallandtag muß mindestens 30 Abgeordnete haben;
2. die Feststellung des Wahlergebnisses ist neu geregelt.

Die Zuteilung der auf die Provinz entfallenden Abgeordnetenzahl durch den Provinzialausschuß an die einzelnen Regierungsbezirke nach der Zahl der Einwohner erfolgt nicht mehr zuerst, sondern zunächst wird die Zahl der in der ganzen Provinz abgegebenen gültigen Stimmen durch die Zahl der zu wählenden Abgeordneten geteilt. Hieraus wir die Zahl der Sitze der einzelnen Parteien errechnet. Erst dann findet die Verteilung der Gesamtsitze auf die einzelnen Regierungsbezirke statt.

Lebensfragen des Handwerks

(Nachdruck verboten.)

Einer der großen Charakterzüge der gewerblichen Entwicklung im 19. Jahrhundert ist — wenn auch nicht die Vernichtung, so doch die Zurückdrängung und durchgängige Gefährdung der handwerksmäßigen Organisation durch die kapitalistische. Dieser Zug der Zeit wurde im letzten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts durch die in der Inflationszeit entstandenen starken Substanzverluste, welche mit in der Hauptsache zu Lasten des gewerblichen Mittelstandes gingen, und durch die übermäßige Besteuerung derart vergrößert, daß auch Regierung und Reichstag sich neuerdings bemühen, den einschließlich der Hilfspersonen ca. 2 Millionen erwerbstätigen Handwerkern unter die Arme zu greifen.

Besonders schwierig ist die Kreditfrage. Nachdem erst kürzlich der Reichstag 30 Millionen als Darlehen auf ein Jahr bewilligt hatte, sind auch vom preußischen Landtag 22 Millionen Reichsmark für den gewerblichen Mittelstand bereitgestellt worden. Jedoch soll man sich darüber klar sein, daß auf die Dauer mit solchen Aushilfen angesichts des unübersehbaren Interessenkreises nichts erreicht ist und daß dem Problem der Stellung und Kräftigung des Handwerks innerhalb unserer Wirtschaft auch mit gesetzlichen Maßnahmen nachgegangen werden muß. Diese ist wie auch andere Berufsstände auf die Fürsorge des Staates angewiesen, welcher heute weniger direkt durch aktive Unterstützung auf finanziellem als direkt auf steuerlichem und wirtschaftspolitischem Gebiet liegen kann. Diese Forderung vertritt auch Artikel 164 der Reichsverfassung, welcher eine Förderung des gewerblichen Mittelstandes in Gesetzgebung und Verwaltung und seinen Schutz gegen Überlastung und Auffaugung vorsieht. Diese Ziele liegen nicht zuletzt im eigensten Interesse von Staat und Reich sowie der gesamten Volkswirtschaft, da ebenso wie die Erhaltung eines starken,

Backe mit „Backin"

dann bist du sicher! Das ist der erste und beste Rat erfahrener Hausfrauen, die auf ihr Backen stolz sind. Dr. Oetker's Backpulver „Backin" hat sich seit über 30 Jahren in Millionen von Haushaltungen glänzend bewährt. Der Verbrauch ist von diesem Zeitpunkt an ständig gestiegen und steigt auch heute noch. Einen besseren Zuverlässigkeitsbeweis gibt es nicht.

Versuchen Sie bitte:

Käsekuchen

Teig: 65 g Butter, 65 g Zucker, 15 g Weizenmehl, 1 Ei, 2 Teelöffel von Dr. Oetker's Backpulver „Backin"

Zutaten: Belag: 1½ Pfd. Quark, 200 g Zucker, 1 Päckchen Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, 4 Eier, 4. Pfeife g. Schnee gesch., 75 g Dr. Oetker's Grütze, 130 g Korinthen, Saft einer halben Zitrone

Zubereitung: Zuerst bereitet man den Mürbeteig. Ei und Zucker werden mit einem Teil des mit dem Backin gemischten Mehles verrührt. Dann arbeitet man die kaltgestellte und in Stückchen zerpflückte Butter mit dem Rest des Mehles unter die Masse und fügt nötigenfalls soviel Mehl hinzu, daß sich der Teig ausrollen läßt. Mit dem fertigen Teig belegt man den Boden einer Springform. Den Quark hat man währenddessen auf einem Sieb gut ablaufen lassen, reibt ihn durch ein feines Sieb und verrührt ihn vorsichtig mit etwas Sahne zu einer glatten Masse. Dann gibt man nach und nach Zucker, Vanillezucker, Eidotter, Grütze und Korinthen hinzu und verrührt nochmals gut. Zuletzt hebt man vorsichtig den Eiweißschnee unter die fleite Quarkmasse, streicht diese auf den Teig und backt den Kuchen bei guter Mittelhitze zirka 50 Minuten. Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von:

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Sonder-Ausgabe des

Amtsblattes für den Landkreis Merseburg

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Merseburg, 19. November 1925

Bezugspreis: monatlich 0,60 RM. Einzelverkaufspreis 30 Pf. Anzeigen-Preis mm 28 Pfg.

Erscheint Sonnabends. Druck und Verlag: Otto Stollberg & Fr. Hofmann, Merseburg.

Bekanntmachung der von dem Wahlausschuß für die Kreistagswahl in seiner Sitzung am 17. November 1925 geprüften und festgestellten

Wahlvorschläge

für die am 29. November 1925 stattfindenden Wahlen zum

Kreistag für den Landkreis Merseburg

auf Grund des Wahlgesetzes für die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen vom 7. Oktober 1925 (GS. S. 123) und der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen vom 14. Oktober 1925 (MBl. f. d. V. 1925 Nr. 44).

Der Wahlausschuß hat folgende Wahlvorschläge für die Kreistagswahl angenommen und die Reihenfolge mit nachstehender Numerierung festgestellt:

1. Parteienwahl:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

1. Pysolb, Ludwig, Krankenkassenangestellter, Schkeuditz, Stadtstr. 5.
2. Hunge, Friedrich, Werkmeister, Neu-Roßen, Mittelstr. 22.
3. Wilhand, Paul, Angestellter, Köthen Nr. 90.
4. Schmidt, Willy, Wiegemeister, Schkeuditz, Lauchstädter Str. 31.
5. Berbig, Otto, Tischler, Patzig, Schulstr. 5.
6. Habicht, Anna, Ehefrau, Schkeuditz, Bismarckstr. 2 a.
7. Mehr, Louis, Maurer, Merseburg, Weißer Ring Nr. 9.
8. Meinerzhagen, Karl, Steinsetzer, Wolfen, Schulstr. 17.
9. Fiele, Ernst, Handelsmann, Schafstädt, Geiseldener Str.
10. Beyer, Richard, Maurer, Hohenweiden Nr. 22.
11. Gebrich, Karl, Schirr, Gr.-Gräbnitz.
12. Wittger, Hermann, Maurer, Barnstedt Nr. 26.
13. Grüber, Marie, Ehefrau, Kranichfeld.
14. Kaiser, Reinhold, Landwirtschaftsgehilfe, Muschwitz.
15. Wilhand, Alfred, Werkmeister, Porsdorf, Merseburger Str. 2.
16. Heidrich, Gustav, Werkmeister, Neu-Roßen, Heinrichstraße 5.
17. Bohn, Karl, Kaufmann, Raßmannsdorf, Schulstr. 3 a.
18. Marx, Gustav, Zimmerer, Wolfen, Emilienstr. Str. Nr. 33.
19. Barth, Ernst, Schmied, Raunsdorf Nr. 45.
20. Wolff, Karl, Arbeiter, Peißen, Schulstr. 14.
21. Wolff, Martin, Bäckermeister, Peißen, Hauptstr. 1.
22. Kaiser, Albert, Bergarbeiter, Oberthau, Stolzing 22.
23. Kaiser, Robert, Bergarbeiter, Oberthau, Schulstraße 12.
24. Gerhardt, Kurt, Landwirtschaftsarbeiter, Kabitz Nr. 27.
25. Schneider, Richard, Verbandsbote, Delitzsch Nr. 12.
26. Thürigen, Otto, Maurer, Mölkau.
27. Wichelmann, Gustav, Grubenarbeiter, Muschwitz.

2. Parteienwahl:

Kommunistische Partei.

1. Müller, Bernhard, Maurer, Niederbeuna, Naumburger Str. 31.
2. Wetter, Ernst, Lagerhalter, Leipzig, Wilhelmstr. 12.
3. Nowitzki, Paul, Lagerhalter, Reudnitz, Hallesche Str. 6 a.
4. Fritz, Reinhold, Gemeindevorsteher, Godnitz Nr. 28.
5. Wildiger, Hermann, Arbeiter, Schkeuditz, Anhaltsgasse 3.
6. Hanik, Karl, Maurer, Corbetha b. Schkeuditz Nr. 32.
7. Nickentaug, Paul, Maurer, Bad Lauchstädt, Strohhof 129.
8. Lange, Emil, Maurer, Delitz a. B., Kirchberg 45.
9. Geyer, Otto, Lagerhalter, Altranftädt, Schlitz. 7.
10. Bauer, Louise, Hausfrau, Schkeuditz, Minister. 1.
11. Rodmann, Reinhold, Steinsetzer, Silzen, Eisenbahnstr. 5.
12. Wartenroi, Otto, Tischler, Delitz a. B., Hallesche Str. 56.
13. Müller, Karl, Arbeiter, Niederbeuna, Naumburger Chaussee 31.
14. Weißhunder, Wanda, Hausfrau, Großkugna Nr. 76.
15. Richter, Karl, Lagerhalter, Frankleben, Bahnhofstr. 62.
16. Zöllnitz, Karl, Lagerhalter, Frankleben, Bahnhofstr. 15.
17. Jäniche, Theodor, Bauarbeiter, Wolfen, Dorfstr. 46.
18. Jäniche, Theodor, Bauarbeiter, Schkeuditz, Rathstr. 26.
19. Fiedler, Wilhelm, Lagerhalter, Schkeuditz, Rathstr. 26.
20. Schulz, Fritz-Gustav, Lehrer, Schkeuditz, Repselstraße 9.
21. Hunter, Rich, Hausfrau, Altranftädt, Leipziger Str. 4.
22. Hurtick, Albert, Arbeiter, Raßmannsdorf, Schulstr. 1.
23. Dietrich, Hermann, Arbeiter, Porsdorf, Leipziger Str. 29.
24. Steinkrüger, Hermann, Bauunternehmer, Landsdorf, Querfurter Straße 83.
25. Keil, Richard, Lagerhalter, Lembert, Merseburger Str.
26. Liebert, Franz, Maurer, Zschkeitz, Dorfstr. 18.

3. Parteienwahl:

Deutsche demokratische Partei.

1. Cornelsen, Gerhard, Kommunalbeamter, Neu-Roßen, Goethestr. 1.
2. Fricke, Theodor, Weichenwärter, Raßmann-K.
3. Müllemann, Friedrich, Gondnitz, Bad Lauchstädt.
4. Koehe, Wilhelm, Betriebsleiter, Gröbitzsch, Rathstr. 8.
5. Werner, Willy, Hausfrau, Schkeuditz.
6. Hecht, Theodor, Stellmachermeister, Großkugna Nr. 7.
7. Henning, Oskar, Kaufmann, Patzig, Leipziger Str. 3.
8. Jungnickel, Arthur, Bahnhofsmeister, Wolfen.
9. Werner, Otto, Bauunternehmer, Schkeuditz.
10. Maurer, Hermann, Betriebsleiter, Raßmannsdorf.
11. Schütze, Bruno, Eisenbahnbetriebsarbeiter, Großkugna.

17. Parteienwahl:

Nationale Einheitsliste.

1. Nitsche, Curt, Gutsbesitzer, Storkwitz.
2. Fröhlich, Paul, Gutsbesitzer, Crespuna.
3. Meyer, Karl, Bürgermeister, Lützen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0007

selbständigen Bauern- so auch Handwerkerstandes aus wirtschaftlichen als auch kulturellen Gründen zu erstreben ist.

Als ein bedeutender politischer Erfolg in dieser Richtung ist die kürzliche Erfüllung der langjährigen Forderung nach der Schaffung eines besonderen Reichskommissars für das Handwerk und den gewerblichen Mittelstand zu buchen. Der dem Reichswirtschaftsministerium unterstellte Kommissar ist ernannt, und es ist ihm ein Ausschuß zur Seite gestellt, welcher sich aus Vertrauensmännern des Handwerks zusammensetzt. Dieser wird nicht bloß im Bedarfsfall, sondern in regelmäßigen Zeiträumen von höchstens einem Monat zusammentreten, um dem Kommissar einschlägige Anregungen zu geben. Letzterer wird neben dem Ausschuß auch bei den Vorarbeiten für Reichsgesetzentwürfe herangezogen werden, die sich mit den Belangen des Handwerks befassen. Hiervon ist auch eine Förderung einer den Verhältnissen des gewerblichen Mittelstandes gerecht werdenden Gesetzgebung, welche ihm eine entsprechende Rechtsgrundlage gibt, zu erwarten. Eine möglichst schnelle Verabschiedung der Reichshandwerksordnung, auf welche der gewerbliche Mittelstand schon seit Jahren wartet, fällt in diesen Rahmen. Die Handwerker erstreben schon seit langer Zeit die Umwandlung der freien Innungen in Pflichtinnungen, durch welche seine Kräfte in eine dreifache und möglichst wenig kostspielige Selbstverwaltung zusammengefaßt werden sollen. Ein geistlicher Schutz des Gesellentitels, die Gestaltung des Lehrverhältnisses als Erziehungs- und Ausbildungsverhältnis würde viel zu seiner Hebung beitragen; daneben wäre das gewerbliche Schulwesen durch Meister- und sonstige Ausbildungskurse auf gesetzlicher Grundlage in der Reichshandwerksordnung zu fördern.

Die Steuernot des Handwerks muß zu seiner Auffassung führen. Seine Klagen und Abänderungsvorschläge decken sich auf diesem Gebiete mit den übrigen Wirtschaftsgruppen. Die Umsatzsteuer, welche die Zusammenballung zu Großbetrieben zum Schaden unserer nationalen Wirtschaft fördert, wird in keiner Weise den Produktionsverhältnissen des Handwerks gerecht, welches eine bessere Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen verlangen muß. Eine erhebliche Unterstützung würde eine baldige Wiederbelebung des Baugewerbes, von welchem die Mehrzahl der Handwerke abhängig ist, bedeuten. Die Einigung mit den Bauarbeitern ist ja erfreulicherweise zustande gekommen, und keine Nebensort ist richtiger als jene, „daß alles geht, wenn das Bauhandwerk geht".

Der Gerechtigkeit entspricht es, daß der Staat seine Aufträge prozentual an die örtlichen Handwerke vergibt und deren Auffassung nicht durch Begünstigung der Regiebetriebe vieler Behörden und durch eine unzweckmäßige Anlage der Gesängnisarbeit gestört werden. Eine Unterstützung des Kunstgewerbes mit seiner Werkarbeit durch Messen, Ausstellungen, ermäßigte Bahntarife usw. liegt im Interesse unserer Ausfuhr.

An der Eigenart des Handwerks findet auch der siegreiche Zug der Maschine seine Grenze. Es ist Sache einer gerechten Wirtschaftspolitik, diese Grenze nicht künstlich weiter zu stecken und den gewerblichen Mittelstand, eine der stärksten Wurzeln unserer nationalen Wirtschaft, leistungs- und lebensfähig zu erhalten. H. T.

Günstige Entwicklung des preußischen Sparkassenwesens

Während der drei Vierteljahre von Januar bis September 1925 hat die Entwicklung der Einlagebestände im spar- und bankmäßigen Sparkassenverkehr eine erfreuliche Aufwärtsbewegung genommen. Wie der amtliche preußische Pressedienst auf Grund einer Übersicht der statistischen Korrespondenz, des amtlichen Publikationsorgans des preußischen statistischen Landesamtes, mitteilt, ist den Sammelbecken für Spareinlagen seit Jahresbeginn allein ein Betrag von 542,5 Millionen RM. zugeflossen. Die Ende 1924 vorhandenen Spargelder haben sich also um 133,8 Prozent vermehrt. Die Spareinlagen hatten beim Abschluß des 3. Vierteljahres 1925 mit rund 948 Millionen RM. ziemlich den 50fachen Betrag des Tiefstandes vom Ende 1923 erreicht, machen jedoch noch nicht ganz 1/10 des auf das heutige Staatsgebiet entfallenden Vorkriegsbestandes vom 31. Dezember 1913 (12,6 Milliarden Mk.) aus.

Der Spareinlagenbestand nahm höchst ungleich zu; am stärksten im ersten Vierteljahr, in dem die Zuschreibung der Vorjahreszinsen erfolgte, am schwächsten im dritten, das schon mit 799,1 Million RM. begonnen hatte. Für ganz Preußen wie auch für die einzelnen preußischen Landesteile zeigt sich eine offensichtliche Abnahme des Zunahmeprozentsatzes sowie eine sinkende Tendenz der absoluten Zuwachsziffern. Im September hat sich der Einlagebestand um 46,1 Mill. RM., d. h. um 5,1 Prozent vergrößert. Der Septemberzuwachs war damit um 9,1 Mill. RM. = 16,4 Prozent hinter dem des Vormonats zurückgeblieben. In den einzelnen Landesteilen lagen die Verhältnisse auch hier verschieden.

Ebenso wie der Sparverkehr hatte auch der bankmäßige Verkehr der Sparkassen eine günstige Entwicklung genommen. Im September d. J. belief sich die Einzahlungen auf 1388,3 Mill. RM., die Auszahlungen auf 1414,1 Mill. RM., die Guthaben auf 608,4 Mill. RM. Die Einzahlungen betrugen dabei das 2,3fache (gegen das 2,4- und 2,3fache im Juli und August) der Guthaben. Die höchsten Umsätze wies nach wie vor das industrielle Rheinland-Westfalen auf, die niedrigsten — abgesehen von den Hohenzollernschen Landen und der Grenzmark Posen-Westpreußen — das agrarische Ostpreußen. Daß die Auszahlungen überall, mit Ausnahme von Ostpreußen und Berlin, die Einzahlungen überstiegen, ist in Anbetracht der wieder außerordentlich verschärften Kreditnot und Versteifung des Geldmarktes nicht allzu auffallend.

Bücherecke.

§ **Westermanns Monatshefte, 70. Jahrgang, November 1925.** 2 M. Verlag Georg Westermann, Braunschweig und Hamburg. — Das Novemberheft von „Westermanns Monatsheften" steht den vorhergehenden beiden Heften des Jubiläumsjahrgangs nicht nach. Zahlreiche Aufsätze aus allen Gebieten verleihen ihm reiche Abwechslung; so führt uns Wilhelm Schaer mit stimmungsvollen Bildern in die Heide. Zum 50. Geburtstag Jakob Schaffners brachte Dr. Karl Fuß eine Einführung in des Dichters Leben und Schaffen. Durch wundervolle Wiedergaben führt Dr. Richard Hoisel in die Werkstatt des Plastikers Carl Gelles, dessen Arbeiten eine Synthese klassischer Form und modernen Geistes erkennen, und in Wort und Bild wird der Leser in die Stadt mit den vielen Brücken, nach Venedig, versetzt. Beachtenswert ist der Aufsatz des bekannten Kunstkritikers Emil Waldmann über Nicola Perscheids Porträtphotographie; ebenso mögen die Erinnerungen von Paul Eipper über Lovis Corinth nicht unerwähnt bleiben, die insbesondere die letzten graphischen Hauptwerke des Meisters, „Martin Luther" und „Friedericus Rex" behandeln. Ein eindrucksvoller Aufsatz „Friedhofsgestaltung und Friedhofskunst" zeigt in Wort und Bild die modernen Bestrebungen auf diesem Gebiete. Eine dramatische und literarische Rundschau würdigt kritisch das zeitgenössische künstlerische Schaffen. Durch seine zwei Romane „Der Geier um Marienburg" von Werner Jansen sowie „Der Weg nach Heilsoe" von Paul Steinmüller erhält das Heft einen abschließenden Rahmen. Nebenbei sei erwähnt, daß Jansens Deutschritterroman „Geier um Marienburg" in Kürze in Buchform vorliegen wird.

Die Bautätigkeit in den Jahren 1924-25

Geringer Wohnungszuwachs. — Zu niedrige Hauszinssteuerhypotheken.

Soeben sind die Zahlen über die Bautätigkeit in Preußen vom Jahre 1924 bekannt gegeben worden. Aus ihnen ersieht man, daß so wenig wie in diesem Jahre noch nie gebaut worden ist. In ganz Preußen ist ein Wohnungszuwachs von 65 348 Wohnungen zu verzeichnen; das ist 10 Prozent weniger als im Vorjahr, in dem auch schon außerordentlich wenig gebaut wurde. (1923 betrug der absolute Wohnungszugang 74 902 Wohnungen.)

Wenn man den Ursachen der geringen Bautätigkeit im Baugewerbe nachgeht, so ergibt sich, daß das Bauen wegen des starken Mangels an Kapital so außerordentlich zurückgegangen ist. Im Jahre 1924 wirkte sich zum ersten Mal auf dem Baumarkt die eingetretene Geldstabilisierung und der damit verbundene Mangel größerer Geldmittel aus. Selbst Bauten, die schon weit fortgeschritten waren, konnten nicht zu Ende geführt werden, weil es nicht möglich war, die Gelder zur Durchführung des Bauvorhabens zu beschaffen. In dieser Situation entschloß man sich zur Einführung der Hauszinssteuer, aus deren Erträgnissen größere Summen den Bauunternehmern und allen denen, die sich Wohnungen und Häuser bauen wollten, Summen zur Verfügung gestellt werden sollten. Bekanntlich ist die Quote der Hauszinssteuer vom 1. April 1924, ihrem Einführungstage, bis zum heutigen Datum von 16 auf 18 Prozent gestiegen. Davon sind jedoch an die Gemeinde für Wohnzwecke im Höchstfalle 8 Prozent, ja mitunter sogar nur 6 Prozent und weniger gegeben worden. Die auf diese Weise zur Verfügung gestellten Summen haben keineswegs ausgereicht um entsprechend dem vorhandenen Bedarf den Wohnungsbau genügend zu unterstützen. Die Bautätigkeit im Jahr 1924 wurde durch die Verleihung der Gelder kaum beeinflußt; und erst allmählich kamen namhafte Beträge zusammen, deren Verleihungen langwierige Vorverhandlungen beansprachten.

Im Jahre 1924 haben sich die Verhältnisse am Baumarkt wesentlich gebessert. Es sind zahlreiche gemeinnützige Gesellschaften gegründet worden, die den Bau von Siedlungen und großen Wohnungskomplexen in die Hand genommen haben. Ihrer Tätigkeit ist es zu danken, daß 1925 mit erheblich besseren Zahlen gerechnet werden kann als 1924. Inzwischen haben sich auch die aus der Hauszinssteuer zur Verfügung gestellten Beträge ausgewirkt. Das Baugewerbe hat durch sie einen starken Anreiz erhalten.

Aber auf dem Standpunkt, auf dem heute die ganze Gebahrung der Verfügungsstellen von Geldmitteln, die aus Steuern aufgebracht worden sind, steht, ist sie zum Teil verfehlt. Einmal haben das Reich und die Länder, die nur zur Unterstützung des Wohnungsbaues geschaffene Hauszinssteuer als ergiebige Steuerquelle ausgenutzt und nehmen 1/3 der großen Beträge für sich in Anspruch. Dann kommt, daß wegen der an sich beschränkten Mittel der großen Zahl derer, die um eine Hauszinssteuerhypothek nachsuchen, der Prozentsatz bis zu dem Hauszinssteuerbeträge ausgeliehen werden, im Verhältnis zum Wert des Hauses, viel zu niedrig ist. Im allgemeinen dürfen im Reich jetzt 40 Prozent der Gesamtkosten eines Bauvorhabens (wobei der Wert des Grundstückes nicht mitgerechnet ist), als Hauszinssteuerhypothek ausgeliehen werden. Dieser Betrag ist zu zwei. Drittel zu gering: 1. weil der Bauunternehmer zu viel Eigenkapital im Verhältnis zum Frieden aufbringen muß, um sein Bauvorhaben durchzuführen. Denn am ersten Hypothekenmarkt erhält er im allgemeinen nur bis zu 40 Prozent der Gesamtbaukosten als erste, vielleicht noch als zweite Hypothek; jedoch hinter der Hauszinssteuerhypothek noch eine Hypothek zu bekommen, ist unmöglich, sodaß der Bauunternehmer bis zu 29 Prozent Eigenkapital besitzen muß, eine Geldsumme, die der Einzelne nicht aufbringen kann; 2. wird durch die hohen Zinsen für private Hypotheken sowie die anderen großen Abgaben die Miete im Verhältnis zur Friedensmiete außerordentlich gesteigert, sodaß im Durchschnitt für Neubauwohnungen das zweieinhalb- bis dreifache der Friedensmieten gezahlt werden muß. Die Hauszinssteuerhypotheken sollten außer der Kapitalbeschaffung wegen ihres außerordentlich geringen Zinssatzes (ursprünglich 2 Prozent Verzinsung und 1 Prozent Amortisation, jetzt vielfach nur noch 1 Prozent Verzinsung und 1 Prozent Amortisation beim Vorliegen besonderer Gründe) zu einer Herabdrückung der Mieten führen und einen Ausgleich zwischen den Friedensmieten der Altwohnungen und den Mieten der neuen Wohnungen bewirken. Wegen des hohen Zinssatzes der Privatgelder und des nur für 40 Prozent benötigten Kapitals geringen Zinssatzes wird der Zweck der Hauszinssteuerhypotheken nur unvollkommen erreicht. Vor allem muß darauf gedrungen werden, daß Hauszinssteuerhypotheken in solcher Höhe gegeben werden, daß der Unternehmer nicht gezwungen ist, für die ihm zur Vollendung des Baues noch fehlenden Gelder zu den höchsten Zinsen am offenen Markt aufzunehmen.

Die für 1924 veröffentlichten Zahlen lassen erkennen, daß im Durchschnitt in den Regierungsbezirken, in denen große Städte liegen, verhältnismäßig am wenigsten gebaut worden ist. Am schlechtesten schneidet die Reichshauptstadt ab, wo im Jahre 1924 auf 100 Einwohner nur eine neue Wohnung kommt, während man im allgemeinen einen Zuwachs an Neubauwohnungen von 10 Prozent pro Mill. für notwendig hält. Der absolute Wohnungszuwachs betrug nur 3830 Wohnungen. Am besten sind die Zahlen im Regierungsbezirk Schneidemühl, wo auf tausend Bewohner 3,04 Wohnungen entfallen. Düsseldorf hat einen Durchschnitt von 1,94, Breslau 1,53, Königsberg 1,24, Hannover 1,18, Magdeburg 1,00, Erfurt 0,18, Köln 1,97.

Es ist vorauszusehen, daß im Jahre 1925 in Berlin etwa 10 000 Wohnungen vollständig fertiggestellt sein dürften, also fast das Dreifache des Satzes für 1924, und daß diese Zahl nicht nur für die Reichshauptstadt gilt, sondern daß im ganzen Reich die Verhältnisse sich günstiger gestalten werden.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Gustke.

Unentgeltliche Auskunft
in allen
Aufwertungs-Angelegenheiten
erteilt
Kreissparkasse Merseburg

Antragsbogen U
(Armenfürsorge)
hält stets vorrätig
Buch- u. Kunstdruckerei Th. Rößner
Merseburg
Al. Altenstr. 5

119

Wichtig für Radfahrer!
Biete in meiner neu eröffneten Filiale an:
Fahrräder, komplett mit Gummi . . . von 65,— Mk. an
Herrenrahmen mit Doppelglockenlager und Gabel 24,— „
Damenrahmen „ „ „ 25,— „
Lenkstangen von 2,— Mk. an, Pedale . von 1,60 „
Schutzbleche, Garn. 0,75 Mk., Kettenkästen v. 1,20 „
Satteldecken, Filz mit Plüsch gefüttert . . . 1,25 „
Fahrradschläuche, extra prima . . . . von 1,35 „
Fahrraddecken . . . . . von 3,50 „ an
Laternen, rein Messing (kein Weißblech) . von 3,50 „ an
Elektrische Fahrrad- und Taschenlampen, größte Auswahl
Taschenlampenbatterien, das Stück 0,35 Mk.
Ersatzteile und Reparaturen billigst.
Fahrradhandlung
Fr. B. Weiß
Filiale Merseburg, Oelgrube 7 (Nähe Markt).

Geschäftsprinzip: Preiswert und gut!
Strickwesten
für die verschiedenen Berufe in vielen Farben.
Kräftige Qualität . . . 6,00
Kräftige Qualität . . . 8,00
Plattierte Wolle . . . 9,50
Plattierte Wolle . . . 13,25
Echt Kübler, reine Wolle . . 18,20
Kammgarn, gute Qualität . . 19,00
Reine Wolle, Ia Qualität . . 22,00
und viele Zwischenpreise, auch Extrawerte.
Strickjacken-Ersatzärmel . 3,30
Fleischerjacken
Strickjacken für Knaben.
Für Damen, Herren und Kinder
reiche Auswahl
Sportwesten.
A. Henckel
Oelgrube 29, Spezialgeschäft f. Woll- u. Wirkw.

Fahrräder
(gute Qualitätsmarke)
bleiben für die Dauer das Beste. Wochenrate nur 4 Mk.
Vertreter:
A. Günther, Friedrichstraße 11.

Unwiderruflich
Ziehung 27. u. 28. November
Kirchenbau-Geld-Lotterie
250 000 Lose. 9061 Gewinne und Prämie M.
Haupt-Höchst. Prämie gewinn gewinn
75000
30000
20000
10000
usw.
Alle Gewinne bar ohne Abzug zahlbar
Lose zu 1.20 M. Porto u. Liste 30 Pfennig
5 Lose sortiert. einschl. 6 M. Porto und Liste 6 M.
erhält, bei den Staatl. Lotterie-Einnahmern u. in all. Lotteriegeschäften Deutsche Lotterie-Emissions-Ges. Berlin W 9, Lennéstr. 4 Postscheckkonto Berlin 13670.
In Merseburg bei: Willy Arndt, Oelgrube 35.

Portland-Zement
Zementkalk, Gips
stets frisch und preiswert
Hermann Bielig,
Gartenstraße 11/17, Tel. 684.

Merseburg, den 17. November 1925.

4. Dr. phil. Richter, Oberhof, Rittergutsbesitzer, Delitzsch a. S.
5. Dulch, Paul, Gutsbesitzer, Burgstädten.
6. Helfer, Willy, Zuckerbandsvorsteher, Neu-Nissen, Breite Str. 45.
7. Neisel, Albert, Pensionsinhaber, Rudolph.
8. v. Trotha, Otto, Regierungs-Assessor a. D., Schkopau.
9. Reible, Josef, Diplom-Ingenieur, Neu-Roßlau, Lindenstr. 18.
10. Marx, Alfred, Brauereibesitzer und Landwirt, Burgliebenau.
11. Klüking, Wilhelm, Lehrer, Schafstädt.
12. Drube, Otto, Sattlermeister, Bad Lauchstädt.
13. Filek, Adolf, Rektor, Bad Lauchstädt.
14. Horn, Walter, Gärtnereibesitzer, Schkeuditz.
15. Wittenberger, Ernst, Glasermeister, Leipzig.
16. Anisch, Hugo, Gutsbesitzer, Cursdorf.
17. Schwardt, Kurt, Amtm. Angestellter, Bad Lauchstädt.
18. Kerstbald, Rudolf, Landwirt, Wölkau.
19. Graf zu Waldeck und Pyrmont, Hermann, Rittergutsbesitzer, Unterkrinigkeit.
20. Hensch, Wilhelm, Hauptlehrer, Altranstädt.
21. Hülse, Kurt, Gutsbesitzer, Wünschendorf.
22. Gemme, Paul, Landwirt, Gostau.
23. Ebert, Otto, Landwirt, Großsehna.
24. Wahren, Richard, Landwirt, Oebles-Schlechtewitz.
25. Degen, Karl, Lehrer, Dölkau.
26. Scheibing, Otto, Bergwerksdirektor, Schlettau.
27. Otto, Friedrich, Rittergutsbesitzer, Passendorf.
28. Schlegel, Richard, Gutsbesitzer, Großgräfendorf.
29. Meisch, Max, Mechanikermeister, Bad Lauchstädt.
30. Opitz, Paul, Gutsbesitzer, Großkugelhof.
31. Bunge, Erich, Mühlenbesitzer, Mahlitz.
32. Hubert, Friedrich, Gutsbesitzer, Niederrabnitz.

18. Parteienmann:
Wirtschaftliche Vereinigung.

1. Bäge, Heinrich, Maurermeister, Schkeuditz.
2. Mühlmann, August, Zimmermeister, Lauchstädt.
3. Meyer, Ernst, Laufm. Angestellter, Merseburg.
4. Schärschmidt, Otto, Kolonialwarenhändler, Großsehna.
5. Lüstete, Oswald, Schuhwarenhändler, Altranstädt.
6. Mengel, Oskar, Aufseher, Leipzig.
7. Göße, Emil, Landwirt, Wetzmar.
8. Franke, Albert, Stellmachermeister, Canneubitz.
9. Klinge, Richard, Landwirt und Gastwirt, Großsehna.
10. Häsler, Otto, Schmiedemeister, Schkeuditz.
11. Fritsch, Hermann, Arbeiter, Neukirch.
12. Birnstiel, Fritz, Fischermeister, Kriechsberg.
13. Lauterbach, Kurt, Bäckermeister, Horburg.
14. Schmidt, Otto, Kürschnermeister, Schkeuditz.
15. Stande, Bruno, Milchhändler, Leipzig.
16. Schmidt, Arno, Gutsbesitzer, Altranstädt.
17. Zimmermann, Otto, Buchhändler, Schkeuditz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0008

Provinz und Nachbarländer.

Wirtschaftsbeihilfen auch in Halle beschlossen.

100 M. für die Beamten — zwei Wochenlöhne für die Arbeiter.

† **Halle.** Die Stadtverordnetensitzung am Montag beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem bereits in der letzten Sitzung von völkischer, sozialdemokratischer und kommunistischer Seite gestellten Anträgen, die zur Beihebung der von allen Fraktionen anerkannten wirtschaftlichen Notlage der städtischen Beamten und Arbeiter die Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen oder Darlehen und darüber hinaus

eine generelle Gehalts- und Lohnerhöhung

erstreben. Nach mehrstündiger Debatte, die von der Linken vorzugsweise geführt wurde, wurde der von Mitgliedern des Bürgerlichen Ordnungsblocks neu eingebrachte Zusatzantrag angenommen, den städtischen Beamten, Angestellten, Lehrern und Ruhegehaltsempfängern eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 100 M., den städtischen Arbeitern eine solche von zwei Wochenlöhnen zugebilligt sowie den für Notlandsbeihilfen zur Verfügung stehenden Fonds um 150 000 M. zu erhöhen vorsieht. Außerdem soll auf eine allgemeine Gehalts- bzw. Lohnerhöhung hingewirkt werden.

Im Mühlgraben aufgefunden.

† **Halle.** Dienstag morgen gegen 8.45 Uhr wurde ein 30jähriger Mann im Mühlgraben am Kuttelhof mit dem Unterkörper im Wasser und Schlamm steckend aufgefunden. Nach seinen Angaben ist er von 4—5 Personen ohne jeden Grund überfallen und über das Geländer ins Wasser geworfen worden; er hatte zwei Stunden im Wasser gestanden. Er wurde mit einer Leiter herausgezogen, der Polizeiwache zugeführt und von dort im Krankenwagen nach seiner Wohnung gebracht. Über die Täter konnte er keine Angaben machen. Da der Mann angetrunken war und keinerlei Verletzungen aufwies, ist es nicht ausgeschlossen, daß er in betrunkenem Zustande auf das Geländer geklettert und ins Wasser gefallen ist.

Unfälle.

† **Halle.** Montag nachmittag wurde auf der Eislebener Chaussee ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Er erlitt eine Verstauchung am Oberschenkel, konnte aber seinen Weg allein fortsetzen. Das Fahrrad wurde stark beschädigt. — Gegen Abend brach in einer Dachkammer eines Grundstückes auf dem Alten Markt ein Brand aus, welcher durch die Feuerwehr nach ½stündiger Tätigkeit gelöscht wurde. Der Brand ist anscheinend durch ein offenes Licht entstanden. Es wurden einzelne Möbelstücke und Wäsche durch das Feuer beschädigt. — In der Nacht wurde auf dem Moritzzwinger eine 21jährige weibliche Person von einem unbekannten Mann angeblich ohne Grund mit einem Spazierstock ins Gesicht geschlagen, so daß sie blutende Verletzungen davontrug. Sie wurde ihrer Wohnung zugeführt. Der Täter entzog sich seiner Feststellung durch die Flucht.

Liebestragödie im Postamt.

† **Delitzsch.** Am 16. d. Mt., nachmittags 5.15 Uhr, hat im Hausflur des Postamtes der Laborant Paul Müller aus Bitterfeld versucht, seine frühere Verlobte, die Arbeiterin Selma Haide von hier, zu erschießen. Die Verletzungen der Haide sind derartig schwer, daß sie sofort aus dem hiesigen Krankenhause nach dem Krankenhaus St. Georg in Leipzig überführt werden mußte. Nach der Tat hat sich Müller durch einen Schuß in die Schläfe selbst getötet. Die Leiche ist beschlagnahmt und nach der städtischen Leichenhalle überführt worden. Nach einem vorgefundenen, an den Polizei-Kommissar gerichteten Brief war die Tat von dem Müller vorher geplant.

Dazu werden folgende Einzelheiten berichtet: Der Laborant Müller und die Arbeiterin Haide waren verlobt. Die Verlobung ging auseinander, als Müller wegen einer Unterschlagung im hiesigen Gaswerk ½ Jahr Gefängnis absitzen mußte. Das Liebesverhältnis bahnte sich aber wieder an. Man schrieb sich Briefe, s. T. auch postlagernd. Einen solchen Brief wollte die H. gestern abend abholen, als sie im Hausflur des Postamtes auf Müller traf. Dieser forderte sie auf, mit ihm zu kommen. Sie sträubte sich aber dagegen. Es entwickelte sich eine lebhafte Auseinandersetzung, in deren Verlauf Müller plötzlich eine Selbstladepistole zog und auf die H. vier Schüsse abgab. Drei davon trafen sie in den Unterleib und sie stürzte laut aufschreiend zusammen. Müller schoß sich daraufhin eine Kugel in den Kopf, die ihm sofort tötete.

Die tatsächlichen Gründe zu dieser Tragödie sind noch nicht aufgedeckt. In einem Brief des Toten kommt zum Ausdruck, daß beide den Tod gesucht haben, und es sei ihr letzter Wunsch, Seite an Seite zu ruhen. Demgegenüber behauptet das Mädchen, daß ihr das Attentat vollkommen überraschend gekommen sei, und auch der Ort der Tat läßt kaum die Meinung zu, es habe sich um eine gemeinschaftliche Abmachung gehandelt.

Gesamtaussperrung in der Quedlinburger Metallindustrie.

† **Quedlinburg.** Da in der Frage der Lohnerhöhung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Einigung erzielt werden konnte — der Vergleichsvorschlag des staatlichen Schlichters wurde von den Arbeitgebern abgelehnt — trat Montag nach Schluß der Arbeitszeit die Gesamtaussperrung ein. Am Donnerstag werden die Arbeitnehmer wieder eingestellt werden, die eine Willenserklärung abgeben, daß sie zu den alten Lohnsätzen weiter arbeiten wollen.

Beim Turnen verunglückt.

† **Altenburg.** Ein hiesiger älterer Turnlehrer ist bei Ausübung seines Berufes zu schwerem Schaden gekommen. Im Begriffe, über das Pferd zu springen, rutschte er aus und schlug so gewaltig gegen das Gerät, daß er von diesem Augenblicke an heftige Leibschmerzen empfand. Er schleppte sich zwar noch nach Hause, mußte jedoch bald darnach ins Krankenhaus überführt werden, wo sich bei einer sofort vorgenommenen Operation herausstellte, daß eine Darmzerreißung vorlag.

Selbstmord.

† **Kahla.** Hier erschoß sich in der Wohnung seiner Schwiegereltern in Gegenwart seiner Frau, seiner zwei Kinder und seiner Schwiegermutter der 27jährige Friseur Alfred Hempel mit einem Revolver. Der einzige abgegebene Schuß durch die Schläfe führte den sofortigen Tod herbei. Der so plötzlich aus dem Leben geschiedene Mann zeigte schon längere Zeit nervöse Krankheitserscheinungen und griff nach einem kleinen Auftritt in der Familie im Affekt zum Revolver.

Motorradfahrer als Feuermelder.

† **Camburg.** Auf Grund des Gesetzes über das Feuerlöschwesen sind die hiesigen Motorradfahrer vom Bürgermeisteramt als Feuerboten bestellt worden. Die Motorradfahrer haben sich, sofern nachts ein Feuer ausbricht, sofort mit ihrem Motorrad an der Brandstelle einzufinden, um die Befehle des Gemeindevorstehers oder Ortsbrandmeisters in Empfang zu nehmen.

Standalassäre im Friedrichsroder Gaswerk.

† **Friedrichsroda.** Im städtischen Gaswerk sind Unterschlagungen und Fälschungen der schlimmsten Art aufgedeckt worden. Die Unterschlagungen städtischen Geldes, die sich auf 12884,09 Mark belaufen, sind vom Geschäftsführer Löser begangen worden. Es mutet merkwürdig an, daß bei der letzten Revision des Kassenbestandes, die am 28. Juni d. Js. vorgenommen wurde, und bei der man verschiedene Unregelmäßigkeiten feststellte und ein Betrag von 2000 Mark nicht geklärt war, dennoch von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit abgesehen wurde. Im Juli nahm sich Löser eigenmächtig Ferienurlaub. Darauf wurde er vom Stadtverordnetenkollegium sofort entlassen und in Anbetracht der Unregelmäßigkeiten in der Kasse gegen ihn vom Bürgermeister beim Oberstaatsanwalt in Gotha Strafantrag gestellt. Die weitere Prüfung der Bücher ergab einen Fehlbetrag von 12884,09 Mark. Dies ist nach den neuesten Feststellungen noch kein Endergebnis, denn es kommen noch einige Posten hinzu, deren Höhe bis jetzt nicht feststeht.

Überfall.

† **Ziegenrück.** Auf dem Wege von Remptendorf nach Liebengrün begegnete eine in den fünfziger Jahren stehende Frau einem jungen Manne, der sie nach dem Wege nach der neuen Saaletalsperre fragte. Als sie ihm den Weg bezeichnete, zog der junge Mann blitzschnell einen Revolver, faßte zugleich die Frau am Halse und schleppte sie ins nahe Gebüsch. Heftiges Schreien der Frau veranlaßte einen vorbeikommenden Radfahrer, ihr zu Hilfe zu eilen. Der Täter verließ sein Opfer und eilte davon.

Seltsamer Unfall.

† **Mühlberg** bei Wandersleben. Ein seltsamer Unfall, den ein Windstoß verursachte, ereignete sich hierorts auf der Hofreite des Landwirts Ernst Urban. Dieser war am Eingang der Scheune mit dem Aufziehen von Saatweizen beschäftigt. Plötzlich schlug ein Windstoß das Scheunentor zu. Mit zerschmettertem linken Bein brach der getroffene Landwirt ohnmächtig zusammen.

Einbruch.

† **Thalheim.** In einer der letzten Nächte statteten Diebe dem Landwirt Stammer, hier, einen Besuch ab. Sie gingen vom Garten aus an das Stallgebäude heran, drückten eine Fensterscheibe ein und krochen dadurch. Es fielen ihnen 6 Gänse und die Hühner in die Hände, die sie an Ort und Stelle abschlachteten. Die Diebe sind mit ihrer Beute wahrscheinlich nach Wolfen entkommen, denn ihre Spuren konnten bis zur Wegkreuzung Neuden-Greppin-Wolfen-Talheim verfolgt werden. Vor einigen Jahren schon ist St. von Dieben schwer heimgesucht worden.

Folgen eines Experimentes.

† **Sonneberg.** Der 15jährige Gymnasiast Jagemann betrieb hier in der elterlichen Wohnung Chemie-Experimente mit dem Erfolg, daß eine plötzliche Explosion nicht nur die Fensterscheiben zertrümmerte und die Wohnung beschädigte, sondern dem Jungen auch schwere Brandwunden im Gesicht und an den Händen beibrachte. Es ist mit dem Verlust der Sehkraft auf einem Auge zu rechnen.

Eigenartiger Einsturz.

† **Erfurt.** Auf der Chaussee Erfurt—Nordhausen, und zwar zwischen Kühnhausen und Erxleben an der Gera, in der Nähe des Eisenbahnüberganges, brach am Freitag vormittag ein Teil der Straße plötzlich in sich zusammen. Es zeigte sich eine gewölbeartige Vertiefung. Wie der Volksmund sagt, befand sich in dortiger Gegend vor alten Zeiten ein See. Ein Glück, daß der Chaussee-Einsturz nicht zur Nachtzeit entstand, da auf der von Autos und Geschirren aller Art stark belebten Verkehrsstraße unberechenbare Unglücksfälle hätten vorkommen können. Die gefährdete Stelle wurde abgesteckt, so daß sie umfahren werden mußte. Dann ging es flott ans Werk, die Höhlung auszufüllen.

Falschgeld.

† **Koburg.** In der letzten Zeit befinden sich wieder falsche 5-Rentenmarkscheine im Verkehr, die aus lappigem Papier hergestellt sind. Sie tragen schwache Wasserzeichen mit kaum zu erkennenden Spuren einer versuchten Nachahmung. Die Fasern sind durch veneinzelte, kaum wahrnehmbare Striche angedeutet. An Stelle des Stoffauflauses ist der rechte Teil der Vorderseite mit einer schmutzig-gelblichen Farbe überlückt worden. Die Vorderseite trägt ein dem echten Schein ähnliches, aber genau nachgebildetes Untergrundmuster. Die große Lochl „B" in der Mitte des Scheines tritt nicht scharf genug hervor. Die Beschriftung wirkt unklar, besonders in den kleineren Schriftgraden. Das letzte Wort der 4. Textzeile heißt statt „gewährt", „gewährt". In der Ausfertigungszeile fehlt hinter Berlin das Komma. Das ganze Bild der Vorderseite macht einen unsauberen und verschwommenen Eindruck. Auf der Rückseite, die im ganzen gleichfalls verschwommen wirkt, läßt besonders die Mittelquillade die bei den echten Scheinen scharf umrissene Linienführung vermissen. Da erneut solche Scheine im Umlauf sind, wird darauf hingewiesen, daß für Ermittlung der Hersteller eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt ist. In jedem Falle erfolgt Beschlagnahme und Einziehung der Falschnoten.

Ein schweres Autounglück.

† **Weimar.** Am Montag abend gegen 5 Uhr ereignete sich auf der Gelmerodaer Straße ein schwerer Autounfall. Ein Lastwagen der Firma Karstens aus Blankenhain fuhr mit voller Beleuchtung — unabgeblendet — in eine Gruppe aus Nohra kommender und nach Oberweimar-Ehringsdorf laufender Arbeiter hinein. Vier Arbeiter wurden schwer verletzt und sofort ins Sophienhaus und von da ins Städtische Krankenhaus überführt. Nach den inzwischen angestellten Ermittlungen ist das Lastauto auf der verkehrten Straßenseite resp. zu weit nach links gefahren. Die Überfahrenen sollen zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt sein.

Rundfunk

Leipzig. Welle 452.

Freitag, 20. November.

(Allgemeine Tageseinteilung.)

4—4.45 Uhr nachmittags: **Nachmittags-Konzert** des Leipziger Rundfunkorchesters.
6.30—7 Uhr abends: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkte.
7—10 Uhr abends: Übertragung aus Dresden.
10—11.30 Uhr abends: **Volkstümliches Konzert:**
1. Mozart: Ouvertüre „Titus".
2. Zorzig: „Sonatine".
3. Rossini: Balletmusik aus „Wilhelm Tell".
4. Herold: Ouvertüre aus „Zampa".
5. Offenbach: Chor und Intermezzo aus „Hoffmanns Erzählungen".
6. Sullivan: Melodien aus „Mikado".
7. Lehar: „Fürstenkind", Walzer aus gleichnamiger Operette.

Feuersbrunst

Eine geschichtliche Erzählung aus Merseburgs alten Tagen

Anno 1479

Von

Siegfried Berger

Erstdruck des Merseburger Korrespondenten
Alle Rechte vorbehalten — Nachdruck verboten
Copyright by Th. Böttner, Merseburg.

18. Fortsetzung.

„Laß Deine Dukaten stecken, Manasse!" fuhr ihn Hoburgk an. „Den Brief bekommst Du, damit die Wachen Dich durchlassen. Es ist nicht alles zu kaufen, Manasse, auch die Schuldlosigkeit nicht. — Es ist eine Versuchung", so klopfte es in seinem Herzen. Das Volk schrie auf den Gassen: die Juden sind schuld, die Juden haben das Feuer gelegt — und ihre Häuser sind nicht verbrannt. Man solle sie schinden und brennen, die Hostienschänder. Es galt nur ein Säumen und Zaudern — er brauchte nur den Alten hier ein paar Stunden hinzuhalten, und das Volk hielt sein Gericht. Niemand mehr würde den Schuldigen suchen.

Er hörte den Alten murmeln, in seiner fremden Sprache beten.

Mit fester Hand schrieb der Bürgermeister den Zettel fertig, sah dem Alten ins Auge. „Hier ist der Brief, Manasse. Ein Stadtknecht geht Dir voran. Eile! Sie schreien schon in den Gassen. Und wenn Dich die Kümmerlinge nicht gleich einlassen, da oben spare Deine Dukaten nicht!"

Manasse murmelte Dank, raffte den Zettel an sich und eilte hinaus, so rasch seine alten Beine ihn trugen.

Martin Hoburgk barg das Gesicht in den Händen, als er allein war. Wohin er blickte und griff, Feuer und glühende Asche, nichts als Feuer und Wehe. Was er ergriff, was ihm nahte, schien ihm wie Zunder und brannte in seinen wunden Händen. Niemand war, dem er sein furchtbares Wissen anvertrauen konnte. Dem Buchdrucker nicht, der würde hingehen, den Sohn in Fesseln schlagen und dem Bischof zuführen. Der Katharina nicht — einem Weibe konnte man solche Bürde nicht aufladen. Und einem Beichtiger? Der würde ihm die Tat eines Priesters nicht glauben.

War es denn wirklich sein Sohn gewesen, der den Brand in seine Stadt geworfen hatte? War es nicht vielleicht nur falscher Verdacht, Haß und Mißtrauen, geheimer Wunsch, den Sohn von sich zu stoßen? Aber das würde ihm ja doch nie gelingen. Seit er ihn schuldig sah, liebte er ihn doppelt. — Er sah ihn wieder triumphierend aufgereckt auf der Kanzel, die blassen Hände hochgerissen, und mit Stolz und Raserei von dem gerechten Gottesgericht dieses Feuers reden. Er sah wieder diesen flackernden Blick, diesen Triumph, eine Tat für Gott getan zu haben, Gottes Werkzeug zu sein, seine Brandfackel. Er war schuldig.

Die wuchtigen Sätze des Strafbuches fielen ihm ein, wie Brandstifter gestraft werden vom weltlichen Arm.

Gewaltsam riß er sich hoch. Was für Tage! Tausend Sorgen für andere, die eigene Habe verloren. Die Hilfe für die Ärmsten, die Verteilung der Gaben, die täglich mit Wagen aus der Nachbarschaft herkamen, die Abwehr des Raubgesindels, die Brandwachen, die Beschwerden, die Unzufriedenheit — wie ein Nachtwandler hatte er getan, was seines Amtes war, aber jede Sekunde hatte er den fressenden Brand in seinem Herzen gespürt . . . den Schuldigen zu wissen und ihn weiter wüten zu lassen, einen Wahnsinnigen gegen alle Vernunft zu dem armen Volk reden zu lassen und keinen Einhalt zu tun. Vielleicht hatte sein Sohn auch diesen Hafrruf geweckt gegen die Juden als die Verbannten und Verfolgten des Herrn. Vielleicht würde er noch Schlimmeres anstiften, und er selbst fand nicht die Kraft, ihn von der Kanzel zu reißen, weil es sein Sohn war.

Er nannte sich einen rechtschaffenen Lateiner in guten Stunden — ein Lateiner mochte er schon sein, aber kein Römer. Er fand nicht die Kraft zum Gericht, nicht den Mut, das Glied vom eigenen Körper abzuschlagen. Vielleicht war gar der Sohn viel mehr Römer als er — der Priester, der sich vermaß, eine Stadt mit Tausenden zu strafen im Namen des göttlichen Gesetzes. — Es war nichts mit lateinischem Trost, weil jetzt alles, was er tat, Lüge wurde. Er ließ die Schuldigen suchen, ließ täglich dem Bischof sagen, er wisse ihn noch nicht, er suche ihn weiter.

Ungestümer Lärm im Treppenhaus riß ihn hoch, er schob seine Kleidung zurecht, nahm die Kette und richtete sich hoch auf — was mochte jetzt wieder für Hiobspost kommen? Ein Schrecken kam ihn an — hatten sie ihn entdeckt? Hatte der Tollkopf sich verraten, brachten sie ihn in Fesseln? Er mußte es wünschen und vermochte es doch nicht.

Die Zunftmeister waren es, die sich ins Zimmer drängten und es mit lautem Geschrei erfüllten: „Sie müssen aus der Stadt! — Noch heute! — Sie sind schuld an allem! — Sie haben die Strafe über uns gebracht! Die Juden!"

Martin Hoburgk hatte sich wieder in der Gewalt. So wußten sie noch nichts! Der Sohn hatte sich nicht verraten, noch nicht. Er fragte kalt: „Wen meint Ihr?"

„Die Juden, und dann auch die Schwarzkünstler, die falschen Drucker, die hinter verschlossenen Türen und verhängten Fenstern ihr böses Werk treiben. Fort mit ihnen!"

„Einer spricht!" rief Martin Hoburgk unwillig.

Da trat ein Zunftmeister vor und sagte breit und trotzig: „Wenn der Herr Bürgermeister auch dieses Schwarzkünstlers genauer Freund ist, und wenn der Herr Bürgermeister auch dem Juden Manasse eben einen Brief mitgab an den Bischof, unsern Herrn, daß er ihn schützen soll, so müssen sie doch hinaus!"

„Das wird der Bischof befehlen, unsere Obrigkeit! Er hat das Gericht!"

Aber die Zünftler gaben nicht Ruhe.

„Satt sind wir's", sagte der Sprecher unbeirrt. „Seit vielen Jahren sitzen die falschen Brüder von der schwarzen Kunst heimlich in verriegelten Häusern und treiben ihr dunkles Handwerk. Ist das eine ehrliche Hantierung, die nicht vor aller Welt sich sehen läßt? Jetzt im siebenten Jahre, wo sie hier sitzen, haben wir die Strafe für das Satanszeug. — Und mit den Juden sind sie verbündet, die schachern mit den Büchern. Wer weiß auch, wie es um das fremde Welb steht, das nicht von hier ist, das er sich von weit hergeholt hat. Was will das Volk hier? Wir brauchen sie nicht, brauchen keine Bücher und Breviere, die sind für den Priester. Hinaus müssen sie noch vor Nacht, oder der rote Hahn fliegt in ihre Häuser. Sie haben ihn ja auch in unsere fliegen lassen, die verfluchten Brandstifter!"

„Da komme ich ja zur rechten Stunde!" rief eine volle Stimme. — Markus Brandis drängte sich stürmisch vor bis zum Ratstisch und schrie in die Menge hinein:

„Ich fordere den Schwätzer vor des Bischofs Gericht! Ich fordere ihn:

Weil er mit Tod und Brand gedroht hat.
Weil er redet wider des Bischofs Rechte.
Weil er mein ehrsames Weib verleumdet."

Martin Hoburgk aber schlug dröhnend auf den Ratstisch und rief laut und gebieterisch dazu:

„Es ist Klage erhoben vor des Rates Tisch! Der trete vor, der die Widerklage stellt, sie mit Gut und Hals vertritt vor des Bischofs Gericht, wider den Meister Brandis, der seine Kunst in unserer Stadt treibt auf des Bischofs Befehl und mit des Bischofs Brief!

Trete vor der Sprecher und Kläger von vorhin, aber er rede mit ziemlichen Worten. Ich will die Klage aufnehmen und vor ediblichen Zeugen versiegeln!"

Er hob die Feder und sah die Unzufriedenen prüfend an. Die drückten sich langsam zur Tür hinaus.

Als Brandis mit dem Bürgermeister allein war, stieß er hastig hervor: „Euer Sohn, der Priester, ist wie toll, er redet wie von Sinnen, hetzt und jagt die Leute auf, spricht von heiliger Hand, die die Flammen geworfen und von unheiligen Schwarzkünstlern und Hexen, spricht von der Qual der Hostie in den Händen der Juden, um derentwillen das Volk leiden müsse! Ich habe es gehört an diesem Vormittag. Sobald er wieder Kraft hat, steht er auf der Kanzel oder in der Kirchentür und predigt; wir müssen zum Bischof, er muß noch heute aus der Stadt, über dem Brand haben sie den Rombrief vergessen. Fort mit ihm, Martin Hoburgk, besser auf der Romstraße als im Turm! So läßt der Bischof seinen jüngsten Priester nicht länger reden. Geht auf die Kanzlei, Bürgermeister, sakt Euer Fleisch und Blut nicht ins Verderben rennen. Kommt!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0009

Industrie-Handel-Wirtschaft

Zollermäßigung für italienische Kleinkraftwagen.

In den Kreisen der deutschen Automobilindustriellen herrscht zurzeit erhebliche Beunruhigung über den kürzlich abgeschlossenen deutsch-italienischen Handelsvertrag, der eine Durchlöcherung der mit Wirkung ab 1. Oktober d. Js. eingeführten Automobilschutzzölle bedeutet. Bekanntlich sind hiernach die Zollsätze der Kraftfahrzeuge nach dem Reingewicht abgestuft, und zwar entfällt auf einen Motorwagen von 22 Doppelzentner oder darunter ein Zollsatz von 250 Reichsmark je Doppelzentner. Bei den Verhandlungen haben es nun die Italiener durchgesetzt, daß für zwei Gewichtsgruppen, nämlich für Motorwagen von 5—9 Doppelzentner Reingewicht und für solche von 9—11 Doppelzentner Reingewicht die Zollsätze auf 175 bzw. auf 180 Reichsmark ermäßigt werden. Diese Zollermäßigung dürfte sich also auf die Kleinkraftwagen bis zu etwa 6 PS. erstrecken; sie wird jedoch kaum vor Mitte Dezember in Wirksamkeit treten, da erst zu diesem Zeitpunkt mit der Ratifizierung des Handelsvertrages durch den Reichstag zu rechnen ist.

Wie wir aber sogleich sehen werden, muß dieses Handelsabkommen notgedrungen weitere Zollermäßigungen nach sich ziehen, so daß die Verstimmung unserer heimischen Kraftfahrzeugindustrie, die sich aus vitalen Interessen mit allen Mitteln für die Erhöhung der Zollsätze zum 1. Oktober eingesetzt hatte, wohl verständlich ist. Bekanntlich ist England und Amerika durch die mit diesen beiden Staaten abgeschlossenen Handelsverträge das Meistbegünstigungsrecht zugesichert, d. h. mit anderen Worten, ihnen müssen die gleichen Zollvergünstigungen eingeräumt werden, die Deutschland anderen Ländern, in diesem Falle also Italien, gewährt. Demnach muß zu gegebenem Termin ab auch für englische und amerikanische Kleinkraftwagen die ermäßigten Zollsätze in Anwendung zu bringen. Gegenüber Frankreich bleiben jedoch die durch Tarifnummer 915 der Zolltarifnovelle festgelegten Zollsätze bestehen, da mit diesem Lande noch kein Handelsvertrag geschlossen ist.

* *

Protest gegen die Aufwertungsregelung für die preußischen Sparkassen.

Der „Sparerbund" verbreitet Schreiben an die Landtagsfraktionen, in denen es heißt: „Das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 hat bezüglich der Aufwertung von Sparkassenguthaben u. a. bestimmt, daß die obersten Landesbehörden einen einheitlichen Aufwertungssatz für sämtliche Sparkassen ihres Landes usw. festsetzen können. Der Einheitssatz ist in diesem Falle unter Zugrundelegung des Gesamtbetrages der aufgewerteten Sparkassenvermögen schätzungsweise festzusetzen (§ 58, Ziffer 7 des Aufwertungsgesetzes). Daraufhin hat der preußische Minister des Innern bereits unter dem 24. Oktober d. Js. eine Verordnung erlassen, in der die Aufwertung der Sparkassenguthaben in Preußen allgemein auf 12½ Prozent festgesetzt wird, d. h. nur auf ein Mehr an Aufwertungsgesetz vorgesehenen Mindestsatz. Wir erheben gegen diese verfrühte Entscheidung des preußischen Ministeriums des Innern ganz entschieden Einspruch, denn es ist unmöglich, zurzeit schon irgendwelche auch nur annähernd zutreffende Schätzungen über das Vermögen der Sparkassen vorzunehmen, da dieses von den Auswirkungen des Aufwertungsgesetzes in weitestem Umfange abhängig ist. Von einer Auswirkung des Aufwertungsgesetzes kann jedoch nicht eher die Rede sein, ehe sich nicht eine gewisse Praxis der Rechtsprechung bezüglich der Aufwertung von Hypotheken, insbesondere der rückwirkend aufzuwertenden Hypotheken, herausbildet, und ehe nicht die Aufwertung der Kommunalanleihen, die bekanntlich nach § 43, Absatz 2 des Aufwertungsgesetzes nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Kommunalverbände zu erfolgen hat, zum Abschluß gelangt. Besonders charakteristisch für die übereilte Schätzung der Sparkassenvermögen und für die ebenso übereilte Festsetzung eines hierauf gegründeten Einheitssatzes für die Aufwertung der Sparkassenguthaben ist der Umstand, daß die Ausschlußfrist für die Anträge der für die Wahrnehmung der Gläubigerrechte bei der Aufwertung der Kommunalanleihen eingesetzten Treuhänder überhaupt erst am 15. November d. Js. abläuft."

* *

Saatenstand im Reiche Anfang November.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt die Ziffern über den Stand der Saaten zu Beginn des Monats. Die nachfolgende Tabelle, in der die Ziffer 2 gut und die Ziffer 3 mittel bedeutet, gibt darüber Aufschluß, daß der Saatenstand verhältnismäßig recht befriedigend, zum Teil besser ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

	Winter-weizen	Winter-spelz	Winter-roggen	Winter-gerste
November 1925	2,6	2,4	2,7	2,5
November 1924	2,7	2,7	2,6	2,5
November 1913	2,5	2,3	2,5	—

Das Reichsamt gibt zu den obigen Ziffern noch die folgenden Erläuterungen: Abgesehen von einigen naßkalten Tagen zu Mitte Oktober war die Witterung im vergangenen Monat für die Feldarbeiten durchweg günstig. — Die Kartoffelernte ist größtenteils beendet. Die Rübenernte befindet sich teilweise noch im Gange. Der Ausfall der Hackfruchternte entspricht nach der Vorschätzung zu Anfang Oktober fast allgemein den Erwartungen. Die Ergebnisse sind der Menge nach an Kartoffeln befriedigend, an Rüben gut. Die Bestellung der Wintersaaten ist zum größten Teil abgeschlossen. Die einzelnen Gegenden konnte die Aussaat, besonders an Weizen, wegen zu großer Bodenfeuchtigkeit und wegen zu später Abernteung der Felder noch nicht beendet werden. Vor allem ist man noch überall im Rückstande, wo die Wintersaaten als Fruchtfolge nach Kartoffeln und Rüben vorgesehen sind. Über den Stand der Wintersaaten ist noch keine vollständige Beurteilung möglich, da die Saaten zum Teil noch nicht aufgelaufen sind. Soweit die Saaten bereits aufgegangen sind, zeigen sich die frühbestellten Felder als gut eingegrünt und dicht bezogen; die späteren Saaten haben zurzeit noch ein schwaches Aussehen.

Steigende Konkursziffern.

Die erste Novemberhälfte brachte ein weiteres erhebliches Steigen der Insolvenzziffern. Vom 1. bis 15. November wurden 109 neue Konkurse eröffnet und 408 Geschäftsaufsichten angeordnet. Die Zahlen für die erste Oktober- und September-Hälfte betrugen 565 bezw. 255 und 425 bezw. 217. Auch im Berichtsmonat ist wieder die Textilbranche mit 145 Konkursen und 120 Geschäftsaufsichten an stärkster beteiligt; an zweiter Stelle rangiert die Lebensmittelbranche mit 106 bezw. 47, dann folgt die Eisenbranche einschließlich Maschinen und Automobilen mit 80 Konkursen und 60 Geschäftsaufsichten. Bemerkenswert ist die starke Steigerung der Geschäftsaufsichten, die sich gegenüber September fast verdoppelt hat.

*

20 % Dividende.

Die in Dresden abgehaltene Generalversammlung der Reichelbräu A.-G. in Kulmbach beschloß die Verteilung einer Dividende von 20 %. Auch im neuen Jahre ist der Absatz weiter gestiegen und die Geschäftslage günstig geblieben. Den größten Teil der benötigten Rohmaterialien konnte die Gesellschaft günstig hereinnehmen.

*

Konventionskündigung in der Textilindustrie.

Der Reichsverband für Damen- und Mädchenbekleidung hat die Konventionsabkommen mit dem Verband Deutscher Damen- und Mädchenmantelfabrikanten und mit dem Verband der Fabrikanten von Blusen, Kostümen und verwandten Artikeln per 1. Dezember d. Js. gekündigt.

*

Der Kampf der Waggon-Industrie um den Auslandsmarkt.

Das Ausbleiben der Waggon-Bestellungen von seiten der deutschen Reichsbahnen hat die deutsche Waggon-Industrie in eine außerordentlich kritische Lage versetzt und sie veranlaßt, mit aller Macht zu versuchen, Auslandsaufträge herein zu bekommen. Bei der starken Konkurrenz sowohl unter den inländischen Firmen, als auch der zwischen den deutschen und ausländischen Unternehmungen ist es bei Bewerbungen um Waggonlieferungsausschreibungen zu äußerst hart diffurrierenden Preisdifferenzen gekommen. So setzte sich bei einer Ausschreibung der bulgarischen Staatsbahn in der Preisbildung der einzelnen offerierenden Firmen die außerordentliche Preisspannung von 32 689 Leva pro Waggon als Mindestangebot und 78 352 Leva als Höchstangebot. Beide Offerten wurden von deutschen Firmen abgegeben, während belgische, ungarische, bulgarische, tschechische und französische Offerten zwischen 15 und 16 000 Leva lagen. Nach dem französischen Fachblatt „L'usine" wurde übrigens der Auftrag im Ausmaß von 40 Waggons dem deutschen Mindestangebot zugesprochen.

*

Erwerbs-Gesellschaften.

Cröllwitzer Aktien-Papierfabrik in Halle. Die ordentliche Generalversammlung genehmigte den dividendenlosen Abschluß und erteilte dem alten Aufsichtsrat Entlastung, mit Ausnahme des Herrn Flörsheim, des maßgebenden Vertreters der Hamburg-Süddeutschen Gruppe, und des Herrn Reich. Der jetzt amtierende Aufsichtsrat erhielt dagegen vollständige Entlastung für den Teil des Geschäftsjahres, für den er verantwortlich ist. Der neue Aufsichtsratsvorsitzende, Dr. Frhr. v. Palm, bemerkte zu dem vorliegenden Geschäftsbericht, daß der neue Aufsichtsrat eine starke Verschuldung vorgefunden habe, infolgedessen die Verteilung einer Dividende nicht möglich gewesen sei. Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung wurden darauf einstimmig genehmigt, ebenfalls Satzungsänderungen betreffend Stückelung der Aktien. Über die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr wurde mitgeteilt, daß in den letzten Monaten die Nachfrage nach den Cröllwitzer Erzeugnissen so gewesen sei, daß die Gesellschaft bisher bei voller Beschäftigung bis Mitte des nächsten Monats mit ihren Produkten voll ausverkauft sei. Es bestehe Hoffnung auf eine weitere ausreichende Beschäftigung.

Neue Feierschichten beim Bochumer Verein. Der Bochumer Verein hat auf seinen Feinstrahsenhammerwerken und auf der Dreherei wegen Arbeitsmangel neue Feierschichten einlegen müssen, von denen mehrere hundert Arbeitnehmer betroffen worden sind.

Die AEG in Indien. Wie der Siemens-Konzern, hat nunmehr auch die AEG eine Niederlassung in Bombay unter dem Namen „Hawero Trading Co." eröffnet. Die Bergmann-Elektrizitäts-Werke beabsichtigen ebenfalls, eine indische Vertretung zu gründen.

Continental-Caoutchouc- und Guttapercha-Compagnie in Hannover. In der Aufsichtsratssitzung wurde der Geschäftsabschluß per 30. Juni 1925 für die erste Hälfte des Geschäftsjahres vorgelegt. Bei bedeutend geteigenen Umsätzen ist ein recht befriedigendes Gesamtergebnis erzielt worden. Die verschärfte Krise in der Wirtschaft hat auch die deutsche Automobilindustrie stark in Mitleidenschaft gezogen. Das veranlaßte die Direktion zu entsprechenden Maßnahmen. Die in Verbindung damit notwendigen Arbeiter- und Angestelltenentlassungen belasten sich aber nur auf einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz der Belegschaft, die sich heute noch auf rund 12 500 Arbeiter und Angestellte erstreckt. Wenn auch die Gesellschaft naturgemäß unter den schwierigen Zahlungseingängen leidet, ist sie doch bisher von nennenswerten Verlusten verschont geblieben.

Keine Dividende bei der Waggon- und Maschinenfabrik vorm. Busch in Bautzen. Für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr kommt infolge der ausgeschriebenen Waggonbaueinstellung eine Dividende in Frage. Die Gesellschaft ist zurzeit noch verhältnismäßig leidlich beschäftigt, da sie Aufträge für die Privatindustrie und auch für das Ausland in Personenwagen, Straßenbahn- und Hoch- und Untergrundbahnwagen laufen hat.

Kleine Wirtschaftsmeldungen.

Amerikas Baumwollexport nach Deutschland. Der amerikanische Baumwollexport nach Deutschland betrug im August, September und Oktober insgesamt 710 000 Ballen gegen 407 000 Ballen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Deutschland war der größte Importeur. Im Oktober stellte sich die Ausfuhr nach Deutschland auf 351 000 Ballen.

Die Pappenkonventionen ermäßigten die Preise für weiße und graue Maschinenpappe um 50 Pf., für Maschinenlederpappe mit Einlage um 30 Pf. je 100 Kilogramm und für Handpappe um 1 % mit Wirkung vom 1. November.

Stille auf dem Grundstücksmarkt. Auf dem Grundstücksmarkt herrscht andauernd große Stille. Die Umsätze in Rentenhäusern in bevorzugter westlicher Lage Berlins erbrachten vierfache Friedensmiete, in weniger guten Straßen 3½- bis dreifache Friedensmiete. Luxusvillen sind stark angeboten. Geschäftshäuser je nach Lage 30 bis 50 % des Friedenswertes. Die Wertzuwachssteuer und Grundvermögensteuer ist im Erträgnis um etwa 9 Millionen gegen den Voranschlag (bas sind 25 %) zurückgeblieben.

Folgen des deutsch-spanischen Wirtschaftskrieges. Der deutsch-spanische Zollkrieg schädigt u. a. schwer die Sonneberger Spielwarenindustrie, man glaubt mit einem vollständigen Stillstand des Exports nach Spanien rechnen zu müssen und fürchtet, in der Zwischenzeit durch die Konkurrenz anderer Länder vom spanischen Markt endgültig verdrängt zu werden.

Devisen, Börsen, Märkte.

Devisenkurse vom 19. November.

London 1 Pfund 20.924 Geld; 20.874 Brief. Newyork 1 Dollar 4.195 Geld; Amsterdam-Rotterdam 100 Gulden 168,78 Geld; Brüssel-Antwerpen 100 Franken 19.01 Geld; Oslo 100 Kronen 85,59 Geld; 85,81 Brief. Italien 100 Lire 16,72 Geld; Jugoslawien 100 Dinar 7,435 Geld; Kopenhagen 100 Kronen 104,54 Geld; Paris 100 Franken 16,57 Geld; Prag 100 Kronen 12,427 Geld; Schweiz 100 Franken 80,87 Geld; Stockholm-Gothenburg 100 Kronen 112,26 Geld; Wien 100 Schilling 59,10 Geld.

Berliner Börsenbericht vom 19. November.

Die Berliner Börse zeigte auch heute bei schwacher Haltung ein lustloses Bild. Vor allem hatten die Einheitskurse der Industriewerte eine ausgesprochen schwache Veranlagung bei weiter nicht unerheblichen Kursrückgängen. Besonders verstimmend wirkte auf die Börse die von den mittleren Bankfirmen Lodand und Stiebel & Co. nach erfolgtem Stützungsbeschlusse nunmehr beantragte Geschäftsaufsicht. Das an den Markt gekommene Material war aber nicht groß. Doch genügte es bei der allgemein mangelnden Aufnahmelust, um den Kursstand auf fast allen Gebieten durchschnittlich um 1—2 und darüber herabzudrücken. Bei kleinen Umsätzen machte die rückläufige Bewegung im weiteren Verlaufe Fortschritte. Für einige, wie Berliner Maschinen und Berlin-Karlsruher Industriewerke traten Abschwächungen von 5 bis 8 % ein. Besser gehalten und zum Teil höher lagen Kaliaktien. Schlesische Zink und Bergbau stiegen sogar um 11 %. Als widerstandsfähig erwiesen sich Schiffahrtswerte. Renten schlossen sich der Abschwächung allgemein an. Vorkriegsfandbriefe verloren 20—30 Pf. Goldpfandbriefe waren gut gehalten. Der Geldmarkt lag bei unveränderten Sätzen flüssig.

Hallische Börse vom 19. November 1925.

(Mitgeteilt von der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Filiale Merseburg.)

Bank- u. Bcrs.-Akt.		**Industrie-Aktien**		Gottfried Lindner .	32.75
Hallesch. Bankverein	76.—	Annend. Papierf. .	100.—	Schromlauer Kattn.	24.75
Hall. Cfftl. u. Wchsl.	6.20	Cröllm. Papierf.	—	Stadtmühle Gelsenkirchen	46.—
Landesbk. Kassen .	70.—	Chemnitz. Zellst. .	70.—	G. Scher. Spedition	—
Landesbk. Bank .	75.—	Eisenb. Kalt.-Manuf.	80.—	Wegelin & Hübner	53.75
Nordbur. Bankverein	73.—	Eisenwerk Wittenberg	30.—	Fischer Maschinen	—
Bunte Bremer A. M.		Fabr. landw. Masch.	—	Zuckerraffinerie Halle	—
M. 1000 zu 35% einges.		F. Timmerm. & Co.	—.—		
Mitteldeutsche Bank		Hallesche Zucker .	—.—	**Im Freiverkehr genannte Kurse.**	
Bergw.-Akt. u. Kuxe.		Hall. Maschinenfb.	7.—	Zipf (Tirol-Zuckerf.)	—.—
Hall. Brünnerfch. W.	44.25	Hall. Röhrenwerke .	85.—	Bankverein Kothen	—.—
Hall. Brauerei A.-G.	83.—	Hall. Schnellpressen	31.—	Bernburg Saalmühl.	—.85
H. Stinnes-Riebeck-Mont. Werks u. Ol-		Metall. Halle .	17.—	Caesar & Loretz .	—.—
werke A.-G.	66.	Gebr. Jänicke .	54.—	Hanf-Import .	62.50
Wersicher. Bleiberf.	—.—	Kaiserhof-Schnlebeck.	5.50	Kalin. Kriegsanhalt.	—.—
Deutsch. A.-G.		Mitteln. Kalt .	—.—	Mansfeld. Bergbau .	—.—
Druck.-Akt. Bergbau-Verein Kurse	—.—	Rhrbäckerei Kuchers.	—.—	Portland-Cement.	57.25
		Ausfuhrbierhütte	—.—	Crölln. Papf.-u. Akt.	—.—

Berliner Produktenbericht vom 19. November.

Auf die vorgestrige starke amerikanische Hausse folgte gestern eine Abschwächung, die aber nicht alle Gewinne fortnahm, indeß der hiesige Markt im allgemeinen fester tendierte. Im Lieferungsgeschäft wurden beide Getreidesorten erheblich höher bezahlt. In effektiver Ware ist Weizen nur wenig angeboten. Für den Export und auch für die nur schwach versorgten Berliner Mühlen wurde lebhaft gekauft. Roggen ist ebenfalls fester gehalten. Von überse wurde erheblich mehr gefordert. Die Offerten führten aber nicht zu Abschlüssen, während zweifellos einige Geschäfte zustande kamen. Für Mehl wurde mehr gefordert, doch zeigten sich die Käufer wenig entgegenkommend. Roggenmehl hatte besseren Absatz. Hafer ist weiter für den Export gefragt. Die Tendenz war im allgemeinen fester. Gerste hat in guten Braualitäten guten Absatz. Die Preise sind gut behauptet.

Berliner Produktenmarkt vom 19. November.

Weizen, märkischer 231—233; Roggen, märkischer 145—148; Gerste 134—268; Winter- und Futtergerste 148—160; Hafer, märkischer 168 bis 178; Weizenmehl 28,50—32,50; Roggenmehl 21,25—23,50; Weizenkleie 11,2—11,3; Roggenkleie 9,2—9,4; Viktoriaerbsen 28—31,50; kleine Speiseerbsen 22—24; Futtererbsen 18—20; Peluschken 16—18; Ackerbohnen 19—22; Wicken 20—25; blaue Lupinen 11,50—12,50; Rapskuchen 14,4—14,8; Leinkuchen 21,50—21,70; Trockenschnitzel 7,6—7,7; Torfmelasse 9—9,2; Kartoffelflocken 13,8—14,1.

Kurszettel.

Börsen vom 17. November 1925. — Reichsbankdiskont 9 %.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privat-Bank

Berliner Börse

	Geld Sichl.	Heut. Kurs	Bor. Kurs
Deutsche Anleihen.			
Dt. Goldanl. ti. Stücke o. St. Abl. 1—5	100.—	100.—	
dto. ab. Stck. o. 85 Abl. 10—1000	90,25	90,25	
Dt. Doll.-Schatzanweis.	97.39	97.38	
8—15 % Dt. Reichsch. k. 23 (für 1 Million)	0 131	.134	
5 % Dt. Reichsanleihe (Kriegsanleihe)	1,2025	1,2075	
4 % dto.	0,225	0,247	
4½ % Preuß. Consols	0.215	0.237	
3½ % dto.	0,12	0,13	
Sparprämienanleihe	0,250	0,217	
4 % Preuß. Consols	0,2175	0,232	
3½ % dto.	0,2075	0,22	
4 % Sächs. Cons.-Anl.	0.50	0.55	
4. 3½ 3 % Landesbkl. Central-Pfandbr.	—	—.—	
4. 3½ 3 % Sächs. landschaftl. Pfandbr.	7.25	7.25	
4½ % Bad. Anilin-Obl. v. 19	4.75	4.75	
4½ % Donnersm.-Obl. v. 19	—.—	—.—	
4½ % Dscherb. & Wldm. Obl. v. 20	—.—	—.—	
5% Eisenb.-Gt.-Obl. v. 22	0.305	0.305	
4½ % Höchster Farben Obl. v. 19	4.45	4.40	
4½% Ilse Bergb.-O. v. 19	2.59	2.59	
4½ % Schultb. Pfdb. Obl. v. 20	—.—	—.—	
6 % Dt. Kupfermünzl.	8.80	9.—	
5 % Elektr. Ges. Mitteld.	7.45	7.35	
5 % Neckar-Geldanl.	56.—	56.05	
10 % Pr. Schatz. ab.			
Gold-Pfandbr.	78.75	78.75	
5 % Pr. Sächs. ld.			
Roggen-Pfandbr.	4.32	4.35	
5 % Sächs. Gold.-Anl.	72.—	72.—	
6 % Zuckerkredit Gold	69.35	69.20	
Schiffahrts-Aktien.			
Hamburg-Amerika	800	68.80	70.—
Norddt. Dampf.	80	86.—	89.50
Nordbeutscher Lloyd	40	75.19	78.—
Verein. Elbeschiff.	40	26.—	26.50
Gas-Aktien.			
Berliner Handelsges.	100	132.50	133,25
Braunschweiger Bank	20	60.—	60.—
Commerz- u. Priv.-B.	60	95.50	98.50
Darmstädt. und Nat.	100	103,25	103,25
Deutsche Bank	60	103.50	103.5
Diskonto Comm. Anl.	40	101,25	101,50
Dresdner Bank	20	100.—	100.—
Halle Bankverein	20	76.50	77.—
Leipziger Cred.-Anst.	20	80.99	80.—
Reichsbank Ant.	100	132,25	133.—
Sächs. Bank		50.—	50.,5
Wiener Bankverein		5.—	5.—
Brauerei-Aktien.			
Engelhardt-Brauerei	300	111,39	111,39
Schultb. Bahnhofbr.	20	111.—	112,50
Riebeck-Brauerei	200	60.—	61.—
Industrie-Aktien.			
Aachener Spinnerei	20	0,10	0.125
Asta	100	114,50	115.—
A. C. G.	50	90.—	90,50
Annenborker Papier	50	102.—	103.—
Anhalt.-Bitterf. Masch.	20	53.50	55.—
Bahlsche Werke	120	115,50	117.—
Baroper Walzwerk		9.—	8,50
Baues Gewürzchemie		151.—	152.—
Bedburger Wolle	20	60.—	60.—
A. H. Bemberg	200	122.—	122.—
J. Berger Tiefbau	50	106,50	107.—
Bergmann Elektr.	200	68.75	70.25
Berliner Holzkomptr.	100	36,11	36,25
Bln. Masch. Schwartzk.	100	56,25	60.10
Beton und Monierbau	20	38 50	40.—
Bochumer Ver.	50	67.50	68.75
Braunkohle u. Brikett	500	82.—	84.—
Charlottenburg. Wasser	100	50.—	51,50
Chem. Heyden	41	40.—	40,50
Chem. Gelsenkirchen	1000	52.—	52,25
Contl. Kautschuk	40	91,39	93,25
Deimler Motoren	60	25.—	25,12
Deffauer Gas	80	63.—	63.75
Dt. Atl. Telegrafen	150	28.—	28.91
Dynamit A. Nobel	120	27.—	27.—
Eisenb. Gotthardbahn	60	85.—	87,13
Elberfelder Farben	200	114,25	116.—
Elektr. & Gasanlag	100	68,50	68,50
Felten & Guill.	50	46,25	46,25
Feinkorn Zucker	80	33 —	34.—
Fränkische Kraftw.	400	72.91	74,91
Gesthüner Zucker		0,61	0,60
G. f. el. Unternehm.	100	104,50	104,50
Glanz. Zucker	120	62.—	67.—
Görlitzer Waggon	20	18,50	18,75
Goldschm. Thermit	60	47.—	47,50
Harp. Bergwerk	200	98,25	100.50
Heyer Weimar	20	8.75	9.—
Hildebrand Mühlen	100	30,25	30,25
Hirsch Kupfer	150	73.—	—.—
Höchster Farben	200	114,50	115,91
Hofmann, Philipp	80	40,50	44,15
Ilse Bergbau	200	88.—	84,25
Kahla Porzellan	50	39.—	39,75
Kali Aschersleben	50	101,10	101,60
Kattowitz Bergbau		8,40	9.—
Kirchner & Co.	250	54.—	54.—
Koehlmann Stärke	60	60.25	60.50
Köln Rottweiler	140	85,13	86,25
Lohmener & Co.	150	76,25	77,25
Leonhard Braunkohle	200	57,50	57,25
Leopoldsgrube	140	42,75	47.—
Mansfeld	50	59,65	59,25
Metallbk. Buckau	20	68.—	67.—
Oberschles. Eisenb. Bed.	60	4.—	4.—
Oltwerke	150	97,50	98.—
Packer		4.10	4.10
Phönix Bergbau	300	63,65	63,10
Phönix Braunkohle	500	15,25	16,75
R. Poland	20	1,20	1,29
Rhein. Elektrizität	100	51,50	54.—
Rombach Hütte	100	15,25	16,75
Rossker Kupfer	200	48,—	52.—
Rütgerswerke	100	12.—	56.—
Sachsenwerk	20	47.—	46,50
Salzdetfurth Kali	160	124,75	124,25
Sarotti Schokolade	21	100.—	100.—
Schering Chem.	250	—.—	—.—
Schultz Jr.	60	69.—	69.—
Siegen-Solinger Guß	40	20.—	20,25
Siemens & Halske	700	70,50	80,75
Stinnes Riebeck Mont.	400	66,50	66.—
Südd. Kunstseide		11,—	10,25
Thüringer Gas	20	52,25	52.—
Trachenb. Zucker	20	40.—	40.—
Union chem. Prod.		8,50	8,00
Ver. Glanz. Glbe	300	281.—	283.—
Ver. Kohle Borna	20	35,13	35,10
Wanderermerke	100	75.—	76 —
Wegelin & Hübner	100	53.—	54.—
Werlsk. Hammerm	50	43.—	43.—
Werch. Weißenfelser		—.—	—.—
Brebe Mälzerei	500	—.—	—.—
Zeitzer Maschinen	100	90.—	90,50
Zwickauer Maschinen	20	—.—	36,50
Freiverkehr.			
Halle Kalt		35.—	—.—
Kali Arbberthall	80	75,75	80,50
Api			
Diamond Shares		23.25	22,65
Nationalfilm	20	—.—	—.—
Ufa	150	49,50	50,—.
Becker Stahl			
Brems Bremen		54	54
Bremer Wolle			
Hartmannsw.	60	55	55
Kurfürst. Braunkohlen		—	—
Schei	40	1,50-2	1,50-2
Steinauer Glas	200	65	63
Tucher Brauerei			
Bezugsrechte:			
Paradiesb. Steiner		—	—
Beninger Masch.-Fabr.		20,75	22.—
Bittler Werkzeug		105.—	106.—
Bauchmaren Walter		49.—	49.—
Reinstrom & Wis		—	—
Sarotti & Co.		76.—	78,50
Schubert & Salzer		87.—	83,—
Sondermann & Stier		—	—
Steinguf Colditz		80.—	81.—
Textilfo Clauss		8,75	9,50
Thüringer Gas		32,50	31,50
Tränkner & Würker		70,—	65.—
Ullersdorfer Werke		39.—	39 —
Waterneyer		19,25	20.—
Reiser chem. Fabriken		20,25	20.—
Altauer Mechan. Web.		18.—	56 50

Leipziger Börse

Industrie-Aktien.		
Altenburger Landkraft	45.—	45,50
Buch Waggon	30,50	31.—
Chrom Kunstleder	56,50	57,—
Cröllwitzer Papier	—.—	—.—
Deutsche Werke	30.—	31.—
Förster & Co.	18.—	18.—
Groß Kunstleder	30,50	31.—
Hartmann Maschinen	18.—	18.—
Halle Pfännerschaft	44.—	46,50
Halle Kacker	—	—
Portm. Masch. Masch.	28.—	28.—
Rupfeld, Eudm.	31.—	31.—
Rüther, Carl	15.—	15.—
Röthsch. Kacker	107.—	107.—
Priesick Mühle	29,50	30.—
Tankstation, Leipzig	48.—	47.—
Leipzig. Buch. Fritzsche	51.—	50.—
Lindner, Gottlb.	33,75	33.—
Naumann Brauerei	80.—	80.—
Nordd. Wollk. u. Kg.	99.—	99.—
Freiverkehr.		
Bauchwitz Scheerer	0,40	0,40
Bitter Maschin. Gemüse	—	—.—
Böhm, Max	0,04	0,04
Elmer, Hans	0,30	0,30
Herbig Rauchfuß	—	—
Kammgarn Silberkr.	0.—	0.—
Leipz. Plane	8,50	12.—
Nordbl. Gemüsch. 500	69.—	69 —
dto. 1000	138.—	138.—
Phoenix Elektr.	26.—	26.—
Reform Motoren	7.5	7 25
Richter, F. A., Steinhauskoten	21,—	21,20
Samsonia	—.—	—
Seibel & Naumann	—.—	—
Thür. Kacker Wallschleb.	—.—	—
Wolfhart Heinichen	0,37	0,37

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0010

Aus aller Welt.

Angerstein hingerichtet.

Am Dienstag morgen um 7 Uhr 30 Minuten wurde im Hofe des Gefängnisses von Freiendiez bei Limburg der Massenmörder Angerstein mit dem Fallbeil hingerichtet. Angerstein ging ruhig und gefaßt zur Richtstätte.

Explosionsunglück in der Technischen Hochschule.

Im Institut für organische Chemie der Technischen Hochschule in Hannover ereignete sich eine Explosion, durch die der Forschungsassistent Dr. Asbrand sehr schwer am ganzen Körper verletzt wurde. Dr. Asbrand, ein erfahrener Chemiker, bereitete eine Kältemischung aus Schwefelkohlenstoff mittels flüssiger Luft nach einer allgemein bewährten Laboratoriumsvorschrift. Über die Ursache der Explosion kann noch nichts gesagt werden.

Depotunterschlagungen eines Bankiers.

Am 12. November ist der Inhaber des Bankgeschäftes Scherer & Fackelmayer in Nürnberg, der Bankier Karl Scherer, nach Depotunterschlagungen von weit über 100 000 Mark und anderen strafbaren Handlungen geflüchtet. Der Vater und ein Bruder des Flüchtigen, die in dem Bankgeschäft tätig waren, wurden wegen Verdachts der Mittäterschaft festgenommen. Das Bankgeschäft wurde polizeilich geschlossen.

Auto-Unfall des Herrn Krupp von Bohlen.

Das Auto des Großindustriellen Krupp von Bohlen-Halbach ist zwischen Ahaus und Epe in Westfalen verunglückt. Der Wagen kam auf der halbgefrorenen Straße ins Schleudern, riß einen Baum um und stürzte die Böschung herab. Der Chauffeur verunglückte tödlich, Herr und Frau von Bohlen kamen unter das Auto zu liegen. Frau von Bohlen erlitt anscheinend einen Schlüsselbeinbruch und Rippenquetschungen; sie befindet sich zurzeit in einem Krankenhause. Die Verletzungen des Herrn Krupp von Bohlen-Halbach sind unerheblicher Art.

Zur Mordaffaire Rosen.

Breslau. Zur Mordaffaire Rosen erfährt die Tel.-Union von amtlicher Seite, daß die Verhaftung des Stockchen Eheparares deshalb so lange auf sich warten ließ, weil Stockchen, der Sohn des mitermordeten Schuhmachers Stock, der erste war, der die Kriminalpolizei in Kenntnis setzte. Für den Untersuchungsrichter gilt die Mordaffaire nunmehr insofern als geklärt, als es sich nur noch um die Ermittelung der Art der Beteiligung bei den einzelnen Personen handelt. Dem Untersuchungsrichter sind zahlreiche Zuschriften zugegangen, darunter auch solche aus Kreisen der Spiritisten. Interessant ist, daß auch der Pernburger Geisterbeschwörer Droste seine Hilfe angeboten hat. Einen eigenartigen Vorgang stellt die beabsichtigte Befreiung der noch in Haft befindlichen Frau Architekt Standke dar. Vor kurzem erschien vor dem Gefängnis ein Auto mit drei Herren, die sich der Gefängnisverwaltung als Kriminalbeamte vorstellten und angaben, vom Untersuchungsrichter beauftragt zu sein, Frau Standke dem Untersuchungsrichter vorzuführen. Wegen der Unglaubwürdigkeit der angeblichen Kriminalbeamten wurden sie zunächst verrückt. Die „Kriminalbeamten" merkten dies und suchten sofort wieder ihr Auto auf, um zu verschwinden. Die falschen Kriminalbeamten sind bis jetzt noch nicht ermittelt worden. Stock soll wiederholt verschiedenen Personen gegenüber die schlechte Behandlung durch seinen Sohn geklagt haben. Die Hausbame Neumann ist dem Vernehmen nach infolge der langen Untersuchungshaft sehr niedergedrückt. Sie macht einen ziemlich depriment. Eindruck. Übrigens soll der Architekt Standke, der bekanntlich wieder auf freiem Fuße ist, seiner Schwiegermutter, der Frau Neumann, anläßlich ihres Geburtstages einen Korb mit allerlei Leckerbissen geschickt haben. Großes Interesse beansprucht der Fall Rosen auch in Spiritistenkreisen. Vor kurzer Zeit soll eine spiritistische Sitzung abgehalten worden sein, wobei der Geist des ermordeten Professors Rosen erschien und sagte: „Frau Neumann ist nicht die Mörderin, aber sie ist schuld an der Verkürzung meines Lebens".

* **Berlin und seine Hunde.** Alt-Berlin hatte 1914 29 000 Hunde, heute hat es 90 000! Für Groß-Berlin gelten folgende Zahlen: 1921 182 000, 1925 205 000 Hunde. Von April 1926 ab soll die Hundesteuer (jetzt 30 Mark im Jahre) erhöht werden; damit dürfte die Zahl der Hunde wieder sinken!

* **Späte Kriegswirkungen.** Wie französische Blätter berichten, ist in der Nähe der Stadt Terville eine Familie nach dem Genuß eßbarer Pilze erkrankt. Die Ärzte stellten fest, daß es sich um Pilzvergiftung handelte, obwohl die Pilze an sich als Ursache der Erkrankung nicht in Frage kommen konnten. Die Pilze wurden dem Untersuchungsamt in Metz zugeführt, und dieses stellte fest, daß in den Pilzen tatsächlich Gifte vorhanden waren, und zwar glaubte es annehmen zu müssen, daß die giftigen Gase der Gasbomben noch im Boden vorhanden gewesen seien und die Pilze die Giftstoffe aus dem Boden entnommen hätten. Wenn dies auf Tatsachen beruht, kann man sich vorstellen, was ein etwaiger weiterer Krieg für Folgen für die Bevölkerung haben könnte.

Schachecke.

Die sechste Runde der Moskauer Schachturniers.

Als wichtiges Ergebnis der gestrigen sechsten Runde ist der Sieg Laskers über Rubinstein zu verzeichnen. Rubinstein hatte als Eröffnung das Damenbauernspiel gewählt und kam erst im Endspiel, das von Lasker ganz vortrefflich geführt wurde, in entscheidenden Nachteil; Laskers Sieg fällt um so schwerer ins Gewicht, als Capablanca, der gegen Rabinowitsch die schwarzen Steine führte, sich mit einem Remis begnügen mußte. Die Partie, unregelmäßig eröffnet, wurde in korrektem, trockenem Stile gespielt. Als Ausziehende gewannen Marshall gegen Löwenfisch und Werlinski gegen Sämisch. Im Nachzuge siegte Romanowski über Yates. Remis wurden die Partien Torre—Spielmann, Chotimirski—Tartakower und Genewski—Gotthilf. Unbesiegt blieb der Kampf zwischen Bogatirtschuk und Bogoljubow. Der letztere verteidigte sich spitzfindig und ist in der Abbruchstellung etwas im Vorteil. Es ist jedoch fraglich, ob dies zum Gewinn ausreicht. Auch die Partie Réti—Subarew wurde abgebrochen. — Spielfrei war Grünfeld. — Der Turnierstand nach der sechsten Runde ist: Bogoljubow 4½ (und eine Hängepartie), Marshall 4 (und eine Hängepartie), Rubinstein, Tartakower 4, Capablanca 3½, Bogartirtschuk, Rabinowitsch, Torre, Werlinski 3 (und je eine Hängepartie), Lasker, Romanowski 2½ (und je zwei Hängepartien), Genewski 2½ (und eine Hängepartie), Spielmann 2 (und zwei Hängepartien), Sämisch, Yates 1½, Chotimirski, Gotthilf, Löwenfisch, Réti 1 (und je eine Hängepartie), Grünfeld ½ (und drei Hängepartien), Subarew 0 (und zwei Hängepartien).

Laskers dritter Sieg.

Im internationalen Schachturnier zu Moskau wurde am 17. November keine neue Runde gespielt, sondern es kamen nur die in den früheren Runden unbeendet gebliebenen Partien zur Erledigung. Lasker gewann nach kurzem Kampf gegen Romanowski, desgleichen Torre gegen Marshall. Bogoljubow hatte zwar einen kleinen Vorteil gegen Bogatirtschuk, doch reichte dieser nicht zum Gewinn aus und die Partie endete mit Remis. Genewski gewann gegen Spielmann, Löwenfisch gegen Chotimirski, Subarew gegen Werlinski, Romanowski gegen Grünfeld. Remis machten Spielmann gegen Rabinowitsch, Grünfeld gegen Gotthilf, Réti gegen Subarew. Die Partie Grünfeld—Lasker wurde nochmals abgebrochen.

Nach der sechsten Runde stehen an der Spitze: Bogoljubow 5, Marshall, Rubinstein, Tartakower, Torre 4, Lasker 3½ (und eine Hängepartie), Bogatirtschuk, Capablanca, Genewski, Rabinowitsch und Romanowski 3½.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Feuilleton; Franz Gomm für Provinz, Lokales und Vermischtes; Dr. rer. pol. Hans Thormann für Volkswirtschaft und Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil. Sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Uhma, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Rückporto ist in jedem Falle beizulegen.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Union-Theater Ab Freitag **„Die zehn Gebote"** Heute Zum letzten Male! Dechant-Operette: **„Im Paradies der Liebe".**

Für die uns zur Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlich.
Otto Pohle u. Frau
Elle geb. Zeisig.
Meuschau, im Nov. 1925.

2 Zimmer
je 4,50×6 Meter (Neubau) in besserem Hause zu vermieten Angebote u. 3083 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junger Herr sucht sofort gute
Schlafstelle
Eilangebote u. 357 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Möbl. Zimmer
oder bessere Schlafstelle sofort zu mieten gesucht. Angebote u. W. B. 359 an die Geschäftsstelle d. Bl.

2—3 Zimmer
für sofort von jungem Ehepaar gesucht. Angeb. u. 358 an die Geschäftsst. d. Bl.

Ehepaar (kinderl., Staatsbeamt.) sucht beschlagnahmefreie
Wohnung
od. 1—2 leere Zimmer sof. od. sp. in Merseb. od. Umg. Ang. u. 361 a. d. Geschäftsst.

Junges kinderloses Ehepaar (Akademiker) sucht beschlagnahmefreie
Wohnung
oder 2 bis 3 leere Zimmer m. od. ohne Küchenbenutzung. Ang. u. 356 a. d. Geschäftsst.

Hübsches Einfamilienhaus
bebauter Hofraum u. Garten, 7 a 20 qm, 38 a 40 qm Feld, ist gegen sofortige Bezahlung zu verkaufen.
Fäwendorf Nr. 34.

3000 Mark 1. Hypothek
gesucht; 4 Zimm. u. Gartenbenutzung und gute Zinsen. Angebote unter Fr. Z. 360 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Strumpfwaren
Max Käther,
Schmale Straße 21.

Honig
Blüten-Schleuder- garant. rein, 10-Pfd.-Büchse franko 10,50 Mk., halbe 6.— Mk Nachnahme 50 Pfg. mehr. Garantiert Zurücknahme. Fischer, Lehrer em., Imkerei u. Honigversand, Oberneuland 46, Kr. Bremen.

2 radriger
Dienstmanns-Wagen
zu kaufen gesucht.
Halle a. S.,
Kleine Steinstraße 1, pt. r.

Grammophon
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 362 an die Exped. d. Bl.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß wurde heute mittag 12½ Uhr unsere herzensgute Schwester, Schwägerin und Tante

Fräulein

Hedwig Möricke

nach langem, schweren Leiden im 48. Lebensjahre in ein besseres Jenseits abgerufen.

Im Namen der übrigen Geschwister:

Ww. Luise Meye
nebst Söhnen.

Merseburg, den 17. November 1925.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag ½4 Uhr von der Kapelle des städtischen Friedhofes aus statt.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank.

Johanna Killian,
Marta Killian,
Karl Lehmann
und Angehörige.

Merseburg, den 19. November 1925.

Verein für naturgemäße Gesundheitspflege e. V.
Sonntag, d. 22. Nov., 4 Uhr im Herzog Christian
Jahreshauptversammlg.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Bericht d. Bibliothekars
4. Wahl der Revisoren.
5. Anträge, Besprechungen.
6. Wahl des Vorstandes

Anträge sind schriftlich bis 19. d. Mts. einzureichen.
Der Vorstand.

Zwangsversteigerung.
Am Sonnabend, den 21. d. Mts., mittags 11¼ Uhr, versteigere ich in Merseburg im Gasthof „Tivoli":
4 Sofas, 2 Sessel, 1 Bücherschrank, 1 Büfett, 3 Schreibtische, 2 Spiegel, zirka 70 Pak. Tabak, 2 Ladenregale, 3 Ladenschränke, 1 Eisschrank, 2 Schreibtischstühle, 1 Zieganbock, 3 Ladentische, zirka 4 Zentner Schmierseife, 1 Vertikos, 1 Ausziehtisch, 3 Schreibmaschinen, 1 kompl. Speisezimmer (Eiche), 1 Schrank m. Rollläden, 1 Ruhebett,
ferner im Anschluß hieran am Eingang zum Güterbahnhof (Naumburger Straße):
1 Drahtflechtmaschine, 1 Kaltsägemaschine, 4 eis. Pflüge, 1 Kartoffelsegenmaschine, 1 Motor (5 PS), 1 große Bohrmaschine u. a. G.
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.
Merseburg, den 19. November 1925.
Nettschlag, Obergerichtsvollzieher.

Tannengrün u. Blumensträuße zum Totenfest
empfiehlt am städt. Friedhof ab Donnerstag und auf dem Wochenmarkt
Frau Minna Pohle.

Oeffentl. Grundstücks-Verkäufe.
Morgen Freitag, vormittags 11 Uhr, im Gasthaus „Goldene Kugel" hier öffentlicher Grundstücks-Verkauf, Obere Breite Straße 13 und
Sonnabend, den 21. November 1925, nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Sächsischer Hof" hier öffentl. Grundstücks-Verkauf, Leipziger Straße 77. Siehe ausführliche Inserate vom 14. d. Mts.
A. Franke,
Merseburg, Telephon 635.

Freitag früh frisch eintreffend
Pa. Kabeljau
„ Schellfisch
„ Seelachs
Grüne Heringe.
Emil Wolff
Merseburg und Neumarkt.

Ingenieurschule
Technikum
Altenburg-Th.
STAATSKOMMISSAR
Maschinenbau-Automobilbau
Elektrotechnik
Prospekt durch Direktor Geh. Reg.-Rat Prof. Wuttig

Stadtverordneten-Versammlung.
Montag, den 23. November 1925
keine Sitzung.
Der Stadtverordneten-Vorsteher

Totenfest!
Künstliche Blumen zur Kranzbinderei
Rosen, Dahlien, Chrysanthemen, Vergißmeinnicht, Maiblumen, Nelken usw., ferner Cypressenzweig, Papier- u. Seidenband für Kranzschleifen (auch mit Druck)
hält in großer Auswahl vorrätig
Kurt Karius, Papierhandlung
Brühl 4. Nähe Ratskeller.

Zum Totenfest!
Kränze, Kreuze und Grabsträuße in großer Auswahl zu billigen Preisen halten vorrätig
Geschw. Hendel, Hirtenstraße
Dienstag u. Sonnabd. Stand a. d. Wochenmarkt

Puppen-Wagen
Selbstfahrer
Trittroller
Breaks
Kindertische
Stühlchen
Nachers Fabrikate
Große Auswahl! — — Mäßige Preise!
Bequeme Teilzahlungen!
Emil Pursche, Neumarkt 14.

Besonders preiswert sind:
Kinder-Schnürstiefel Rindbox, Nr. 18 . . 2.00
Kinder-Schnürstiefel Rindbox, Nr. 23/26 . 4.00
Kinder-Schnürstiefel Rindleder, 27/35 . . 4.00
Damen-, Schnür- und Spangenschuhe . . 5.75
Kindlederne Arbeitsschnürschuhe 7.00
sowie **echte bayrische Halb- und Langstiefel**
bei
Kurt Schmidt, Am Neumarkts-tor Nr. 2. —

Radio-Heiz-Batterien
und Akkumulatoren jeder Art
werden bei billigster Berechnung sofort und sachgemäss aufgeladen.
H. Ellger, Ingenieur
Merseburg, Wagnerstraße 11.

Für junge Handwerker werden technische
Zeichen- u. Rechenstunden
abgehalten. Anmeldungen Freitags und Dienstags, abends 8 Uhr im „Herzog Christian".
Der Leiter.

Neues Schützenhaus
Freitag, von 7 Uhr ab
der beliebte Hausball
Jazzband-Kapelle Torgee
Tanz frei! Tanz frei!

Hallesches Kunstleben.
Stadttheater.
Donnerstag, 7½ Uhr: Die Fledermaus.
Freitag, 7½ Uhr: Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.
Sonnabend, 7½ Uhr: Das Glöckchen des Eremiten.
Sonntag, 4 Uhr: Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.
Montag, 7½ Uhr: Nickel und die 36 Gerechten.
Volksbühne.
Sonnabend, 21. November, abends 8 Uhr: 2. Gastspiel des Mitteldeutschen Landestheaters im Thalia-Theater, Gerhart Hauptmanns „Elga". Karten zu 1.— Mk in der Geschäftsstelle Brüderstraße 14, geöffnet von 9—11½ und 3—5 Uhr

Für unsere Abteilung Landwirtschaft suchen wir zum 15. Dez. 1925 evtl. 1. Jan. 1926 eine
perfekte Stenotypistin
gute Handschrift, sichere Rechnerin. Zunächst nur schriftliche Angebote erbeten
Zuckerfabrik Körbisdorf A.-G.

Sofas
solide Arbeit, mäßige Preise. B. Sarnisch, Delgrube 1.

Fahrräder
Mäntel, Schläuche, Laternen usw.
kauft man vorteilhaft in der Fahrradhdlg. Mag Götze, Gothardstraße 29
Einzung Gr. Ritterstraße.

Winterjoppen
warm gefüttert 19 Mk und
Strickjacken, warme Unterkleidung
billigst
Otto Knoll Nachf.,
Delgrube 1.

Gespann
fährt regelmäßig nach
Halle u. Leipzig
Aufträge für Hin- und Rückfahrt nimmt jederzeit entgegen
W. Prophet,
Grüne Str. 1, Fernsp. 685.

Junger
Bäckergeselle
sofort gesucht
Bäckermeister
Jinzky
Delgrude 41.

Tüchtiger
Geschirrführer
(guter Pferdepfleger) gesucht
Zu erfragen bei
Otto Teichmann
Unter-Altenburg 32.

Für unsere mit glänzendem Erfolg eingeführte
kleine Spar- und Lebensversicherung mit Einheitsprämie
suchen wir
selbständige Vertreter.
Fordern Sie Drucksachen ein. Offerten u. Ta M. 2580 an Rudolf Mosse, Berlin W 50, Tauentzienstr. 2.

Junges Mädchen
14—16 Jahre, für morgens gesucht. Frau Schäfer, Entenplan 9.

Aufwartung
für sofort gesucht.
Lindenstraße 8.

Klemmer in Etui
Bußtag nachmittag von Weiße Mauer nach dem Domplatz verloren. Gegen Belohnung abzugeben
Weiße Mauer 22.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0011

Lichtspiel-Palast „Sonne“

Die vom Niederrhein!

8 wuchtige Akte nach dem gleichnamigen vielgelesenen Roman von **Rudolf Herzog.**

Lichtspiel-Palast „Sonne“

Für die kalte Jahreszeit!

Viele 100 moderne **Mäntel** in erstaunlicher Preiswürdigkeit.

7.00 10.00 15.00 19.00 25.00
29.00 35.00 39.00 49.00 Mk.
und höher.

Otto Dobkowitz

Flausch, Velours, Mouliné, Tuch
mit und ohne Pelz
in allen Weiten, auch für die stärksten Damen passend

Bitte beachten Sie unsere Schaufenster

Zur Kreistagswahl.

Von einem Mitgliede der D.D.P. ist im Büro des Landbundes und auch anderweitig über die Ablehnung eines Mandats meinerseits für den Kreistag Mitteilung gemacht worden in einer Form, die den Uneingeweihten nicht erkennen läßt, ob ich vorweg oder aus bestimmten Gründen abgelehnt habe.

Der Sachverhalt ist folgender: Am 30. August d. J. fand eine Versammlung des Kreisvereins der D.D.P. statt. Erschienen waren 11 Mitglieder aus dem Stadtkreis und 6 aus dem Landkreis Merseburg. Unter Punkt 4 stand auch an, Aufstellung der Landidatenliste für die Kreistagswahl. In der allgemeinen Aussprache hierüber wurde von fachmännischer Seite festgestellt, daß die Partei auf 2 bis 2½ Mandate rechnen könne. Als der erste Vorschlag für den Spitzenkandidaten erfolgte, wenn ich nicht irre, seitens eines Merseburger Herren, schoß blitzschnell der Gedanke in mir auf: Ist das Kulissenarbeit? An der Abstimmung beteiligten sich sämtliche Herren aus Merseburg, trotzdem sie über die Mandate gar nicht zu befinden haben. Die zweite Stelle wurde strittig und das 2½-Mandat bot man mir an. Ich protestierte, weil ich bisher als Spitzenkandidat figuriert habe, gegen diese Degradierung. Die nun einsetzenden Manipulationen, mich zu beschwichtigen, will ich nicht weiter erwähnen. Ich gab die bestimmte Erklärung ab, daß ich auf ein Mandat verzichte und entfernte mich. Zur Beurteilung möchte ich der Öffentlichkeit dies nicht vorenthalten.

Cröllwitz, den 17. November 1925.

Burckhardt.

Marine-Verein Mücheln u. Umg.
veranstaltet am Sonnabend, den 21. November 1925, abends 8½ Uhr im Schützenhaus einen
öffentlichen Vortrag
verbunden mit Lichtbildern über
Meine Erlebnisse während der Skagerrakschlacht und meine Rettung aus Seenot
von Herrn Hugo Zenne, Werkmeister in Jena, ehemaliger Oberheizer und einziger Ueberlebender des Kleinen Kreuzers Wiesbaden.
Die Einwohner von Mücheln und Umgegend sowie die Vaterländischen Verbände werden herzl. eingeladen
Eintritt 0,50 Mk. Eintritt 0,50 Mk.

Frankleben Gasthof Karl Böhme
Am 21.—22. November (Totensonntag)
Gr. Geflügel-Ausstellung
Niedriger Eintritt! Beste Kaufgelegenheit!

Puppen und Baby
gekleidet und unzerbrechlich
Neuheit: Trinkbaby
Puppenstuben, Küchen, Klappsportwagen, Puppenwagen, Elektr. Kochmaschinen, Nähmaschinen
empfiehlt zu billigen Preisen
Hans Käther
Ecke Kleine Ritterstraße 1.

Morgen Freitag
Schlachtefest
Gust. Müller
Delgrube 3.

Morgen Freitag
Schlachtefest.
Franz Hoffmann,
Unter-Altenburg 30.

Morgen Freitag
Schlachtefest.
R. Tepper, Obere Breitestr. 18

Badelts Restaurant.
Morgen Freitag nachm.
Schlachtefest.

Morgen Freitag
Hausschlachten.
Max Kriegenherdt, Hallische Straße Nr. 71.

Morgen Freitag
Schlachtefest.
Gasthaus z. Eigenheim
Clobicauer Straße

Wasche mit Luhns

Oeffentliche Wahl-Versammlungen.

In **Spergau** Freitag, den 20. d. M., 8 Uhr abends Gasthaus zur Linde.
In **Großgräfendorf** Sonnabend, den 21. d. M. 8 Uhr abends (Lokal durch Anschlag).
Es spricht Zweckverbandsvorst. **Cornely** über Wegebau, Wohnungsbau, Teuerung und Steuer.
In **Raunsdorf** Freitag, den 20. d. M., 8 Uhr abends Gasthaus Ködelpeter.
In **Geiselhöfdt** Sonnabend, den 21. d. M., 8 Uhr abends im Gasthof Prinz von Preußen.
Es spricht **Dr. Kühnlein** über die Wahlen.

Deutsche Demokratische Partei.

Geschäftsprinzip: Preiswert und gut!
Probieren Sie bitte unsere seit langen Jahren bewährte, gute
Pelztrikot-Unterkleidung,
grau oder hell, innen angerauht, sehr warm haltend. — Wählen Sie diese gute Qualität, dann sind Sie für Jahre hinaus versorgt.
Auch Extraweiten am Lager.

Herren-Unterhosen, Qualität wie oben	6.—
Herren-Unterziehweste, „ „ „	7.—
Herren-Hemd, Qual. wie oben, Gr. 6	9.60
Damen-Untertaillen, o. Arm, Qual. wie ob.	3.15
„ „ ½ Arm, „ „ „	3.90
„ „ ja. Arme, „ „ „	4.95
Damen-Schlüpfhosen, „ „ „	4.75
Damen-Hosen, offen „ „ „	5.70
Damen-Hosen, Reform „ „ „	7.50
Damen Unterrock, „ „ „	9.—
Mädchenhose (bis Größe 65 am Lager) Qualität wie oben . . . Größe 35	2.60
Kinder-Anzüge m. Arm (b. Gr. 120 am Lag.) Qualität wie oben . . . Größe 50	2.70
Kinder-Raupe mit und ohne Arm Qualität wie oben . . .	2.95 und 3.75
Fußschlüfer, Qualität wie oben	1.35
Trikotstoff, „ „ „	

Außerdem empfehlen wir Ihnen noch sämtliche Unterzeuge in billig, mittel und gut.

A. Henckel, Oelgrube Nr. 29
Spezialgeschäft für Woll- und Wirkwaren.

Achtung! **Freitag** Achtung!
von 9 Uhr an findet der Verkauf von feinsten, frischen, hausschlachtenen
Wurstwaren
statt. **Paul Bauermann,** Krautstraße 1a.

Zeitzahlung
bei sofortiger Aushändigung
Anzüge Herren Burschen Kinder Sport.
Mäntel / Gummi-Mäntel
für Damen und Herren
Miesto & Galitzsch, Neumarktstor 2.

Zum Totenfest
empfehle ich Kränze in allen Preislagen
E. Hermann
Friedrichstraße 16.

Evangl. Kirchenchor Neu-Rössen.

Dirigent: **Hugo Roye.**
Donnerstag, den 19. November, abends 8 Uhr S.-Sch. Turnhalle
Erstes Konzert
Gemischte Chöre / Frauenchöre / Sologesang / Kammermusikwerke.
Text-Programm 50 Pfg. bei den Mitgliedern und am Eingang. Eintritt frei!

Sozialdemokr. Partei Deutschlands.

Große öffentliche Frauenversammlung
am Sonnabend den 21. Novbr.
abends 8 Uhr in der **Funkenburg.**

Genossin Landtagsabgeordnete **Frau Hanna — Berlin** spricht über die Bedeutung der Kreis- und Provinziallandtagswahlen für die Frauen.

Wir laden alle wahlberechtigten Frauen und Mädchen zu dieser Versammlung ein und bitten um recht zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand.

Freitag
Schlachtefest
Otto Kliche, Gr. Sixtilstr. 12

Morgen Freitag
Schlachtefest
Früh von 9 Uhr an Wellfleisch, Gehacktes, Brat- u. frische Wurst.
Anna Wolf,
Hälterstraße 11.

Dienstag und Freitag
Schlachtefest
Richard Juckoff, Neumarkt 47.

Morgen Freitag
Schlachtefest
Paul Trettin,
Bahnhofstr. 10, Clobicauer Straße 9, Neumarkt 45.

Freitag
Schlachtefest
Wilhelm Allerit
Amtshäuser 17.

Funkenburg.
Morgen Freitag
Hausball
bei Humor und stimmungsvollem Jazzband-Orchester. Tanz frei! Heitere und fidele Stunden. Tanz frei!

Casino Merseburg
Meyer-Umlaufs Märchenspiele, noch in bester Erinnerung durch ihr letztes Gastspiel, bringen Freitag, den 20. November, abends 8 Uhr,
Hänsel und Gretel
Märchenspiel mit Musik nach Humperdinck, mit eigens hierzu angefertigter Dekoration. Die Titelpartien werden durch jugendliche Künstler gespielt und gesungen.
24 Mitwirkende.
Es ist ratsam, da der Andrang groß sein wird, Karten im Vorverkauf im „Tageblatt“ zu entnehmen. Erwachsene 80 Pfg. Kinder 50 Pfg.

Spielwaren
Anker-Steinbaukasten, Stabil-Metallbaukast., Kino, Dampfmaschinen, Modelle, Elektr. Eisenbahnen, Burgen, Kaufläden, Pferdeställe, Gespanne
empfiehlt zu billigen Preisen
Hans Käther
Ecke Kleine Ritterstraße 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0012

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2.— Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Abholerkarte halbmonatlich 0.35 Mark. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 10 Pfennig. Sonnabends 20 Pfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstraße 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Staat- und des Landrates Merseburg
mit den wöchentlichen Beiblättern der vierzehntägigen Beilage Die Zeit im Bild, Garten, Land und Herd und der unentgeltlichen Beilage Am häuslichen Herd und dem monatlich erscheinenden Ebersdorf vom Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 10 Pfennig; im Reklameteil 40 Pfennig; für Stellenanzeigen und Nachweisungen 20 Pfennig Aufschlag. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Vorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 334, Geschäftsstelle 406.
Postscheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 271 — Donnerstag, den 19. November 1925 — 52. Jahrgang

Räumung und Erleichterungen

Die Rheinland-Kommission hat in einer längeren Verfügung die Erleichterungen festgelegt, zu denen sie sich entschlossen hat. Die Verfügung beginnt mit einer propagandamäßigen Einführung:

„In Anbetracht dessen, daß die Abmachungen von Locarno in den besetzten Gebieten eine Atmosphäre der Entspannung und der Annäherung herbeiführen sollen, daß infolgedessen das Besatzungsregime einer Überprüfung im Geiste gegenseitigen Vertrauens, guten Glaubens und guten Willens unterzogen werden soll, in dem Wunsche, die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den deutschen Behörden einerseits und den Besatzungstruppen andererseits zu fördern und somit an dem Werk des Friedens zwischen den Völkern mitzuwirken, hat die Interalliierte Rheinlandkommission beschlossen, bezüglich ihrer Verordnungen und Anweisungen die **Erleichterungen** eintreten zu lassen, die sich mit dem Versailler Vertrage, dem Rheinland-Abkommen und den Erfordernissen der Besatzung im Rahmen der allgemeinen Entscheidungen der alliierten Regierungen **vereinbaren** lassen."

Es werden dann folgende Punkte angeführt: An ersten Stelle die **Ernennung des Reichskommissars**, sodann die Herabsetzung der Stärke der Besatzungstruppen, die Rückgabe der Grundstücke und die Aufhebung des Delegierensystems ab 1. Dezember. Die Nachprüfung der deutschen Gesetze und Verordnungen sowie die Anzeigenpflicht bei Ernennung von Beamten wird beschränkt.

In der Gerichtsbarkeit

wird verfügt:

a) Gewisse in den Verordnungen vorgesehene Strafen werden herabgesetzt.

b) Maßnahmen sollen getroffen werden, um gewisse Strafsachen, die bisher von den Militärbehörden entschieden wurden, grundsätzlich der **deutschen Gerichtsbarkeit zu übertragen.**

c) Die Bestimmungen, die für gewisse Personen, welche den Besatzungsbehörden Dienste geleistet haben, einseitige Entscheidungen der alliierten Behörden vorsehen, werden **aufgehoben** werden. Gütliche oder Schiedsverfahren werden dafür ins Auge gefaßt.

Der Berichtszwang für die Polizei sowie die Ordnung des Paßwesens wird eingeschränkt. Das Recht zur Strafverfolgung sollen nur noch die interalliierte Rheinlandkommission und die kommandierenden Generale haben.

Das Versammlungswesen erhält Erleichterungen, die Verbotsbefugnisse werden eingeschränkt. Von jetzt ab dürfen die deutschen Behörden wieder Waffenscheine ausstellen. Die Beflaggung wird freigegeben. Die Pressebestimmungen für Läden und die Filmzensur wird aufgehoben. Auch das Radiowesen soll freigegeben werden. Was das Flugwesen betrifft, so wird eine Erleichterung zunächst nur in Aussicht gestellt. Die Frage soll „geprüft" werden. Das Eingreifen bei Streiks und Aussperrungen wird auf die notwendigen Bedürfnisse und die Sicherheit der Besatzungsarmee beschränkt. Die Postzensur wird aufgehoben. Die gesamten Verordnungen sollen neu revidiert werden. Die Verfügung schließt:

„Endlich haben die alliierten Behörden noch die Absicht, **Amnestie- und Gnadenmaßnahmen** zu treffen die durch die Umstände und die erwartete gegenseitige Befriedigung gerechtfertigt sind.

Durch alle oben angeführten Maßnahmen geben sie an der Besatzung teilnehmenden Mächte und die sie vertretende Interalliierte Rheinlandkommission ihrem Wunsche Ausdruck, in den Rheinlanden eine

sehr liberale Politik

anzuwenden. Sie vertrauen auf den guten Willen und den Geist der Mitarbeit der deutschen Behörden und der deutschen Bevölkerung, um die Aufgaben der Besatzungsbehörden hinsichtlich der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Armee zu erleichtern. Sie hoffen fest, daß die Unterstützung, die sie von deutscher Seite erwarten, ihnen nicht versagt werden wird."

*

Soweit die Rückwirkungen. Man begrüßt sie nicht „freudig", aber mit dem Gedanken, daß jede, auch die kleinste Erleichterung für die Deutschen im besetzten Gebiet große Bedeutung hat. Außer diesen Einzelbestimmungen steht natürlich für das Ergebnis der Verhandlungen die Sicherheit im Vordergrunde, daß die Kölner Zone bestimmt geräumt wird. Im übrigen: Diese Rückwirkungen können nur als **Anfang** gewertet werden. Es werden ihnen nach Annahme des Locarno-Vertrags sofort Verhandlungen folgen müssen, in denen Deutschland als Mitglied des Völkerbundes versuchen muß, auf das Schicksal des Saargebietes Einfluß zu nehmen, die Verkürzung der Besetzungsfristen zu erreichen, wie auch die Zurücknahme sämtlicher farbiger Truppen aus dem Rheinland. Die Rheinlandkommission kündigt eine „sehr liberale" Politik an. Was sie davon verwirklicht durch die bevorstehende Verfügung, kann nur ein Beginn sein.

In der heutigen Konferenz der Regierungschefs der Länder tritt das Reichskabinett und mit ihm Hindenburg für die Unterzeichnung ein. Der Außenminister bereitet das Gesetz vor, das dem Reichstag in der Form eines kurzen Mantelgesetzes vorgelegt wird, und es heißt, daß vom Parlament hierzu ein Billigungsvotum, jedoch kein Vertrauensvotum für das Rumpfkabinett verlangt wird. Das letzte Wort der Regierung ist erst nach Abschluß der heutigen Konferenz zu erwarten.

Unterdessen werden viele Urteile über die Rückwirkungen laut. Wie schon gesagt, muß immer wieder betont werden, daß das bis jetzt Erreichte nur ein **Ansatz** ist, auf Grund dessen wir weiter kommen **müssen**. Aber angesichts der Lage im Westen kommt es darauf an, daß überhaupt einmal ein vernünftiger Anfang zur Erleichterung gemacht wird, der Fortsetzungen verspricht. Allgemein befremdet die Länge der Räumungsfrist für die Kölner Zone sehr stark, die sich militärisch nicht erklären läßt. Die absoluten Gegner des Verständigungswerkes, die in einen so bezeichnenden Kontrast zu dem Realpolitiker Hindenburg gekommen sind, haben es natürlich leicht, die Geringfügigkeit des Erreichten zu betonen. Es ist ihnen aber nicht möglich, irgend einen anderen praktischen Weg anzugeben, als den beschrittenen, um überhaupt Räumung und Erleichterungen durchzusetzen. Das wesentliche ist, daß wir mit diesen Ansätzen ein neues Kapitel Westpolitik beginnen und **fortsetzen**.

B.

Das Reichskabinett und Hindenburg für Unterzeichnung

Heute Konferenz der Ministerpräsidenten und Entscheidung — Annahme in England

Die Stellungnahme des Reichskabinetts

Berlin, 19. Nov. (WTB.) „Das Reichskabinett hat unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten die Beratung über die außenpolitische Lage abgeschlossen. Der Reichsminister des Auswärtigen wurde beauftragt, die erforderliche Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften auszuarbeiten. Die Beschlußfassung über die Vorlage wird nach der für Donnerstag einberufenen Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder erfolgen."

*

Ein halboffiziöser Kommentar

erläutert diesen Beschluß in dem Sinn, daß er die Entscheidung im Sinn der Annahme des Locarno-Vertrages bedeute: „Das Reichskabinett hat einen verantwortungsvollen Entschluß gefaßt. Es geht dabei von der Überzeugung aus, daß das Gesamtergebnis, das aus den diplomatischen Verhandlungen und den nunmehr eingelaufenen Noten hervorgeht, grundsätzlich die **Empfehlung der Verträge zur Annahme rechtfertigt.** Doch hat man diese Entschließung zunächst deshalb noch nicht in abschließende Form gebracht, weil von der Durchführung der zur Erörterung stehenden Maßnahmen die Länder zum Teil besonders stark betroffen werden, so vor allem in der Frage der besetzten Gebiete und der Polizei.

Bei der Festsetzung ihres Standpunktes in der nunmehr geschehenen Weise wird von der Reichsregierung das Locarno-Abkommen mit seinen vorliegenden Rückwirkungen und den zwischenliegenden Erörterungen als ein **Gesamttatbestand** berücksichtigt. Dabei liegt, wie in den Kundgebungen der Delegierten mehrfach betont, die Bedeutung in erster Linie im Vertrag selbst, obwohl die Rückwirkungen als der gemeinverständlichere Teil des Ergebnisses in ihrer Bedeutung für die breite Masse der Bevölkerung niemals verkannt werden durften.

Daß ihr Ergebnis in dem zur Stunde vorliegenden schriftlich niedergelegten Ausmaß kein hundertprozentiges ist, wird man sich nicht verhehlen; ebenso wenig aber den inneren Wert der grundlegenden Neuregelung, die eine weitere Entwicklung in der angesteuerten Richtung zwangsläufig macht.

Mit ihrer Entschließung ist die Reichsregierung vollkommen auf dem Standpunkt verblieben, wie er in den Ausführungen der Kabinettsmitglieder, die als Delegierte an der Locarnokonferenz teilgenommen hatten, in der Zwischenzeit wiederholt durch öffentliche Reden präzisiert worden war. Dabei hat sie sich durch anderweitige Interpretationen nicht irre machen lassen, wie sie, sei es aus vaterländischen Besorgnissen, sei es aus parteipolitischen Gründen im Inland oder aus taktischen Gründen in Teilen des Auslandes, inzwischen verbreitet worden sind. Bedenken haben bestanden, und man ist sich bewußt gewesen, daß man einen verantwortungsvollen Beschluß faßte, aber es konnte keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß der gesamte Sachverhalt ihn erforderte."

Der Gesetzentwurf über Locarno

Im Laufe des Buß- und Bettages wurden die vorbereitenden Arbeiten an dem Gesetzentwurf über den Vertrag von Locarno, der heute den nach Berlin berufenen Staats- und Ministerpräsidenten der Länder unterbreitet werden soll, fortgesetzt. Wie das Blatt weiter wissen will, soll dann an die Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder sich noch heute eine Sitzung des Reichskabinetts anschließen. In dieser Sitzung soll die endgültige formelle Entscheidung über die Unterzeichnung des Vertrages in London am 1. Dezember fallen. Am Freitag wird Reichskanzler Dr. Luther die Parteiführer empfangen. Über die parlamentarische Behandlung des Gesetzentwurfes schreibt das Blatt, daß nach Beratung des Entwurfes im Reichsrat die Debatte im Plenum des Reichstages am 27. November mit der Abstimmung über den Gesetzentwurf geschlossen werden soll.

Die Verhandlungen

Die vorstehend behandelten Fragen haben, wie bekannt, schon seit langem den Gegenstand schwieriger Auseinandersetzungen mit der Interalliierten Militärkontrollkommission gebildet. Sie waren es in erster Linie, die bisher einer endgültigen Erledigung der Entwaffnungsfrage entgegenstanden. Nachdem nunmehr auch für diese Fragen die grundsätzliche Regelung gefunden ist, bleibt von der gesamten Entwaffnungsfrage nur noch die letzte technische Abwicklung von Einzelpunkten übrig, bei der neue Schwierigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit den alliierten Regierungen nicht mehr zu befürchten sind. Dementsprechend ist auch die der Interalliierten Militärkontrollkommission noch verbleibende Aufgabe nur eine rein technische, die nicht allzu lange Zeit in Anspruch nehmen wird.

Mit dem Abbau der Kommission ist bereits begonnen.

Die heutige Konferenz der Ministerpräsidenten

Berlin, 19. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die für heute anberaumte Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder hat um 11 Uhr ihren Anfang genommen. Sie dauert zur Stunde noch an. Vor allem werden in dieser Besprechung die Polizeifragen erörtert, da die mit der Botschafterkonferenz vereinbarten Maßnahmen durch Ausführungsbestimmungen der Länder sichergestellt werden müssen. Man nimmt an, daß die Besprechungen in den ersten Nachmittagsstunden zu Ende gehen. Das Kabinett wird darauf heute nachmittag zusammentreten, um dann den offiziellen Beschluß über Locarno und über die Einbringung des vom Außenminister ausgearbeiteten Gesetzentwurfes zu fassen. Es handelt sich hier um einen Gesetzentwurf, der sowohl die Ermächtigung zur Unterzeichnung der Verträge von Locarno enthält, wie auch die Zustimmung dafür, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nachzusuchen. Zur Verabschiedung des Gesetzentwurfes ist lediglich eine einfache Mehrheit erforderlich. Im allgemeinen ist man in Berliner politischen Kreisen der Ansicht, daß die von der Rheinlandkommission gemachte Bekanntmachung über die Erleichterungen des Besatzungsregimes diejenige Präzision gebracht hat, die man zunächst in den Mitteilungen der Botschafterkonferenz noch vermißte. Als wesentlicher Punkt ist dabei der vollständige Abbau des Delegierten-Systems hervorzuheben. Was die von der Botschafterkonferenz noch offen gelassenen Fragen des Oberbefehls und der Verbände betrifft, so werden beide Angelegenheiten lediglich durch Ausführungsbestimmungen geregelt werden. Irgendwelche neuen Reichsgesetze sind nicht zu erlassen. Es bleibt mithin auch das jetzt gültige Reichswehrgesetz vollständig in Kraft.

*

Der Pakt von Locarno vom Unterhaus angenommen.

London, 19. Nov. (WTB.) Das Unterhaus hat den Abänderungsantrag der Arbeiterpartei zu dem Antrag Chamberlains, der die Ratifizierung des Vertrages von Locarno billigt, mit 332 gegen 131 Stimmen abgelehnt. Einige Liberale stimmten für die Regierung, andere enthielten sich der Stimme. Das Unterhaus nahm darauf den Antrag Chamberlains, wonach die Ratifizierung des Vertrages von Locarno gebilligt wird, mit 375 gegen 13 Stimmen an.

*

Aus der Debatte im Unterhaus.

London, 19. Nov. (WTB.) Chamberlain erklärte im Unterhaus, in Locarno sei es unmöglich gewesen, über die Abrüstung zu beraten, aber die Konferenz habe einen neuen Geist in die bevorstehende Beratung der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrates über die Abrüstung gebracht. Chamberlain fuhr fort: Was die Frage der Verpflichtungen, die Großbritannien übernommen hat, betrifft, so gibt es keinen Fall, in dem die Anforderung an Großbritannien herantreten könnte, eine sofortige Aktion zu unternehmen. Außer dem Verfolg der Völkerbundssatzung und der Aktion des Völkerbundes, in dem Fall, daß eine der Parteien durch eine Aktion ihrer Verpflichtungen zuwider handelt und man selbst die wenigen Tage, die für die Zusammenberufung des Völkerbundsrates notwendig sind, nicht abwarten kann, steht der britischen Regierung der eigenmächtige Bescheid zu, ob ein Fall unmittelbarer Gefahr entstanden ist. In genau derselben Lage ist die italienische Regierung. Ich weiße nicht, daß in der Praxis beide Garanten sofort ihre Meinung austauschen werden und wahrscheinlich werden auch die garantierten Mächte bestrebt sein, die Ansichten der Garanten zu kennen, bevor sie irgend eine Aktion unternehmen. Chamberlain schloß: Wir ersuchen das Haus, die Ratifizierung von Locarno im Glauben, daß wir durch diesen Vertrag jede Gefahr von unserem eigenen Lande und von Europa abwenden, und daß wir den Frieden schützen und daß wir die Grundlage der Versöhnung und Freundschaft mit denen, die noch vor wenigen Jahren unsere Feinde waren, pflegen, vorzunehmen. (Lauter Beifall.)

Kreditnot.

Berlin, 19. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Nach der „B. Z." hat die Kreditnot der Automobilindustrie dazu geführt, Abhilfsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen. Man hat sich bereits mit der Regierung, besonders aber mit den Banken, in Verbindung gesetzt, ob für die Automobilindustrie ein erweiterter Diskontkredit gewährt werden kann. Die Verhandlungen haben bislang ein Ergebnis noch nicht gezeitigt.

Unbemerkt . . .

Berlin, 19. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Nach New Yorker Meldungen ist Edmund Stinnes unbemerkt wieder nach Deutschland abgereist.

Die französische Krise.

Paris, 19. Nov. (TU.) Der Vollzugsausschuß der radikalen Partei trat gestern abend zusammen, um über die Haltung der Partei während der letzten Ministerkrise zu beraten. Herriot, der lebhaft begrüßt wurde, mahnte zur Einigkeit, damit das Finanzproblem gelöst werden könne. Das gegenwärtige Kabinett verdiene die volle Unterstützung der Partei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251119-11/fragment/page=0013